

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Verankerung kommodifizierter Bodenregulation innerhalb
peripherer Urbanisierung
Eine Betrachtung des Bodenregimes in der bolivianischen
Metropolregion Cochabamba

verfasst von | submitted by

Agnes Sieben

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Johannes Jäger

Abstrakt (deutsch):

Die Masterarbeit untersucht aus einer kritischen politökonomischen Perspektive das Bodenregime in den periurbanen Gebieten der bolivianischen Metropolregion Cochabamba. Der Fokus liegt dabei auf der Kommodifizierung des periurbanen Bodens im Kapitalismus, die für leistbares Wohnen, insbesondere für einkommensschwache Bewohner*innen, problematisiert wird. Aufgrund der natürlichen Begrenztheit des Bodens wird die Kommodifizierung in Anlehnung an die Regulationstheorie als widersprüchlich verstanden. Die Durchsetzung ist demnach gesellschaftlich umkämpft und bedarf der gesellschaftlichen Regulation, die historisch und räumlich unterschiedliche Ausprägungen findet. Das Konzept der peripheren Urbanisierung dient als Grundlage für die Analyse der Bodenregulation in Cochabamba innerhalb lokaler Dynamiken. Dafür wird die Durchsetzung des Bodenregimes anhand der Eigenschaften peripherer Urbanisierung - Handlungsmacht, Transversalität von offiziellen und populären Logiken sowie dezentrale politische Partizipation der Bewohner*innen - analysiert. Dies ermöglicht, die Komplexität der Verankerung marktförmiger Regulation in populären Logiken, peripherer Staatlichkeit und durch den informellen Bodenmarkt zu verstehen. Dadurch werden die Herausforderungen für dekommodifizierte Gegenmodelle sichtbar.

Abstract (english):

This thesis analyses the land regime in the peri-urban areas of the Bolivian metropolitan region of Cochabamba from a critical political economy perspective. The focus is on the commodification of peri-urban land under capitalism, which is problematised for affordable housing, especially for low-income residents. Due to the natural limitations of land, commodification is understood as contradictory in line with regulation theory. Accordingly, its implementation is a socially contested process and requires social regulation, which takes different forms historically and spatially. The concept of peripheral urbanisation serves as the basis for the analysis of land regulation in Cochabamba within local dynamics. Therefore, the implementation of the land regime is analysed on the basis of the characteristics of peripheral urbanisation - agency, transversality of official and popular logics and decentralised political participation of the residents. This allows to understand the complexity of the anchoring of market regulation in popular logics, the peripheral state and through the informal land market. In doing so, the challenges for decommodified counter-models become visible.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
1.1 Forschungsstand	4
1.2 Wissenschaftstheoretische Grundlage und Vorgehen der Forschung	8
2 Verortung des Periurbanen in der Metropolregion Cochabamba	13
3 Theoretische Grundlagen des Bodenregimes	23
3.1 Der Regulationstheoretische Beitrag	25
3.1.1 Regulationsform des Naturverhältnisses	26
3.1.2 Regulationstheoretische Anwendung im bolivianischen Kontext?	28
3.2 Kommodifizierung von Boden im Kapitalismus und die Folgen für Wohnen	31
4 Regulationsform des Bodens in Wechselwirkung mit peripherer Urbanisierung	38
4.1 Handlungsmacht und besondere Zeitlichkeit	40
4.1.1 Spekulation auf die Bodenumwidmung durch <i>Autokonstruktion</i>	41
4.1.2 Verbesserung der Wohnsituation oder Erhöhung des Einkommens?	48
4.2 Transversale Logiken	53
4.2.1 Die Expansion der Stadt und die Reaktion der kolonialen Stadtplanung	54
4.2.2 Die Integration des urbanen Bodenmarkts in die andine Multilokalität	59
4.3 Politische Partizipation	65
4.3.1 Das Zusammenrücken der Nachbarschaftsorganisation mit dem Staat	66
4.3.2 Bodenlose Symbolpolitik und die Frage nach urbanen <i>Comunidades</i>	76
5 Schlussfolgerungen für das Bodenregime	85
Literatur	90

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Urbanisierung auf den Hügeln rund um das Stadtviertel Villa Israel	1
Abbildung 2: Blick aus dem Süden Cochabambas auf den reicheren Norden und die Kordilleren	13
Abbildung 3: Die Metropolregion Cochabamba mit Gemeindegrenzen (Cabrera et al. 2022, 7)	14
Abbildung 4: Die Ausdehnung des urbanen Gebiets zwischen 1812 und 2012 (Torrico 2017, 83)	15
Abbildung 5: Busendstation im jungen Stadtviertel Churitita in der Gemeinde Sacaba	23
Abbildung 6: Dekoration für die Zeremonie der Ch'alla an einem noch unfertigen Haus	38
Abbildung 7: Die Besetzung von Boden zu spekulativen Zwecken am Rand der Metropolregion	85



Abbildung 1: Urbanisierung auf den Hügeln rund um das Stadtviertel Villa Israel
(Foto: Agnes Sieben)

1 Einleitung

Der Zugang zu Wohnraum für einkommensschwache Stadtbewohner*innen steht weltweit zunehmend im Spannungsfeld mit der Inwertsetzung des städtischen Bodens. In bolivianischen Städten, in denen die Befriedigung von Wohnbedürfnissen zu einem großen Teil durch den direkten Zugang zu Boden über informelle Institutionen erfolgt, wird besonders sichtbar, wie leistbares Wohnen in Widerspruch mit der Akkumulation von Kapital über die Aneignung von Boden zu stehen scheint.

In Cochabamba, einer der drei großen Metropolen Boliviens, führt der Konflikt um die Bodenfrage unweigerlich in die periurbanen Stadtviertel. Längst haben diese das alte Zentrum und die Stadtviertel, in denen sich zunächst die kapitalstärkere Mittel- und Oberschicht niederließ, nach Jahrzehnten rasanten Zuzugs flächen- und bevölkerungsmäßig überholt. In den periurbanen Gebieten verläuft der Prozess der Urbanisierung, der hier in erster Linie als Veränderung der Bodennutzung verstanden wird, nicht nach europäischen Stadtentwicklungsvorstellungen, sondern durch die Bewohner*innen selbst. Anstatt zu planen, zu bauen und dann zu bewohnen, wird oft umgekehrt gehandelt. Dies geschieht, indem informell angeeigneter Boden durch

dezentrale, selbstorganisierte Handlungen der Bewohner*innen erschlossen und bewohnbar gemacht und im Laufe der Zeit durch Verflechtungen mit offiziellen Logiken in den urbanen Raum integriert wird. Dieser Prozess wird im Folgenden als periphere Urbanisierung bezeichnet. Die Bereitstellung von Wohnraum durch periphere Urbanisierung ist somit eng mit dem Zugang zu Boden verbunden, weshalb dieser hier den zentralen Bezugspunkt der Diskussion darstellt.

In der lateinamerikanischen Stadt wurde die selbstorganisierte Aneignung des städtischen Raums durch sozial benachteiligte Gruppen trotz ihrer Vulnerabilität immer auch als Ort des Widerstands und als Alternative zur kapitalistischen Logik der Stadt verstanden. Doch auch in Bolivien werden progressive Veränderungen in der Stadt durch die zunehmende Kommodifizierung des Bodens immer schwieriger. Nicht so laut wie im Nachbarland Argentinien, wo der Neoliberalismus von der Regierung propagiert wird, sondern viel leiser setzt sich die marktförmige Regulation des Bodens in den bolivianischen Städten durch und erschwert immer mehr die Durchsetzung alternativer Regulationsformen. Für die Metropolregion Cochabamba bedeutet dies unter anderem, dass die Kosten für die Bereitstellung von Wohnraum durch steigende Bodenpreise weiter zunehmen, während die infrastrukturelle Anbindung für viele einkommensschwache Bewohner*innen durch die zunehmende Verdrängung in immer entferntere städtische Randgebiete abnimmt. Aus neoklassischer Sicht stellt dies die perfekte Allokation zwischen Bodenangebot und -nachfrage in Städten dar. Um leistbaren Wohnraum weiterhin zu gewährleisten, müsste das Flächenangebot einfach erhöht werden, z.B. durch eine Ausdehnung des Stadtgebietes. Eine solche Perspektive blendet jedoch nicht nur die Preisbildung des Bodens durch Zukunftserwartungen aus, die in Cochabamba zu Spekulation mit Leerstand auch in periurbanen Gebieten führt, sondern legitimiert vor allem die dadurch sich vertiefenden Gräben ökonomischer und sozialer Ungleichheit. Natürlich ist Ungleichheit kein neues Phänomen der letzten Jahre in bolivianischen Städten, sondern historisch eng mit der globalen Durchsetzung kapitalistischer Produktion verbunden. Durch die Wahl einer kritischen politökonomischen Perspektive zeigt die Masterarbeit jedoch, wie vor allem dekommodifizierte Regulationsformen des Bodens mithilfe derer periurbane Bewohner*innen sich dem ungleichen Zugang zu Wohnraum widersetzen, zunehmend unter den Druck des Marktes geraten. So wird ein Zusammenhang zwischen einer erschwerten Bereitstellung von Wohnraum durch periphere Urbanisierung und der marktförmigen Regulation des Bodens aufgezeigt.

Um diese Entwicklung zu verstehen und zu problematisieren, wird in der Masterarbeit die Durchsetzung des aktuellen periurbanen Bodenregimes der Metropolregion Cochabamba analysiert. Der Regimebegriff verweist dabei zum einen auf die Komplexität eines Gesamtsystems

von politischen, ökonomischen und sozialen Regulationen, die den Umgang mit Boden gesellschaftlich rechtfertigen und stabilisieren, zum anderen auf seine spezifische zeitliche Durchsetzung, die wiederum eine Ablösung durch andere Regime denkbar macht.

Theoretisch inspiriert ist die Arbeit von einem regulationstheoretischen Ansatz, der die Kommodifizierung, d.h. die Warenförmigkeit des Bodens im Kapitalismus als widersprüchlich begreift. Diese Perspektive versteht die Durchsetzung der spezifischen Regulationen des Bodens in Abhängigkeit von lokalen sozialen Kämpfen, gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, historischen Zwängen und Institutionen. Die Betrachtung des aktuellen Bodenregimes, auch wenn dieses innerhalb kapitalistischer Zwänge verstanden wird, erfordert daher einen differenzierten Blick auf die kapitalistischen Dynamiken und die permanente gesellschaftliche Reproduktion des Kapitals: Auf die global vorherrschenden Vorstellungen von wirtschaftlicher Entwicklung durch Eigentum; auf die individuellen Hoffnungen, die mit der Idee des Bodens als Vorsorge geschürt werden; auf seine Einbettung in indigene Strategien der Bewirtschaftung; auf die Tradition rentenbasierter Akkumulation in Bolivien und eines klientelistischen Staates oder auf die sozialen Kämpfe um die Umverteilung der Bodenrente.

Um die Forschungsfrage „*Wie und warum hat sich das aktuelle Bodenregime in den periurbanen Gebieten der Metropolregion Cochabamba durchgesetzt?*“ zu beantworten, werden nach einer kurzen Darlegung des Forschungsstands und meiner Methodologie, die ich durch meine wissenschaftstheoretische Verortung im Kritischen Realismus begründe, zunächst die periurbanen Gebiete der Metropolregion Cochabamba geographisch und historisch verortet (Kapitel 2). Im dritten Teil der Arbeit begründe ich die Aktualität und Anwendung einer regulationstheoretischen Perspektive im lateinamerikanischen Kontext, um die konzeptionellen Bausteine für die Betrachtung des Bodenregimes – Regulationsform und Boden in der Kritischen Politischen Ökonomie und deren Bezug zum Wohnen – vorzustellen (Kapitel 3). Die empirische Anwendung dieser Konzepte findet anschließend anhand der Charakteristika peripherer Urbanisierung statt, die von der brasilianischen Stadtforscherin Teresa Caldeira (Caldeira 2022) aufgestellt worden sind: (1) eine besondere Zeitlichkeit und Handlungsfähigkeit der Bewohner*innen; (2) eine Transversalität informeller Logiken mit offiziellen, gesetzlich festgeschriebenen Logiken; und (3) die damit einhergehende Schaffung neuer Formen politischer Praxis. Dies erlaubt die Durchsetzung des Bodenregimes in Wechselwirkung mit den Institutionen, Logiken und Kämpfen peripherer Urbanisierung zu verstehen. Dabei kombiniere ich meine Literaturrecherche mit den Ergebnissen meiner Forschung vor Ort - Interviews, Umfragen, informellen Gesprächen und Beobachtungen (Kapitel 4). Zum Schluss werde ich die Ergebnisse der Analyse zusammenführen und reflektieren (Kapitel 5).

1.1 Forschungsstand

Mit dem zunehmenden globalen Druck auf urbanen Boden hat, spätestens seit der Finanzkrise 2008, die Debatte um die Verteilung von Boden im wissenschaftlichen Diskurs an Bedeutung gewonnen. Die Bodenfrage, wie sie hier im Sinne der kritischen politischen Ökonomie diskutiert wird, wurde bereits von Karl Marx vor allem im Hinblick auf die landwirtschaftliche Bodenrente aufgeworfen und von Karl Polanyi in *The Great Transformation* (Polanyi 2015 [1978]) durch die Analyse als fiktive Ware von anderen Waren innerhalb der kapitalistischen Produktion abgegrenzt. Damit wurde die Grundlage für ein Problemverständnis hinsichtlich der Kommodifizierung von Boden gelegt. Die Übertragung der landwirtschaftlichen Bodenrente, auf urbanen Boden führte zu unterschiedlichen Interpretationen von Rententypologien, wie sie unter anderem der österreichische Politökonom Johannes Jäger in seinem Beitrag *Urban Land Rent Theory. A Regulationist Perspective* (Jäger 2003) entworfen hat. In der lateinamerikanischen Debatte ist ein wichtiger Vertreter der Debatte um die Zusammensetzung urbaner Bodenrenten der Kolumbianer Samuel Jaramillo, der besonders mit seinen Forschungen über die Möglichkeiten der Mehrwertabschöpfung des Bodens konkrete bodenpolitische Instrumente lateinamerikanischer Städte inspiriert hat (Jaramillo 2011). Auch wenn im Folgenden die rentenbasierte Akkumulation im Hinblick auf Boden eine wichtige Rolle spielt, wird der Fokus dabei nicht auf der Mobilisierung der verschiedenen Rententypen liegen, sondern vielmehr auf der sich verändernden Bodenfrage, wie sie von der finnischen Stadtforscherin Anne Haila in ihrem Buch *Urban Land Rent. Singapore as a property state* (Haila 2016) diskutiert wurde. Mit Blick auf die lokale Regulationsform des Bodens in Singapur, gibt Haila wichtige Anstöße für eine Debatte um urbanen Boden und dient besonders hinsichtlich der historischen Einbettung der Regulationsform des Bodens als Anhaltspunkt für die Analyse in Cochabamba. Hailas Auseinandersetzungen beruhen auf der Annahme, dass die Regulationsform von Boden immer einer gesellschaftlichen Rechtfertigung braucht und in dieser historisch und sozial umkämpft ist.

Um dieses historisch-materialistische Verständnis des Bodens theoretisch weiterzuführen, wird auf das Naturverhältnis Bezug genommen. Dieses wurde als struktureller Widerspruch innerhalb des Kapitalismus durch Joachim Becker und Werner Raza in *Theory of Regulation and Political Ecology. An Inevitable Divorce?* (Becker/Raza 2000) in die Regulationstheorie integriert. Dies erklärt die Existenz spezifischer Regulationsformen, die den Konflikt zwischen Naturnutzung und ökologischer Restriktion moderieren. Die Betrachtung des Regulationsform der Naturverhältnisse gewinnt in der wissenschaftlichen Diskussion aufgrund der zunehmenden Konflikte um die Nutzung von Ressourcen an Bedeutung. Dies wird auch in der von Etienne Schneider und Felix Syrovatka herausgegebenen Festschrift zu Ehren des deutschen Vertreters

der Regulationstheorie Thomas Slablowski *Politische Ökonomie der 'Zeitenwende'. Perspektiven der Regulationstheorie* (Schneider/ Syrovatka 2024) betont. Der Sammelband kann darüber hinaus als Zusammenführung deutscher Vertreter*innen der Regulationstheorie gesehen werden, an deren Diskussion zur Anwendbarkeit der Regulationstheorie auf aktuelle Krisen hier angeschlossen wird.

Eine regulationstheoretische Perspektive hat im bolivianischen Kontext besonders unter lokalen Wissenschaftler*innen wenig Vertreter*innen. Dies mag an der starken dekolonialen Forschungstradition liegen, lokale Kontexte zu Recht nicht mit europäischen Theorien erklären zu wollen. Zudem scheinen lateinamerikanische Beiträge zur Regulationstheorie, wie etwa die Arbeiten des Argentiniers Julio César Neffa, vor allem aufgrund der Unterschiede im Akkumulationsregime und der Regulation des Lohnverhältnisses nicht direkt anschlussfähig. Aus einer ähnlichen Kritik heraus verweist der mexikanische Stadtforscher Emilio Pradilla auf die Vielfalt innerhalb des lateinamerikanischen Kontinents, etwa hinsichtlich unterschiedlicher Neoliberalismen, die jeweils ein eigenes theoretisches Verständnis erfordern (Emilio Pradilla in: Delgadillo 2013, 193). Doch genau hier kann das Potenzial der Regulationstheorie mit einer Ablehnung deterministischer Entwicklungen anknüpfen, wie es der Beitrag *Diversity of Capitalisms in Latin America* (Bizberg 2019) des mexikanischen Politökonomen Ilán Bizberg umsetzt. Ihm gelingt es, einen regulationstheoretischen Überblick über die lateinamerikanischen Akkumulationsregime, also die volkswirtschaftlich dominante Form der kapitalistischen Akkumulation, zu geben, ohne die Vielfalt der Entwicklungen trotz geteilter peripherer Lage im Weltmarkt zu negieren. Er gibt einen guten Überblick über das bolivianische Akkumulationsregime, der hilft, die Regulationsform des Bodens innerhalb dieses Akkumulationsregimes zu verorten. Im europäischen Kontext sind in den letzten Jahren zahlreiche Publikationen erschienen, die den Boden als Grundlage des Wohnens hervorheben und insbesondere aus der Perspektive der Architektur für die Stadt neu diskutieren. In der wissenschaftlichen Diskussion um lateinamerikanische Städte wird dagegen die besondere Bedeutung der Aushandlung des urbanen Bodens für die Stadt und das urbane Wohnen schon seit längerem diskutiert. Unverzichtbar für die Auseinandersetzung mit urbanem Boden in Lateinamerika sind die Arbeiten zum informellen Bodenmarkt des brasilianischen Stadtforschers Pedro Abramo, unter anderem sein Aufsatz *La ciudad com-fusa. Mercado y producción de la estructura urbana en las grandes metrópolis latinoamericanas* (Abramo 2012). Darüber hinaus hat das *Lincoln Institute of Land Policy*, ein US-amerikanisches Forschungsinstitut mit engen Verbindungen zu den Ideen des US-amerikanischen Politökonomen Henry George, in Kooperation mit lateinamerikanischen Wissenschaftler*innen die lateinamerikanische Forschung zu bodenpolitischen Instrumenten

vorangetrieben. Mit engem Bezug auf Abramo arbeitet eine Gruppe bolivianischer Wissenschaftler*innen um den bolivianischen Stadtforscher und Architekten Juan E. Cabrera zur Entwicklung des informellen Bodenmarktes in Cochabamba. Die Herausforderung dieser Forschungen liegt vor allem in dem schwierigen Zugang zu Daten über den informellen Bodenmarkt. Die empirischen Ergebnisse, besonders der Studie *El mercado informal de suelo en Bolivia. Prácticas y estrategias alrededor de la gestión de la tierra en áreas periféricas de Cochabamba* (Cabrera/Quintanilla/Cabrera 2021) für das Lincoln Institute of Land Policy von Cabrera zusammen mit Claudia Quintanilla und Limbert Cabrera, dienen als wichtige Grundlage für diese Arbeit und leisten einen entscheidenden Beitrag zu einer lokalen Stimme für bodenpolitische Interventionen.

Ein kritisch politökonomischer Bezug, der die historische Entwicklung des globalen Kapitalismus mitdenkt, ist in der bolivianischen Stadtforschung unterschiedlich stark ausgeprägt. Ein Grund dafür könnte sein, dass die Stadtforschung in Bolivien lange Zeit weniger in den Sozialwissenschaften als in der Architektur angesiedelt war. Generell kann in Lateinamerika jedoch auf eine starke marxistische Forschungstradition verwiesen werden an die hier angeknüpft wird. Dies liegt unter anderem daran, dass die Forschung immer sehr eng mit der sozialen Praxis verbunden war (Urquieta 2016, 37). So lässt sich in Bolivien ein stetiges Mitwachsen der Stadtforschung mit der Entwicklung und den Problemen des urbanen Raums erkennen, weshalb auch aktuell der Immobilien- und Bodenmarkt aufgrund des anwachsenden Preis- und Spekulationsdruck ein wichtiger Teil der wissenschaftlichen Debatte vor Ort ist. Dabei ist die größte Herausforderung der Sozialwissenschaften in Bolivien jedoch die marginale staatliche Förderung universitärer Forschung, sowie die fehlende Priorisierung innerhalb von Privatuniversitäten, obwohl sie in der Ausbildung eine wichtige Rolle spielen. Dadurch begrenzt sich die Forschung zu Cochabamba auf einige wenige Vertreter*innen, die meist im Ausland promovieren konnten und durch ausländische Förderungen unterstützt werden. Dies erklärt auch, warum viele Publikationen zu Themen der Stadtforschung in Kooperation mit außerakademischen und größtenteils ausländischen Institutionen wie Nichtregierungsorganisationen (NRO) veröffentlicht werden (Urquieta 2016, 37). Viele dieser Publikationen, unter anderem die Veröffentlichung des vom deutschen Hilfswerk Misereor geförderten Netzwerks *Red Nacional de Asentamientos Humanos* (RENSASH), leisten wichtige Beiträge zur Debatte. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch eine Abhängigkeit der Forschung und besonders der Themensetzung von den Interessen der Geldgeber*innen aus dem Ausland. Zudem sollen die Veröffentlichungen meist als Politikempfehlungen dienen, wodurch eine Praxisnähe einer theoretischen politökonomischen Auseinandersetzung vorgezogen wird.

Umso wichtiger ist für eine lateinamerikanische Konzeptualisierung der eigenen Realität die enge Vernetzung von Wissenschaftler*innen innerhalb des Kontinents. Das Konzept der peripheren Urbanisierung (Caldeira 2022) der brasilianischen Stadtforscherin Teresa Caldeira lässt sich hier als Zusammenführung lateinamerikanischer Erfahrungen einordnen. Ihr Beitrag zur lateinamerikanischen Debatte findet sich unter anderem in dem von Nadine Reis und Michael Lukas herausgegebenen Sammelband *Beyond the megacity. New dimensions of peripheral urbanization in Latin America*, (Reis/Lukas 2022) in dem die Notwendigkeit betont wird, die wissenschaftliche Debatte über die lateinamerikanische Stadt von der Peripherie, der innerstädtischen Peripherie und der globalen Peripherie auszuführen.

Mit der Gründung des *Instituto Boliviano de Urbanismo* (IBU) in Cochabamba im Jahr 2020 ist auch in Bolivien ein transdisziplinäres Stadtforschungsnetzwerk entstanden, das wissenschaftliche Perspektiven auf die Herausforderungen der Urbanisierungsprozesse in Bolivien vorantreibt und vereint. So werden beispielsweise feministische und ökonomische Perspektiven durch einen starken anthropologischen Bezug ergänzt. Besonders hervorzuheben sind vor allem die Arbeiten des Anthropologen Nelson Antequera, der gemeinsam mit Cristina Cielo die bolivianische Debatte um den Einfluss indigener Produktionsweisen auf den urbanen Raum mit dem 2011 erschienenen Sammelband *Ciudad sin fronteras. Multilocalidad urbano rural en Bolivia* (Antequera/Cielo 2011) angestoßen hat. Für eine historische Einordnung der indigenen Produktionsweise ist auch die Arbeit des Niederländers Willem Assies (Assies 2009) von Bedeutung. Eine historische Analyse des Ausschlusses der indigenen Bevölkerung aus den offiziellen Produktionsprozessen wird auch von Tassi et al. (2013) in Bezug auf den informellen Handel untersucht und ist als wichtige Darstellung zu werten, um die Informalität auf dem Bodenmarkt in Cochabamba aus bolivianischer Perspektive zu bewerten.

In der deutsch- und englischsprachigen Diskussion zu Cochabamba haben die Proteste um die Frage der Wasserverteilung während des sogenannten „Wasserkrieges“ im Jahr 2000 die Wissenschaft fasziniert und zu zahlreichen Publikationen geführt (z.B. Razavi 2022). Diese lassen sich in die internationale Begeisterung einordnen, die mit dem Regierungsantritt von Evo Morales 2006 begann und etwa bis zum Abschluss des Verfassungsprozesses 2009 anhielt. Gegenwärtig fehlt es an differenzierten Analysen, die die seither eingetretenen Veränderungen der Stadtentwicklung einerseits innerhalb der globalen kapitalistischen Märkte und andererseits innerhalb der nationalen Institutionalität untersuchen. Aktuelle kritisch politökonomische Analysen sind rar oder nehmen auf veraltete Daten Bezug, wie der Beitrag der US-amerikanischen Stadtforscherin Hannah-Hunt Moeller zum kollektiven Landbesitz in Cochabamba (Moeller 2022).

1.2 Wissenschaftstheoretische Grundlage und Vorgehen der Forschung

Die urbane Gesellschaft schreit uns ihre Probleme zu, beschreibt Pradilla, die, wie er weiter ausführt, die Suche nach wissenschaftlichen Antworten notwendig machen (Delgadillo 2013, 192). Ungleichheit ist selten so sichtbar wie in der Stadt, wo unterschiedliche ökonomische Lebensrealitäten auf engstem Raum koexistieren. Eine ähnliche Perspektive nimmt Bautista ein, wenn er schreibt, dass die Diskussion über Boden von denen angestoßen wird, die keinen Zugang dazu haben (Bautista 2007). Beide Standpunkte betonen die Positionierung gegenüber denjenigen, die am meisten unter der dem Kapitalismus immanenten Ungleichheit leiden.

Im Mainstream der akademischen Wissensproduktion wird eine solche klare Subjektivität verneint. Insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften wird auf einer positivistischen Forschung beharrt, die einem strikten methodischen Vorgehen folgt und an eine Neutralität der Ergebnisse glaubt (Buch-Hansen/Nielsen 2020, 17). Meine bewusste Entscheidung für eine andere Herangehensweise hat ihren Ursprung in der Überzeugung, dass Wissenschaft ein Mittel zur Veränderung und nicht zur Stabilisierung von Macht sein sollte oder, wie Felix Wemheuer mit Blick auf marxistische Forschung in Lateinamerika formuliert, nicht „als Selbstzweck“ (Wemheuer 2016, 18) dienen sollte. Dennoch ist es eine Herausforderung, sich immer wieder dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit zu stellen. Dabei folgt diese Überzeugung einer langen Tradition kritischer politökonomischer Forschung, die sich teilweise, wie es hier erfolgt, wissenschaftstheoretisch, also hinsichtlich der Fragen, wie schaffe ich Erkenntnisse über welche Art von Realität, dem Kritischen Realismus (KR) zuordnen lässt.

Der KR als eigener Forschungsansatz unterscheidet sich von positivistischer Forschung hinsichtlich seiner Annahmen über die soziale Wirklichkeit (Ontologie). Soziale Wirklichkeit ist diesem Verständnis zufolge „constituted by complex power relations that evolve from a constant dialectical interplay of structure and agency over time, and that these power relations are revealed in both ideational and material dimensions“ (Wigger/Horn 2016, 38). Versteht man die Realität in dieser Komplexität, wird schnell klar, dass die Art und Weise, wie Wissen über sie produziert werden kann (Epistemologie), nicht allein durch Methoden erfolgen kann, die versuchen, die Realität durch Datenauswertungen vereinfacht als stabil und vorhersagbar darzustellen (Buch-Hansen/Nielsen 2020, 16). Vielmehr werden eine Veränderbarkeit und mögliche Einflussnahme der Akteur*innen auf die Strukturen anerkannt. Die Wissensproduktion der KR sieht sich demgegenüber einer Kritik an herrschenden machtstabilisierenden Strukturen verpflichtet, um Schritte zu einer emanzipatorischen Veränderung der Gesellschaft zu bewirken (Wigger/Horn 2016, 51). Diese machtstabilisierenden Strukturen sind auch innerhalb der

Wissenschaft zu finden, sodass die KR durch die Wahl ihres wissenschaftlichen Ansatzes auch zu deren Veränderung beitragen kann.

Diese Verschränkung von Forschung und emanzipatorischer Praxis zeigt bereits, dass der KR Wissenschaft immer als Teil gesellschaftlicher Praxis und umgekehrt Wissen als gesellschaftliches Produkt anerkennt (Jäger et al. 2016, 108). Das bedeutet, dass Forschende den Forschungsgegenstand nie neutral betrachten können, sondern immer nur durch „(theoretical) concepts, abstractions or perspectives which can be understood as ‚theoretical glasses‘ which we wear.“ (Jäger et al. 2016, 107) Es lässt sich also nicht leugnen, dass ich trotz der Forschung vor Ort in Cochabamba aus meiner Erfahrung in westeuropäischen Städten herausschreibe und die Fragestellung und Besonderheiten aus den von mir erlebten Unterschieden zu meinem eigenen sozialen Kontext konstruiere. Wie Donna Haraway mit der Anerkennung des situierten Wissens, also „the embodied nature of all vision“ (Haraway 2008 [1988], 347) formuliert, muss meine Position innerhalb der österreichischen akademischen Strukturen transparent gemacht werden, deren Strukturen und Erfahrungen mich unweigerlich in meinem Denken und der Perspektive, aus der ich schreibe, gefangen halten.

Neben der eigenen Identität, die von sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren beeinflusst wird, betont der KR jedoch auch die Existenz einer Materialität, die spätestens seit der globalen Ausbreitung des Kapitalismus weltweiten Einfluss hat. So erkennt der KR neben den gesellschaftlichen Realitäten auch materielle Realitäten an, die sich z.B. in natürlichen Restriktionen wie der Begrenztheit des Bodens widerspiegeln. Damit grenzt er sich von postmodernen Perspektiven ab, die als Positivismuskritik in den Sozialwissenschaften dominieren. Der KR in seiner marxistischen Tradition geht auf einem hohen Abstraktionsniveau von einer gewissen globalen Universalität von Kategorien wie Ausbeutung und Ungleichheit aus, die im Konkreten jedoch unterschiedliche Formen annehmen. Postkoloniale Kritiker*innen dagegen zweifeln die Anwendbarkeit marxistischer Kategorien über das europäische Proletariat hinaus an. Doch historisch, nicht nur während dekolonialer Befreiungskämpfe, spielte die marxistische Auseinandersetzung im Globalen Süden oftmals eine wichtige Rolle für das eigene Selbstverständnis und wurde vor allem ab dem 20. Jahrhundert politisch und akademisch verankert und weitergedacht (Wemheuer 2016, 13). Zudem erlauben marxistische Kategorien, trotz aller Unterschiede globale Parallelen zwischen kapitalistischen Strukturen und ihren Gegenmodellen zu ziehen. Die Abstraktionsebene darf jedoch nicht mit universellen Regeln gleichgesetzt werden. So wird in der kritischen Stadtforschung bewusst versucht eben nicht bei der Systematisierung von Stadtentwicklung, wie weit verbreitet, vom Modell der europäischen oder der nordamerikanischen Stadt ausgegangen. Stattdessen führt die Abstraktionsebene durch ihre Anwendung

im Austausch mit den Akteur*innen zu einer sich verändernde Konkretisierung marxistischer Theorien (Wigger/Horn 2016, 47). Die Verwendung marxistischer Kategorien auf der Abstraktionsebene bedeutet also sich im Konkreten, also hier in Bezug auf den Forschungsgegenstand des Urbanen in Bolivien, auf neue lokale Perspektiven einzulassen und den Betroffenen zuzuhören. Dabei bedarf die lateinamerikanische Stadt eines eigenen Blickes und einer eigenen Forschung, die unterschiedliche Tendenzen von Ungleichheit und Entwicklung mitdenkt. Sie soll trotz gewisser universeller Annahmen eben nicht als Anomalität der europäischen Stadt wahrgenommen werden, sondern als Ausgangspunkt möglicher Erkenntnisse (Huffschmid/Wildner 2013, 16f.). So ist es notwendig, und das wird auch den deutschsprachigen Leser*innen nahegelegt, für ein Verständnis der spezifischen Regulationsform zunächst alles Bekannte über die Stadt, um sich herum zu vergessen und sich auf neue Formen des urbanen Zusammenlebens einzulassen.

Dass viele Eindrücke aus der Metropolregion Cochabamba und das Wissen der Bewohner*in sowie der bolivianischen Stadtforschung direkt in meine Arbeit einfließen konnten, verdanke ich dem Privileg, an einer österreichischen Universität zu studieren, die mir den Zugang zu finanziellen Mitteln ermöglichte, die, wie bereits erwähnt, in Bolivien in der Forschung nur spärlich vorhanden sind. So konnte ich dank eines Forschungsstipendiums der Universität Wien und dem Engagement von Juan E. Cabrera im Frühjahr 2024 einen zweimonatigen Forschungsaufenthalt am *Centro de Investigaciones en Arquitectura y Urbanismo* an der *Universidad Privada Boliviana* (UPB) verbringen. Die UPB spielt als Universität eine wichtige Rolle in der bolivianischen Forschung, gleichzeitig ist sie jedoch auch die teuerste Universität des Landes, was die Mehrheit der bolivianischen Studierenden von der Lehre ausschließt. Für mich eröffnet sich jedoch die Möglichkeit, an einer Lehrveranstaltung zum Thema Urbanismus in Lateinamerika von Cabrera teilnehmen zu dürfen. Gemeinsam mit Architekturstudierenden habe ich dabei eine Umfrage entwickelt, um Daten über die Entwicklung des Bodeneigentums in den periurbanen Gebieten der Metropolregion Cochabamba zu gewinnen. Die Befragung wurde in ca. 100 Haushalten in den periurbanen Stadtvierteln Urbanización Eucaliptus, Sebastián Pagador, Villa Israel, Villa Luz Urkupiña, Callajchulpa, Villa Belén und Jaracanda 27 de Octubre durchgeführt. Bei der Analyse der Stadtviertel wurde deutlich, dass sie sich trotz ihrer periurbanen Lage in Bezug auf den Grad der Konsolidierung, ihrer Entstehungsgeschichte oder in Bezug auf die bestehenden Herausforderungen und Probleme stark unterscheiden. Während der Befragung kamen wir mit vielen Bewohner*innen und den Vertreter*innen der Nachbarschaftsorganisationen ins Gespräch. Spannend waren dabei auch die Diskussionen mit den

Studierenden selbst, die aufgrund ihrer ökonomisch privilegierten Situation zumeist nur selten mit den Realitäten in den periurbanen Stadtvierteln konfrontiert werden.

Neben zahlreichen Exkursionen in die periurbanen Stadtviertel sind hier außerdem acht längere Interviews bzw. Gespräche hervorzuheben, die ich in der Zeit geführt habe und die für das Verständnis der Veränderungen der letzten Jahre in den periurbanen Gebieten Cochabambas sehr wichtig waren: Zum einen mit Mitarbeiter*innen der in Cochabamba ansässigen bolivianischen NROs ProHabitat und ProCasha, die sich beide seit mehr als 20 Jahren für eine Verbesserung der Wohnsituation in den periurbanen Stadtvierteln einsetzen. Per Zoom habe ich zudem mit zwei Mitarbeiter*innen des deutschen Hilfswerks Misereor gesprochen, da dieses seit Jahren die kompletten Personalkosten der beiden NROs übernimmt und als finanzieller Förderer in den Gesprächen mit den Akteur*innen auffällig präsent war. Des Weiteren habe ich mit zwei Mitarbeitern des Stadtplanungsamtes der Stadt Cochabamba sowie mit dem Koordinator der Regionalverwaltung der Metropolregion Cochabamba gesprochen. Außerdem wurde mir von Bewohner*innen der ehemaligen Comunidad María Auxiliadora in intensiven Gesprächen und langen Spaziergängen durch das Stadtviertel die Geschichte und die Herausforderungen ihres Projektes dargelegt. Ihre Erfahrungen des sozialen Kampfes, vor allem in den Worten des Bewohners Manolo, flossen stark in die Analyse ein. Aufschlussreich waren auch die vielen Gespräche über die ökonomischen und politischen Prozesse peripherer Urbanisierung, die ich mit einem Handwerker führte, den ich an meinem Wohnort kennenlernte. Ich durfte ihn in den Stadtteil Churitia begleiten, wo er sich viel Zeit nahm, um seine Erfahrungen mit mir zu teilen. Die Interviews waren, wie in der KR üblich, nicht leitfadengestützt, sondern offen. Interviews in der Tradition der KR haben, im Gegensatz zur positivistischen Forschung mit standardisierten Fragen, einen aktiveren und explorativen Ansatz (Buch-Hansen/Nielsen 2020, 42). Zudem wurde versucht, den Redefluss der Interviewpartner*innen nicht allein durch vorbereitete Fragen zu lenken, sondern den von den Gesprächspartner*innen hervorgehobenen Themen zu folgen und gemeinsam zu diskutieren anstatt nur einseitig Informationen zu erhalten. Dennoch konnte ein extraktives Forschungsmoment, das an koloniale Machtverhältnisse anknüpft (Goldstein 2016, 59), durch meine Position nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Durch diesen investigativen Ansatz können die Ergebnisse der Interviews nicht nur in Kombination mit den anderen Daten verwendet werden, die durch Beobachtungen, informelle Gespräche und Umfragen gewonnen wurden, sondern dieser ermöglicht auch eine Verflechtung der Erkenntnisse mit der in der Arbeit verwendeten Literatur. Ein kritisch-politökonomischer Ansatz erlaubt zudem, statische Grenzen zwischen Disziplinen - z.B. anthropologische Forschung, historische Rückgriffe oder ein geographisches Raumverständnis - bei der Analyse aufzuweichen.

Letztendlich bilden alle Erkenntnisse, die ich in diesen Wochen in Cochabamba gewonnen habe, die Grundlage dieser Arbeit. Ebenso dienen auch die begleitenden Fotografien dem Verständnis des untersuchten Raumes.

Um zu verstehen, in welchem geographischen und politischen Raum die Forschung stattfand, wird im Folgenden das Periurbane definiert und in der Metropolregion Cochabamba verortet.



Abbildung 2: Blick aus dem Süden Cochabambas auf den reicheren Norden und die Kordilleren
(Quelle: Agnes Sieben)

2 Verortung des Periurbanen in der Metropolregion Cochabamba

Auch wenn insbesondere innerhalb westlicher Entwicklungsorganisationen in Bezug auf Bolivien teilweise bis heute die ländliche Entwicklung als Adressat für Verbesserungen gesehen wird, überstieg in Bolivien bereits Mitte der 1980er Jahre die städtische Bevölkerung die ländliche. Im Jahr 2012 lebten 67,5 Prozent der Bevölkerung in städtischen Gebieten mit einer Wachstumsrate von 2,4 Prozent, ebenso wie 48 Prozent der indigenen Bevölkerung (Banco Mundial 2015, 31). In nur wenigen Jahrzehnten hat Bolivien ein rasantes Stadtwachstum erlebt, das sich auf die Migration vom Land in die Stadt zurückführen lässt. Auch wenn sich dieses Wachstum nicht nur auf die Großstädte beschränkt, sondern auch in kleineren Städten zu beobachten ist, nimmt die Bedeutung der drei Metropolen Santa Cruz, La Paz/El Alto und Cochabamba, die die drei ökologischen Zonen Hochland, Valle und Tiefland repräsentieren, zu (Urquieta 2016, 22).

Die Gründung der Metropolregion Cochabamba¹ im Jahr 2014 war der erste Versuch in Bolivien, die Probleme der anhaltenden Urbanisierung in größerem Maßstab anzugehen. Sie dient

¹ Der offizielle Name des institutionellen Zusammenschlusses der Metropolregion ist Kanata. Im allgemeinen Sprachgebrauch als räumliche Abgrenzung wird jedoch von der Metropolregion Cochabamba

als Steuerungsinstrument für eine integrierte Stadtentwicklung und besteht aus der Stadt Cercado (Cochabamba) im Zentrum sowie den Kommunen Vinto, Sipe Sipe, Quillacollo, Colcapirhua und Tiquipaya im Westen und Sacaba im Osten (siehe Abbildung 3).

Die Metropolregion liegt auf einer durchschnittlichen Höhe von 2.570 Metern, abhängig von der Nähe zu den nördlich angrenzenden Kordilleren, die eine wichtige Trinkwasserquelle für die Metropolregion darstellen. Ursprünglich war das Tal, in dem sich die Metropolregion entwickelt hat, die Kornkammer der andinen Bergbaustädte. Heute werden etwa 25.000 Hektar des 45.000 Hektar großen Valles bereits zum Stadtgebiet gezählt (siehe Abbildung 4). So ist die urbane Bodennutzung zwischen 1962 und 2016 um 17.004,6 Hektar gewachsen, das sind 314,6 Hektar pro Jahr. Cabrera & De la Fuente schätzten die weitere Ausdehnung bis 2035 auf 26.096 Hektar (Cabrera/De la Fuente, 2016, 5). Nach Aussagen der Regionalverwaltung von Cochabamba wird diese Ausdehnung jedoch bereits bis Ende 2024 erwartet.

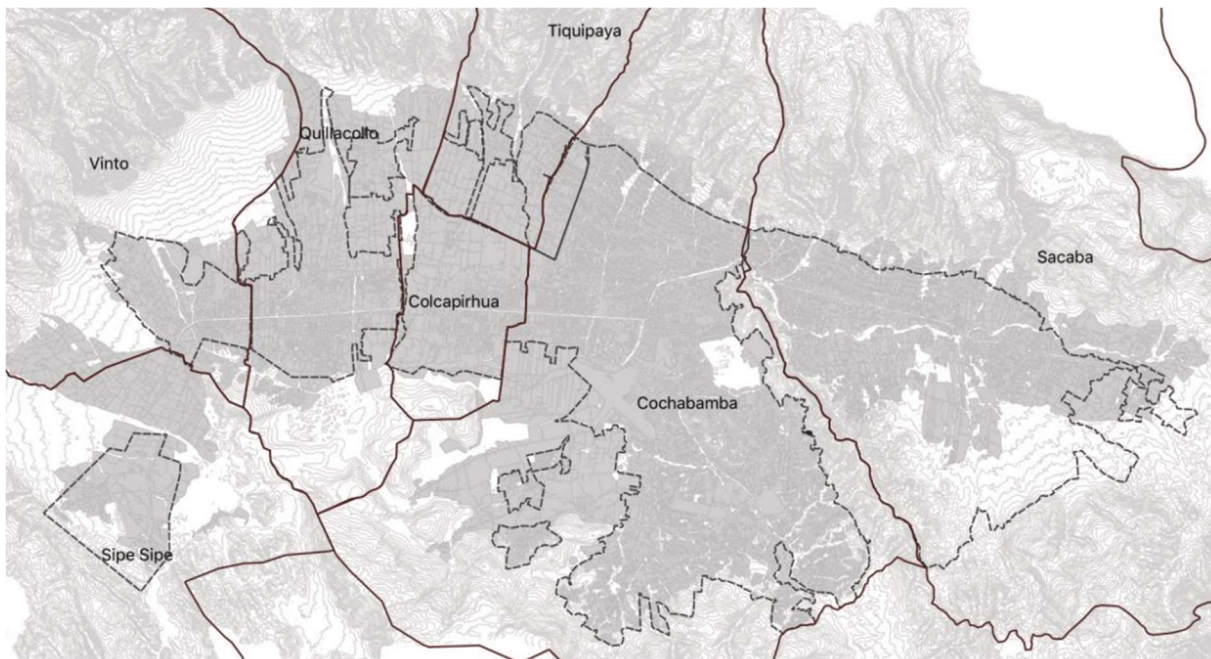


Abbildung 3: Die Metropolregion Cochabamba mit Gemeindegrenzen (Cabrera et al. 2022, 7)

Bei der Volkszählung 2012² gaben 1,07 Millionen Menschen an in einer der Kommunen der Metropolregion zu leben. Für das Jahr 2022 wurde die Einwohnerzahl der Metropolregion

gesprochen, was hier verwendet wird, da im weiteren Verlauf der Arbeit auch von Räumen außerhalb der institutionellen Definition die Rede sein wird.

² Ende März 2024 wurde nach mehr als zehn Jahren und nach politischen Auseinandersetzungen über den Zeitpunkt der Umsetzung wieder eine Volkszählung durchgeführt. Deren Ergebnisse liegen zum Zeitpunkt der Arbeit noch nicht vollständig vor, weshalb hier auf die Daten von 2012 zurückgegriffen wird. Die Durchführung war umstritten, da vor allem in der Region um Santa Cruz gravierende demographische Veränderungen erwartet werden, die u.a. auch zu einer veränderten Sitzverteilung im Parlament führen könnten, bei der die Regierungspartei an Einfluss verlieren könnte (Traeder 2024). Für Bolivien ist diese Datenerhebung von besonderer Bedeutung, da aufgrund der hohen Informalität ansonsten keine offiziellen Daten zu Armut, Bevölkerung und Wohnen in den Städten vorliegen. Der Zensus gewann mit der Dezentralisierungsreform

bereits auf über 1,4 Millionen geschätzt (Cabrera/De La Fuente 2020, 7). Besonders auffällig verläuft dieses Wachstum in den ehemals eher kleinen Gemeinden am Rande der Metropolregion. So verdreifachte sich die Bevölkerung von Sacaba zwischen 1992 und 2012. Tiquipaya wuchs im gleichen Zeitraum von rund 3.000 auf 49.473 Einwohner. Für das Jahr 2022 wird die Einwohnerzahl von Tiquipaya auf 77.409 geschätzt (Cabrera et al. 2017, 322; Ministerio de la Presidencia 2020, 140). Diese Zahlen machen den Druck auf die Wohnraumversorgung deutlich. Insgesamt ist die städtische Bevölkerung der gesamten Metropolregion zwischen 1992 und 2012 um 80 Prozent gewachsen bei einer gleichzeitigen Flächenexpansion von 150 Prozent.

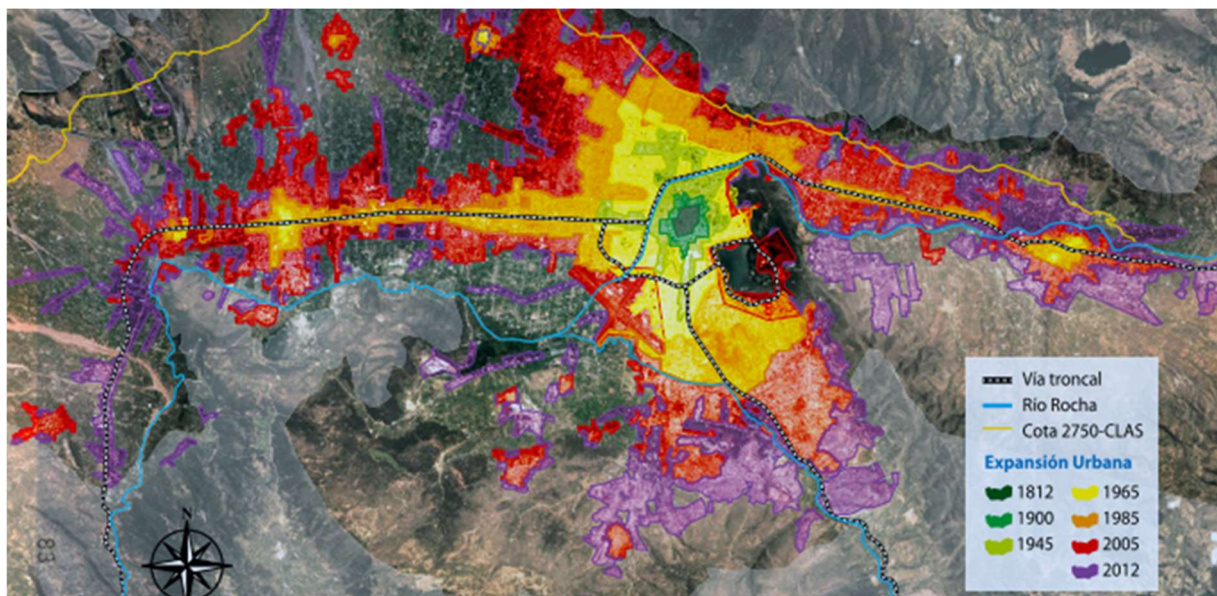


Abbildung 4: Die Ausdehnung des urbanen Gebiets zwischen 1812 und 2012 (Torricco 2017, 83)

Historisch gesehen hat das Wachstum der Städte weltweit unterschiedliche Antworten auf die steigende Nachfrage nach Wohnraum hervorgebracht. In der Metropolregion Cochabamba ist die Befriedigung der Wohnbedürfnisse eng mit dem Erwerb von Eigentum verbunden. In den städtischen Gebieten wohnten 2012 60,26 Prozent in einem eigenen Haus (Gobierno Autónomo Departamental de Cochabamba 2021, 398). Die für den Eigentumserwerb notwendige Bodenbereitstellung wird durch eine Flächenausdehnung gelöst, wie die Zahlen zur Expansion der urbanen Gebiete verdeutlichen. Die Folge ist ein rapider Rückgang landwirtschaftlicher und landschaftlich geschützter Flächen am Stadtrand. Für die Bewohner*innen bedeutet dies teilweise eine unzureichende infrastrukturelle Wohnsituation, die in der Metropolregion Cochabamba in vielen Bereichen noch nicht den vom bolivianischen Staat festgelegten Mindeststandards entspricht. Die derzeitige Situation ist vielfach geprägt von Überbelegung, dem Fehlen sanitärer Anlagen, fehlender Anschlüsse an die Kanalisation und die Wasserversorgung.

1994 an Bedeutung als eine Steuerumlage auf die dezentralen politischen Einheiten beschlossen wurde, die sich nach der Einwohner*innenzahl der Gemeinden orientiert (Torricco 2017, 43).

Letzteres führt dazu, dass die Versorgung von Wasserlieferwagen übernommen wird, wodurch die Kosten sehr hoch sind (Quillaguamán 2020, 41). Vor diesem Hintergrund formulierte eine Mitarbeiterin einer NRO, die sich für das Recht auf Wohnen einsetzt, in einem Interview die Problematik des Zugangs zu Wohnraum weniger als Problem des Erwerbs von Boden an sich, sondern vielmehr als Problem des Zustands und der Lage des Wohnorts: „Es gibt alles, für die, die haben, und für die, die nicht haben. Aber das Entscheidende ist, ob es zum Wohnen geeignet ist und ob es eine Infrastruktur gibt.“ (Mitarbeiterin der NRO ProHabitat, Übers. d. Verf.³)

Der größte Teil des Bodens wird, ob zum Wohnen geeignet oder nicht, über den informellen Bodenmarkt verteilt. Abramo grenzt diesen von formellen Märkten mit normativer und rechtlicher Absicherung durch den Staat, die legale Wirtschaftsbeziehungen darstellen, durch Wirtschaftsbeziehungen außerhalb dieses Rechtssystems ab (Abramo 2008, 57). Der Anteil des informellen Landmarktes liegt in Bolivien bei etwa 83 Prozent (Blanc et al 2022, 713). Er entspricht damit in etwa dem informellen Beschäftigungssektor in Bolivien, der mit 80 Prozent weltweit führend ist. Anders als in anderen Volksökonomien weist die Dominanz dieses Sektors nicht allein auf eine Prekarität hin. Folglich steigt die informelle Beschäftigung nicht, wie beispielsweise im Nachbarland Argentinien in Krisenzeiten (Ruggeri/Vieta 2023), sondern vor allem in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs (Tassi et al. 2013, 81). Dabei ist der informelle Sektor in Bolivien für 67 Prozent der bolivianischen Wirtschaftsleistung verantwortlich. Nichtsdestotrotz bedeutet dies für den Großteil der bolivianischen Arbeitnehmer*innen nicht im Rentensystem des Landes registriert und von vielen Sozialleistungen ausgeschlossen zu sein (Goldstein 2016, 33).

Der Erwerb von Boden auf dem informellen Bodenmarkt, der infrastrukturell noch nicht an den Rest der Stadt angebunden ist, und die anschließende Konsolidierung in Eigeninitiative bilden die Grundlage der peripheren Urbanisierung, die sich durch eine eigene Logik auszeichnet (Caldeira 2022). Sie findet in Gebieten statt, die hier als periurban bezeichnet werden. In der Stadt Cercado werden damit vor allem die Gebiete südlich des turbulenten und größten Markts der Region *La Cancha* assoziiert, fernab der teuren Viertel rund um den *Parque Fidel Anze*. Bei genauerem Hinsehen verschwimmt jedoch diese klare räumliche Trennlinie. Denn periurban – im Kontext dieser Arbeit – bezieht sich nicht nur auf die bloße geographische Randlage der Städte, sondern vor allem auf die Form der Regulation des Bodens und die daraus resultierende Vulnerabilität. Überall dort, wo Boden von Akteur*innen des informellen Bodenmarktes

³ Spanische Zitate wurden übersetzt, um den Lesefluss zu erleichtern und Sprachbarrieren abzubauen. Alle Übersetzungen sind entsprechend gekennzeichnet.

(illegal) angeeignet und verkauft wird, beginnen Urbanisierungsprozesse, die zumeist den Logiken periurbaner Gebiete folgen. Gleichzeitig entstehen in eben diesen Gebieten teure Wohnsiedlungen mit offiziellen⁴ Landtiteln und fertiger Infrastruktur, die anderen Prozessen unterliegen. Caldeira schreibt zu Recht: „What makes this process peripheral is not its physical location but rather the crucial role of residents in the production of space and how as a mode of urbanization it unfolds slowly, transversally in relation to official logics, and amidst political contestations.” (Caldeira 2022, 58).

Das Ergebnis ist eine extrem heterogene Stadt. Außerhalb des alten kolonialen Stadtkerns wird in bolivianischen Städten durch Mitarbeiter*innen der Verwaltung permanent das Fehlen einer Stadtplanung im klassischen (letztendlich europäischen) Sinne beklagt. Weder eine kohärente Bebauungsstruktur noch eine infrastrukturelle Kontinuität sind erkennbar. Einstöckige Rohbauten wechseln sich mit mehrstöckig fertig gestellten Gebäuden ab; der eine Haushalt verfügt bereits über Strom und fließendes Wasser, während der Nachbarin beides verwehrt bleibt; zwischen informellen, prekären Nachbarschaften verschwinden hinter hohen Mauern teure Gated Communities oder ehemalige ländliche Gemeinden werden ohne koordinierte Straßenführung bebaut. Die Wohnqualität, die infrastrukturelle Versorgung, die Anfälligkeit für Naturkatastrophen und die Anbindung an die Stadtzentren unterscheiden sich nicht nur zwischen formellen und informellen Gebieten, sondern auch innerhalb des periurbanen Raums. In der Regel gibt es keine raumplanerischen Entwicklungskonzepte, die die Ausdehnung der Städte planerisch vorbereiten. Stattdessen ist der Urbanisierungsprozess in Bolivien permanent und wird von der Bevölkerung selbst definiert. Der Grad der sozialen Organisation, die Lokalisierung, die politische Anerkennung und vor allem die Zeitlichkeit können entscheidende Faktoren für diese Heterogenität sein. So ist beispielsweise die Trinkwasserversorgung sehr unterschiedlich. Stadtviertel wie Central Itocta im Süden der Stadt, die bereits in den 1980er Jahren gegründet wurden, verfügen über eigene Trinkwasserbrunnen, mit denen die Tanks der Bewohner*innen mehrmals wöchentlich gefüllt werden. Villa Belén wird aufgrund seiner Lage im Tunari-Nationalpark, der sich nördlich der Stadt erstreckt, dieser Zugang verwehrt. Wie Caldeira betont, ist es daher wichtig, die periurbanen Gebiete in zeitlicher und räumlicher Hinsicht zu untersuchen (Caldeira 2022, 60), wodurch bei genauer Betrachtung ständige Veränderungen der Gebiete

⁴ Der Begriff „offiziell“ wird in dieser Arbeit als Synonym für die rechtliche Anerkennung durch die Institutionen des Staates verstanden. Im weiteren Verlauf wird deutlich, dass dies im bolivianischen Kontext nicht zwangsläufig auf die dominante Form oder eine autoritäre Durchsetzung schließen lässt. Dennoch verweist das offiziell Anerkannte, auch in Bezug auf die Verwendung in der offiziellen oder formellen Ökonomie, auf die damit oftmals einhergehenden Privilegien, von denen viele Bewohner*innen aufgrund struktureller Ungleichheiten ausgeschlossen sind.

greifbar werden. Vielerorts lässt sich die Stadterweiterung anhand der Buslinien gut nachvollziehen. Das durch Kooperativen organisierte Bussystem der Metropolregion erschließt in Absprache mit den Vertreter*innen der Stadtviertel als erstes die neuen Gebiete. Ebenso in Esquilan Grande, einem vor wenigen Jahren noch landwirtschaftlich geprägten Stadtteil am Rande von Colquapirhua, wo die Buslinie ihre Endhaltestelle innerhalb eines Jahres um mindestens einen Kilometer den Berg hinauf verlegt hat.

Wie Cielo & Vásquez betonen, ist der periurbane Raum nicht nur über seine Defizite zu verstehen (Cielo/Vásquez 2011, 12), sondern vielmehr über seine Logiken außerhalb der westeuropäischen Stadt, die sich vor allem aus dem Fehlen einer staatlichen Stadtpolitik ergeben. Deren Fehlen schafft Raum für die Entstehung inoffizieller, gemeinschaftsbasierter ökonomischer Strategien und Praktiken. Periurban meint also vor allem die Negation der Logiken der offiziellen Stadtplanung (Antequera 2011, 36).

Die Dominanz des Periurbanen über das Urbane in der Metropolregion Cochabamba ist die logische Konsequenz einer historisch gewachsenen Erfahrung des Ausschlusses im Ökonomischen und Sozialen. Anders als im westeuropäischen Kontext wurde die rapide Urbanisierung der letzten Jahrzehnte in Bolivien nicht durch die Nachfrage nach Arbeitskräften im Zuge einer Industrialisierung ausgelöst, sondern durch eine Welle von Arbeitslosigkeit und Prekarisierung der Landbevölkerung, die mehrheitlich die indigene Bevölkerung⁵ Boliviens darstellt. Cielo & Vásquez sprechen daher von einer „Verlagerung der Armut“ (Cielo/Vásquez 2011, 11) vom Land in die Stadt. Diese geht besonders im bolivianischen Kontext einher mit einer Verlagerung sozialer und indigener Kämpfe zur Durchsetzung von Forderungen nach einer Umverteilung von Macht und Reichtum unter anderem in Form eigener ökonomischer Logiken. Ein dominanter abwertender Diskurs der bolivianischen Mittelschicht und Elite ist das Bild einer „Invasion“ der informellen Händler*innen, die zunehmend die Straßen und auch die Stadtzentren einnehmen, ihre Marktgebiete ausweiten, den Verkehr aufhalten oder auf den Bürgersteigen verkaufen. Beschuldigt werden sie einer fehlenden Bildung, der Ignoranz von gemeinsamen Regeln (die jedoch ohne die Beschuldigten aufgestellt wurden) und der Schaffung von

⁵ Bolivien verfügt besonders im Tiefland über eine Vielzahl indigener Völker, die aufgrund ihres weitaus geringeren Bevölkerungsanteils, ihrer anderen Organisationsstruktur und politischer Entscheidungen gegenüber der andinen Kultur im politischen Diskurs meist unterrepräsentiert sind. Auch hier wird nur auf die andinen indigenen Völker der Aymara und Quechua Bezug genommen, die Ähnlichkeiten in ihrer ökonomischen Struktur aufweisen. Cochabamba selbst wird zum Valle gezählt, welches historisch im Einflussbereich der Quechua lag. Diese stellen neben den Aymara immer noch die größte Gruppe der Indigenen in der Metropolregion dar, wodurch die andine Kultur, ob sprachlich oder durch die Etablierung von eigenen Institutionen, am präsentesten in der indigenen Einflussnahme ist, wodurch sich der Bezug in der Forschung auf andine Konzepte, wie in Kapitel 4.2, hier rechtfertigen lässt.

Unordnung. Tassi et al. beschreiben diesen Diskurs jedoch vor allem als „Angst einer städtischen Mittelschicht, die die Kontrolle über Räume, Ökonomien und die Fähigkeit, sozioökonomische Kategorien und Hierarchien zu definieren, verliert“ (Tassi et al. 2013, 4, Übers. d. Verf.). Der Beginn eines signifikanten Zuzugs der Landbevölkerung in die bolivianischen Städte lässt sich auf die Mitte des 20. Jahrhunderts datieren, im Zuge der Befreiung der indigenen Bevölkerung⁶ von den feudalen Zwängen der landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer durch die bolivianische Revolution 1952. Diese löste eine erste Migrationsbewegung vom Land in die Städte aus. Lebten 1950 nur 26 Prozent der Bevölkerung in städtischen Gebieten, waren es 1976 bereits 42 Prozent (Torrico 2017, 20). Die Revolution führte nicht nur das allgemeine Wahlrecht für alle Bolivianer*innen ein und legte den Grundstein für die Bildungsreform von 1955, die eine kostenlose und obligatorische Schulbildung für alle ermöglichte, sondern schuf auch die Basis für die Agrarreform von 1953. Mit der Agrarreform wurden drei Hauptprinzipien durchgesetzt: Der Boden sollte demjenigen gehören, der ihn bewirtschaftet; das Eigentum an Boden sollte eine soziale Funktion erfüllen und der Reichtum an natürlichen Ressourcen sollte durch Verstaatlichung der Allgemeinheit zustehen. (Assies 2009, 298) Im Zentrum stand dabei zwar die Auflösung des rückständigen Feudalsystems, doch ohne kollektive Organisationsformen indigener *Comunidades*⁷ mitzudenken (Torrico 2017, 19) und gleichzeitig die ungleiche Bodenverteilung wirklich zu zerschlagen. Stattdessen wurde vor dem Gedanken der Modernisierung traditioneller Produktionsweisen eine individuelle Eigentumsverteilung verhärtet⁸. Viele der Landbesitzer konnten einen Teil oder ihren gesamten Besitz behalten, da sie statt als Großgrundbesitzer als mittlerer familiärer Betrieb eingestuft wurden. Während gleichzeitig den indigenen Landarbeiter*innen bei der Aufteilung der in der Kolonialzeit errichteten landwirtschaftlichen Großbetriebe (*Haciendas*), meist nur die Parzelle zugesprochen wurde, die sie vor der Reform bewirtschafteten. Ihre Verpflichtungen gegenüber dem Grundherrn entfielen, aber

⁶ Mit der politischen Linie des *Movimiento Nacionalista Revolucionaria* (MNR), der führenden Partei der bolivianischen Revolution, die in den Folgejahren der Revolution (1952-1964) regierte, setzte sich der Klassenbegriff *Campesinos*, auf Deutsch Landarbeiter*innen, anstelle des bis dahin dominierenden Begriffs *Indio* für die indigene Bevölkerung durch (Assies 2009, 298). Auch auf institutioneller Ebene trat anstelle der aufgelösten *Haciendas* vielerorts die Organisationsstruktur der Bauerngewerkschaft an die Stelle der indigenen Gemeinschaften (Assies 2009, 303). Der soziale Kampf der Landbevölkerung um Land und gegen Armut wird in Bolivien letztlich jedoch immer auch als indigener Kampf verstanden.

⁷ *Comunidad* bedeutet auf Deutsch Gemeinschaft und geht in Bolivien auf die indigene lokale Organisation zurück. In der Arbeit findet der spanische Begriff Verwendung, da es sich nicht um eine selbstgewählte Gemeinschaft handelt, aber gleichzeitig, trotz des festen, institutionell anerkannten Zusammenschlusses, der Begriff Dorf die kulturelle und soziale Verbundenheit und gegenseitige Verantwortung nicht ausreichend ausdrückt.

⁸ Die *Comunidades* hielten jedoch trotz der Gesetzgebung vielerorts am indigenen Prinzip des kollektiven Bodenbesitzes und der Bodenverteilung nach gewohnheitsrechtlichen Regeln der Vererbung, Übertragung und Verwaltung fest (Assies 2009, 300).

ihre produktiven Ressourcen wurden nicht erhöht. (Assies 2009, 300) Zusätzlich fehlte eine begleitende öffentliche Agrarpolitik, die das Einkommen der Familien hätte erhöhen können. Letztendlich setzte sich die Reform nur dort durch, wo der soziale Druck bereits vor der Reform groß war, also vor allem in den Departamentos La Paz und Cochabamba, während das Tiefland weitestgehend unberührt blieb (Schaller 2009).

Einen zweiten wichtigen Moment im Urbanisierungsprozess erlebte das Land, nachdem es 1982 nach fast zwei Jahrzehnten Militärdiktatur durch eine demokratische Transition wieder in die internationale Gemeinschaft integriert wurde. Diese drängte die Regierung dazu auf die wirtschaftliche Rezession im Gefolge der globalen Ölpreiskrise der 1980er Jahre in Bolivien mit einer der reinsten Formen neoliberaler Strukturanpassungsprogramme zu antworten. Im Jahr 1985 trat das Dekret 21060 in Kraft, das von einer US-amerikanischen Beratergruppe unter der Leitung von Jeffrey Sachs entworfen worden war und als „neoliberales Rezept“ gegen die Krise galt und eine extreme Liberalisierung der Volkswirtschaft, die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Kürzung öffentlicher Ausgaben zur Folge hatte (Torrico 2017, 37). Unter der Marköffnung litten nicht nur die Kleinbäuer*innen durch billige Agrarimporte, auch die Privatisierung und Schließung vieler Minen führte zu einer dramatischen Arbeitslosigkeit. Unter dem euphemistischen Begriff der „Relokalisierung“ wurden ganze Siedlungen von Minenarbeiter*innen aus dem Hochland in die urbanen Randgebiete verlegt (Urquieta 2016, 23). Stadtviertel mit den Namen der ehemaligen Minenzentren verweisen noch heute auf die Herkunft ihrer Bewohner*innen.

Im Rahmen der neoliberalen Modernisierung trat 1994 mit dem Gesetz 1551 eine Dezentralisierungsreform in Kraft, die die zuvor als ineffizient diagnostizierten politischen Institutionen elementar umstrukturierte. In Kapitel 4.3 wird dies hinsichtlich der Auswirkungen auf den periurbanen Raum genauer diskutiert. Für einen Überblick des Prozesses der Urbanisierung ist es an dieser Stelle jedoch wichtig zu erwähnen, dass bis dahin nur die wichtigsten Städte Bürgermeisterämter hatten. Erst mit dem Gesetz wurde das gesamte Land in Gemeinden mit finanzieller Zuteilung und gewählten Ämtern aufgeteilt (Torrico 2017, 43). Im Gegensatz zu den Wohnungsbauprogrammen, die auch später nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunalverwaltungen fielen, waren urbane Bodenfragen jedoch bereits vorher eine kommunale Aufgabe. So wurden in den ersten Jahren des Stadtwachstums noch einige städtebauliche Instrumente eingesetzt, um das Wachstum der Stadt aktiv zu lenken. Doch der Zuzug ab den 1980er Jahren und die flächenmäßige Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs großer Stadtkommunen wie Cochabamba konnten dem immensen Druck nicht mehr standhalten (Torrico 2017, 78). So

verloren die zentralen Instrumente der Stadtplanung zunehmend an Bedeutung, da sie den periurbanen Raum nicht erfassten, wie in Kapitel 4.2.1 vertieft wird.

Die staatlichen Wohnungsbauprojekte, die ab den 1980er Jahren umgesetzt wurden und die als einzige zentralstaatliche Intervention in die Bodennutzung zu verstehen sind (Achi/Delgado 2007, 20), dienten vor allem einer wirtschaftlichen Dynamisierung durch die Vergabe privater Mikrokredite. Der Staat zog sich damit aus der finanziellen Förderung des Wohnungsbaus zurück und fungierte vor allem als Katalysator der finanziellen Mittel (Torrico 2017, 73). Eine gewisse Veränderung trat ein, als 2011 das staatliche Unternehmen AEVivienda gegründet wurde, um Wohnraum für die einkommensschwache Bevölkerung bereitzustellen. Nachdem sich das Tätigkeitsfeld zunächst auf ländliche Regionen konzentrierte, wurde ab 2015 auch in städtischen Gebieten intensiv der Hausbau unterstützt, was allerdings den Besitz von Boden voraussetzt. Parallel dazu wurden in den letzten Jahren auch in städtischen Gebieten staatlich geförderte Eigentumswohnungen in Form von Hochhauskomplexen errichtet. In der Metropolregion stehen jedoch nach Angaben meiner Gesprächspartner*innen mindestens 60 Prozent dieser Wohnungen seit Jahren leer, u.a. aufgrund fehlender Absprachen mit den lokalen Behörden und der völligen Isolation der Standorte. Die Entscheidungen scheinen zunehmend politisiert und nicht bedarfsorientiert zu sein. Trotz dieser Versuche konnten die staatlichen Wohnbauprogramme die Nachfrage nach Wohnraum durch den Zuzug in die Stadt von Beginn an nicht lösen, sodass die selbstorganisierte periphere Urbanisierung für die Bewohner*innen der einzige Weg war, dieses Problem zu lösen (Torrico 2017, 77).

Die soziale Unzufriedenheit nach Jahren der Kürzung öffentlicher Ausgaben und der Privatisierung nationaler Ressourcen führte 2005 zur Wahl von Evo Morales, dem ersten indigenen Präsidenten des Landes, der von einer starken sozialen Basis, vor allem der indigenen Bauernschaft, getragen wurde, die sich im *Movimiento al Socialismo* (MAS) zusammengeschlossen hatte. Die politische Agenda seit der Regierungszeit von Morales verfolgte im Namen der indigenen Andenbevölkerung unter anderem das Ziel, die Trennung von Stadt und Land zu durchbrechen und die indigene Kultur, die bis dato eng mit dem ländlichen Raum verbunden war auf andere Bereiche zu übertragen und aufzuwerten (Hartmann 2017, 181). Die Realität der bolivianischen Städte ist seit jeher von der Nähe des Ländlichen zum Urbanen geprägt. Viele Bewohner*innen der periurbanen Stadtviertel leben unter Bedingungen, die sich nicht wesentlich von den Bedingungen im ländlichen Raum Boliviens unterscheiden. Ein Großteil der Bewohner*innen hält engen Kontakt zu ihren *Comunidades* auf dem Land und hält sich nur temporär in der Stadt auf. Doch auch wenn, wie im Laufe der Arbeit diskutiert, vieles im Regierungsprogramm der MAS rhetorisch blieb, erfährt die indigene Bevölkerung seitdem ein neues politisches

Selbstbewusstsein. Die indigene Kultur, die seit jeher in einer engen, gewollten oder ungewollten Beziehung zum Ländlichen verstanden wurde, nimmt dabei immer mehr Einfluss auf den Prozess des Periurbanen, (Antequera/Cielo 2011) wie in Kapitel 4.2.2 diskutiert wird.

Viele der skizzierten Aspekte, die den periurbanen Raum in der Metropolregion Cochabamba beschreiben, sind eine wichtige Grundlage, um die komplexen Aushandlungsprozesse der Regulationsformen des Bodens im periurbanen Cochabamba im Folgenden tiefergehend diskutieren zu können.



Abbildung 5: Busendstation im jungen Stadtviertel Churitia in der Gemeinde Sacaba
(Quelle: Agnes Sieben)

3 Theoretische Grundlagen des Bodenregimes

Das Vorgehen der Arbeit ist weder, die Akteur*innen, also die Bewohner*innen peripherer Urbanisierung, isoliert zu betrachten und ihnen, losgelöst von strukturellen Zwängen, Handlungsmöglichkeiten zuzuschreiben, zu denen sich europäische Betrachter*innen kulturell scheinbar nicht in der Lage sehen, noch, sie allein ihrer Position im globalen Kapitalismus und dessen Drang, alles in seine Verwertungslogik zu integrieren, passiv ausgeliefert zu sehen. Stattdessen verpflichtet die Herangehensweise des KR einer Theoriwahl, die die Interaktion und Beziehung zwischen Akteur*innen und Strukturen erkennt. (Buch-Hansen/Nielsen 2020, 49) So schreibt Marx in seinem viel beachteten Zitat: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ (Marx 2018 [1852], 3) Diese Umstände, die hier als Strukturen bezeichnet und von der kapitalistischen Produktionsweise geprägt sind, werden also nicht neu geschaffen, sondern entweder reproduziert oder transformiert (Buch-Hansen/Nielsen 2020, 58). Bezogen auf den urbanen Boden wirft diese Bewertung folgende mögliche Fragen auf: Dient der Boden vor allem der Einkommensgenerierung durch das Abschöpfen steigender Renten oder der Befriedigung der Wohnbedürfnisse der

Bewohner*innen? Wird die Verteilung über den Markt organisiert und damit die soziale Ungleichheit des Kapitalismus reproduziert oder kommt es zu anderen Formen einer bedürfnisorientierten Bereitstellung von Boden zum Beispiel durch den Zusammenschluss der Bewohner*innen? Oder wem kommt das Einkommen, das über den Boden generiert wird, zugute?

Eine Dialektik wie zwischen Akteurs- und Strukturebene betont der kritische Stadtforscher David Harvey auch innerhalb der Entstehung von Städten. Für ihn ist die Stadt Produkt und Bedingung kapitalistischer Entwicklung zugleich, wenn er schreibt: „urban processes under capitalism are shaped by the logic of capital circulation and accumulation, they in turn shape the conditions and circumstances of capital accumulation at later points in time and space.” (Harvey 2001, 345). Vor diesem Hintergrund datiert der US-amerikanische Kulturanthropologe Charles Dolph den Beginn der Urbanisierung in Bolivien auf die Kolonialzeit (Dolph 2011, 95). Auch wenn es schon vorher Siedlungen gab, war die Stadtentwicklung von nun an eng mit der Akkumulation des Kapitals verbunden, die in den Kolonien eng mit der Inwertsetzung der Natur, dem Abbau von Silber und anderen Mineralien oder auch der Einhegung von landwirtschaftlichen Flächen als Lieferanten der Städte verbunden war. Diese Erschließung neuer Märkte durch den Kolonialismus (Heinrich 2005, 89) lässt sich heute in der Inwertsetzung von Boden beobachten, die vorübergehend als stabilisierend für die kapitalistische Akkumulation verstanden werden kann. Gleichzeitig wird in Harveys Aussage auch ein emanzipatorisches Moment deutlich, sich der Produktionsbedingung zu verweigern und den Zugang zu Boden für die Schaffung von Wohnraum außerhalb kapitalistischer Verwertungslogik anzustreben.

Hier setzt die Regulationstheorie an, die die Perspektive der Arbeit inspiriert. Sie ermöglicht es, die Aushandlung von Boden im Kapitalismus als eine räumlich, historisch und von sozialen Kämpfen geprägte Regulationsform zu betrachten, die im Bodenregime temporäre Stabilität erlangt. Die Untersuchung dieser spezifischen Form erfordert eine offene empirische Forschung. Zunächst werden jedoch regulationstheoretische Begriffe erläutert und am Beispiel des nationalen Akkumulationsregimes Boliviens veranschaulicht. Darauf aufbauend wird Boden aus politökonomischer Perspektive von anderen Gütern abgegrenzt, um die Durchsetzung marktförmiger Regulationsformen im aktuellen Bodenregime kritisch zu diskutieren und deren Auswirkungen auf das Wohnen zu verstehen.

3.1 Der Regulationstheoretische Beitrag

Wie gelingt die langfristige Reproduktion des Kapitals?⁹ (Slabowski 2013, 89) Das ist die zentrale Frage, der sich regulationstheoretische Denker*innen letztendlich widmen und die in der Arbeit über das Bodenregime in der Metropolregion Cochabamba immer mitzudenken ist. Regulationstheoretiker*innen bezweifeln jedoch einen Determinismus der Reproduktion und verstehen die Ausformung der kapitalistischen Akkumulation räumlich und historisch als unterschiedlich und, anders als eine neoklassische Perspektive suggeriert, im Grunde als unglaublich instabil und krisenanfällig. Diese Krisenhaftigkeit lässt sich auch im bolivianischen Akkumulationsregime gut erkennen. Nichtsdestotrotz überlebt die kapitalistische Produktionsweise diese Krisen, was sie jedoch nicht allein ihren eigenen Kräften verdankt. Marktmechanismen allein scheinen als Erklärung dafür nicht auszureichen. Vielmehr wird temporäre Stabilität durch gesellschaftliche Regulationsweisen verliehen, die das Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise und damit das Funktionieren der Reproduktion des Kapitals gewährleisten. Dabei kommen die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus „immer in einer historisch besonderen, durch soziale Kräfteverhältnisse, institutionelle Konfigurationen, kulturelle Bedingungen und die politisch-strategischen Orientierungen handelnder Akteure geprägten Form zum Ausdruck“ (Hirsch 2005, 86).

Dadurch ergeben sich Potenziale besonders für die empirische Forschung, die der deutsche Politikwissenschaftler Christoph Görg in den Grundintentionen der Regulationstheorie gut zusammenfasst. Er formuliert sie als (1) Brücke zwischen der allgemeinen Theorie des Kapitalismus und den konkreten Situationen, die in der empirischen Forschung untersucht werden; (2) Anerkennung der Eigenständigkeit historischer Phasen des Kapitalismus; und (3) Verbindung von Akteurs- und Strukturebene, indem sozialen Kämpfen eine Wirksamkeit bei der Gestaltung kapitalistischer Verhältnisse zugeschrieben wird. (Görg 2000, 17)

⁹ Die erweiterte kapitalistische Reproduktion bezeichnet die ständige Verwendung eines Teils des Mehrwerts für die Erweiterung des Produktionsvolumens, wodurch Kapital aus der vorangegangenen Produktion akkumuliert wird. Dieser Mehrwert entsteht durch das Einbehalten von Gewinn durch den Kapitalisten, der die Kosten von Produktionsmitteln und Arbeitskraft übersteigt. Dies wird auch als Ausbeutung der Arbeiter*innen bezeichnet, da sie nicht den vollen Wert ihrer Arbeitskraft erhalten. Die erweiterte kapitalistische Reproduktion ist das notwendige Ziel der kapitalistischen Produktion zur Aufrechterhaltung der Produktion im Konkurrenzkampf des Kapitalismus (Heinrich 2005, 93). Dieser Konkurrenzkampf zwingt jeden Kapitalisten zur permanenten Akkumulation und begründet die ständige Erschließung neuer Märkte. Historisch war dies eine wichtige Treibkraft des gewaltsamen Kolonialismus (Heinrich 2005, 89). Aktuell findet dies z.B. Ausdruck in der Kommodifizierung von Boden.

3.1.1 Regulationsform des Naturverhältnisses

Die Regulationstheorie beruht auf der Annahme, dass die kapitalistische Produktionsweise der gesellschaftlichen Regulationsweise sein wiederkehrendes Erholen nach global zermürbenden Krisen verdankt. Diese Notwendigkeit erklären sie mit der Existenz von internen Widersprüchen des Kapitalismus, deren bekanntester zwischen den Interessen des Kapitals und der produktionsmittellosen Arbeiterklasse besteht. Die Regulationstheorie sieht dieses über das Lohnverhältnis vermittelt, in Form von etwa Arbeitsverträgen oder kollektiven Lebensformen. (Schneider/Syrovatka 2024, 18)

So werden diese Widersprüche wie im Lohnverhältnis demnach temporär beruhigt indem „das gesellschaftliche Handeln so ausgerichtet wird, dass es – in einem bestimmten Zeitraum – mit der erweiterten Reproduktion des Kapitals [...] vereinbar bleibt“. (Sablowski 2013, 88) Dieser Prozess beschreibt die Regulation der jeweiligen Widersprüche. Dabei darf das Konzept der Regulationen gerade im stadtpolitischen Kontext nicht allein gleichgesetzt werden mit z.B. städtebauliche Vorschriften oder auch als Bodenregularisierung, d.h. die rechtliche Formalisierung von illegal angeeignetem Boden. So umfasst Regulation nicht nur staatliche Institutionen wie Gesetze oder politische Instrumente wie Umverteilungspolitiken, sondern auch gesellschaftliche Werte, kollektive Gewohnheiten oder - in Bolivien besonders wichtig - informelle soziale Vereinbarungen. In der kritischen lateinamerikanischen Stadtforschung ist die Perspektive des brasilianischen Stadtökonomten Pedro Abramo präsent, der insbesondere die Koordination des Zugangs zu Boden nicht nur durch die Rolle von Staat und Markt geprägt sieht, sondern auch durch die Logik der Notwendigkeit, die eine spezifische Form der Koordination individueller und kollektiver Handlungen hervorbringt (Abramo 2008, 58). Regulation sind also nicht nur das Ergebnis staatlicher Regulierung, sondern auch sozialer Kämpfe, internationaler Wirtschaftsstrategien oder nationaler gesellschaftlicher Koalitionen. Auch ein scheinbar freier Markt ist in seinen teilweise ungeschriebenen oder auch rechtlichen Vereinbarungen, etwa über Eigentum oder die Bereitstellung von Arbeitskraft, von vielfältigen Regulationen geprägt, die Institutionen benötigen, um sie für die Gemeinschaft als kohärent erscheinen zu lassen, bzw. dessen Durchsetzung gesellschaftlich zu rechtfertigen. Kapitalismus wird also über eine rein ökonomische Perspektive hinaus verstanden (Schneider/Syrovatka 2024, 26). Daraus lässt sich auch die Stärke des Regulationsbegriffs für meine Arbeit ableiten, die vor allem darin besteht, dass die Durchsetzung, insbesondere einer marktförmigen Regulationsform, eben nicht allein aus allgemeinen kapitalistischen Prinzipien erklärt werden kann, sondern in ihrer lokalen Spezifik und unter Einbeziehung anderer Ebenen als der rein ökonomischen untersucht werden muss.

Neben dem bereits erwähnten Lohnverhältnis wird in der Regulationstheorie vor allem noch zwischen dem Konkurrenzverhältnis, das den Widerspruch zwischen den Einzelkapitalen betrifft, und dem Geldverhältnis, das die monetären Restriktionen adressiert, unterschieden (Schneider/Syrovatka 2024, 26). Diese wurden in neueren Arbeiten unter anderem durch das Naturverhältnis ergänzt. Dieses beschreibt die Vermittlung des Widerspruchs zwischen der Nutzung der Natur trotz ihrer ökologischen Restriktionen (Schneider/Syrovatka 2024, 23). Natur wird dabei nicht außerhalb der Gesellschaft verstanden, sondern „as a social construction, which evolves in a dialectical interplay between human subjects and material objects“ (Becker/Raza 2000, 13). Becker & Raza verstehen dabei die materielle Gestalt der Natur sowohl als Ergebnis als auch als Ursache gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Durch diese Dialektik ist Natur, wie sie sich gesellschaftlich materialisiert, immer ein Ergebnis der Gesellschaft (Becker/Raza 2000, 7). Diese Beziehung von Mensch und Natur, die sich aus der Nutzung der Natur ergibt, existierte dementsprechend bereits in vorkapitalistischen Gesellschaften. So ist beispielsweise auch die Vergemeinschaftung von Ressourcen kein automatischer oder natürlicher Zustand, sondern ein gesellschaftliches Ergebnis. Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise wird die Natur jedoch als Voraussetzung der kapitalistischen Produktion angeeignet und dient nun als Reproduktions- und Produktionsressource. Neben Arbeit wird auch Natur als fiktive Ware für die Produktion in Wert gesetzt und ist trotz ihrer Endlichkeit notwendige Voraussetzung für die sich ständig ausweitende kapitalistische Produktion, wodurch sich der Widerspruch ergibt, der durch Regulationen gesellschaftlich verhandelt wird. Durch diese besondere Beziehung von Natur im Kapitalismus ist die Regulationsform der Natur “to a large extent reified, since the ultimate goal of every productive use of material objects is its commodification” (Becker/Raza 2000, 13). Auch die Einbindung des Bodens in die Verwertungslogik ist als Teil des Naturverhältnisses zu verstehen und impliziert damit die Existenz eigener Regulationsformen.

Diese Verdinglichung ist jedoch nicht für die gesamte Natur gleich stark ausgeprägt und unterscheidet sich je nach Ressource, Raum und Zeit infolge der Durchsetzung alternativer Regulationsformen. So kommt es im Kapitalismus zu einer Ausweitung der Warenform, dessen Ausmaß jedoch politisch umkämpft ist (Becker 2024, 60). Am Beispiel von Wasser im Gegensatz zu Silber lässt sich beispielsweise zeigen, wie gesellschaftliche Übereinkünfte, z.B. durch Wertvorstellungen und sozialen Druck, innerhalb der gleichen kapitalistischen Produktionsweise in Bolivien den Zugang unterschiedlich kommodifiziert regeln. Die kommodifizierte Regulationsform im Kapitalismus ermöglicht es, mit der Natur Einkommen zu erzielen, was wiederum das Interesse der Durchsetzung dieser erklären kann. Dabei wird das Einkommen aus dem Verkauf

von Ressourcen als Rente bezeichnet, da der Verkauf aus der Etablierung gesellschaftlicher Eigentumsverhältnisse resultiert und nicht einzelkapitalistisch produziert werden kann. (Jäger 2022, 6) Eine rentenbasierte Akkumulation hat in peripheren Kapitalismen, wie in Bolivien, aufgrund des ausgeprägten Rohstoffexports eine besondere Bedeutung (Becker 2024, 54).

3.1.2 Regulationstheoretische Anwendung im bolivianischen Kontext?

Die Gesamtheit der Regulationsformen der jeweiligen Widersprüche bilden die konkrete Regulationsweise des jeweiligen volkswirtschaftlichen Akkumulationsregimes (Schneider/Syrovatka 2024, 20). Der französische Ökonom Alain Lipietz beschreibt die Regulationsweise als „die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern.“ (Lipietz 1985, 121). Die Komplementarität der Regulationen entscheidet darüber, wie kohärent die Regulationsweise ist (Sablowski 2013, 94), also wie konfliktfrei die Reproduktion des Kapitals gewährleistet wird. Dabei werden Akkumulationsregime und Regulationsweisen hauptsächlich auf nationalstaatlicher Ebene hinsichtlich ihres Ergebnisses der Entwicklungsweise betrachtet, da dort die gleichen institutionellen Beschränkungen des Staates aktiv sind (Hirsch 2005, 91).

Dabei konnte sich die in den 1970er Jahren in Frankreich entstandene Regulationstheorie lange nicht von ihrer engen konzeptuellen Nähe zum Fordismus lösen, dessen Zusammenbruch nach Jahrzehnten stabiler Kapitalakkumulation die Regulationstheoretiker*innen zu Beginn beschäftigte. Dies begründet das Forschungsinteresse an der Frage, warum die kapitalistische Akkumulation trotz ihrer Anfälligkeit für Krisen weiterhin stabil bleibt. Die enge Verknüpfung mit wohlfahrtsstaatlichen Überlegungen stellt eine naheliegende Anwendung des Konzepts auf den bolivianischen Kontext, in Frage. Gerade in Bolivien kann nicht mit der Abgrenzung zum Fordismus gearbeitet werden, wenn dieser so nie existiert hat. In Lateinamerika gab es aufgrund der Abhängigkeit vom Weltmarkt nie eine wirklich erfolgreiche dominierende Produktion von Industriegütern, die durch eine Konsumweise wie in Nordamerika und Europa kombiniert worden ist. Seit dem Kolonialismus ist die rentenbasierte Ressourcenausbeutung die dominante Akkumulationsweise (Bizberg 2019, 39).

Die innerhalb der französischen Schule entstandenen Versuche, regulationstheoretische Überlegungen auf die kapitalistische Peripherie auszuweiten, griffen auf dependenztheoretische Konzepte zurück, die das Akkumulationsregime des Südens durch seine spezifische Form der Weltmarktpositionierung in Abhängigkeit von den Industrieländern verstanden (Becker 2024, 57). Aufgrund der historisch gewachsenen asymmetrischen Abhängigkeit innerhalb des

globalen Kapitalismus wird in Bezug auf die Weltmarktposition auch von Zentrum und Peripherie¹⁰ gesprochen. In der Analyse von Volkswirtschaften der kapitalistischen Peripherie dominiert das Konzept des rentenbasierten Akkumulationsregimes, das auf exportorientierte Produktion ausgerichtet ist und sich in Analysen und Kritiken des Ressourcenextraktivismus wiederfindet (Becker 2024, 53). Auch Bolivien ist in den Weltmarkt größtenteils über den Export von Rohstoffen, vor allem Gas und Mineralien integriert. Die Herausbildung einer rentenbasierten Akkumulation erklärt sich aus der Weltmarktposition, die sich mit dem Kolonialismus herausgebildet hat, als die kapitalistische Produktion im Zentrum durch die Aneignung von Ressourcen und billiger Arbeitskraft in der Peripherie stabilisiert wurde. Diese prekäre Position auf dem Weltmarkt beeinflusste unter anderem die Entstehung von Staatlichkeit. Die durch die Rentenabschöpfung entstandene Außenabhängigkeit der wirtschaftlichen Produktion erschwert es der politischen Instanz, die Widersprüche der kapitalistischen Produktion im Innern durch kohärente Regulationsweisen auszugleichen (Sonntag 1973, 172), da z.B. materiellen Ressourcen für Kompromisse in weitaus geringerem Maße zur Verfügung stehen. Dadurch kommt es zu anderen Formen der Absicherung der herrschenden Produktionsweise, wie z.B. Klientelismus (Becker 2024, 67).

Doch findet sich in der starken Fixierung auf den Staat als Garanten des Akkumulationsregimes zunächst auch die Schwachstellen der Anwendung regulationstheoretischer Konzepte auf Bolivien. So wurde mit Rückgriff auf die Dependenztheorie teilweise verallgemeinert über

¹⁰ Die Konsequenz einer unterschiedlichen Stellung auf dem Weltmarkt wird häufig mit der Einteilung in Globalen Norden und Globalen Süden, also extrahierende und konsumierende Regionen, ausgedrückt. Es handelt sich also um die auch nach dem Ende des Kolonialismus anhaltende periphere Stellung im Welt-system, wodurch der Globale Süden abgegrenzt wird (Wemheuer 2016, 10). Doch diese Einteilung wird in ihrer Anwendung teilweise geographisch statisch und dadurch in ihrer begrenzten Aussagekraft kritisiert. Komlosy (2019) bevorzugt deswegen ein auf dependenztheoretischen Analysen basierendes Verständnis des Nordens als Zentrum und des Südens als Peripherie. Wenngleich dies die Geschichte der Ausbreitung des Kapitalismus aus europäischer Perspektive darstellt, verweist es auf sinnvolle Weise auf eben jenen historischen Moment, der als Etablierung einer ungleichen geographischen Entwicklung verstanden werden muss: „[Der Moment,] als Europa seine militärische, politische und wirtschaftliche Macht auf andere Kontinente ausdehnte und diese Expansion mit kultureller Überlegenheit und religiöser Überzeugung rechtfertigte. Eine Geschichte der europäischen Expansion – als der Herausbildung von Nord-Süd-Beziehungen, in deren Verlauf die betroffenen Gebiete sukzessive in Abhängigkeit von europäischen Wirtschaftsmächten geraten.“ (Komlosy 2019, 66) Diese Konzeptualisierungen implizieren also unmittelbar eine globale Ungleichheit auf Grundlage, der sich durch den Kolonialismus verfestigten, ökonomischen Ungleichheiten. Gleichzeitig lässt die Sichtweise von Peripherie und Zentrum, deren Verhältnis trotz seiner historischen Genese immer auch ein relatives Verhältnis ist (Komlosy 2019, 67). Die Begriffe sind also weniger an Kulturräumen oder Nationalstaatsgrenzen festgemacht, sondern an den Merkmalen, die die Ausbreitung des Kapitalismus mit sich brachte und bringt, und beschreiben damit ein (Herrschafts-)Verhältnis von Räumen, das durch ungleiche ökonomische und politische Macht, durch Hierarchie und Konkurrenz gekennzeichnet ist (Komlosy 2019, 69). Vor diesem Hintergrund soll die Begriffsverwendung der peripheren Urbanisierung nicht auf eine Rückständigkeit, sondern auf dessen ökonomisch benachteiligte Stellung verweisen.

Regulationsweisen peripherer Staaten gesprochen, ohne die Vielfalt zu erkennen und lokale Regulationen zu unterscheiden. Der mexikanische Politökonom Ilán Bizberg legt mit „Diversity of Capitalisms in Latin America“ (2019) jedoch eine detaillierte Ausarbeitung eines regulationstheoretisch inspirierten Kapitalismusvergleichs innerhalb Lateinamerikas vor. Diese Arbeit ermöglicht es zum einen, die Übertragung regulationstheoretischer Begrifflichkeiten auf den abhängigen Kapitalismus nachzuvollziehen, um gleichzeitig die kurz skizzierte Determinierung durch die Position im globalen Kapitalismus direkt aufzulösen und die unterschiedlichen Wege gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse innerhalb der einzelnen Länder zu erkennen und durch soziale Koalitionen sowie politische und ökonomische Systeme zu verstehen.

So grenzt er Bolivien von einem liberalen rentenbasierten Akkumulationsregime, das er z.B. Peru zuschreibt, ab und betont dessen umverteilende Komponente. Als in den 1980er und 1990er Jahren auf internationalen Druck aufbauend lateinamerikaweit neoliberale Reformen durchgesetzt wurden, kam es in Bolivien zu einer starken Mobilisierung der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Obwohl es nicht gelang, Privatisierungen, Sparmaßnahmen und den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft zu stoppen, gelang es der Bewegung, Mitte 2000 einen Regierungswechsel zu erzwingen, der 2006 den damaligen Präsidenten Evo Morales an die Macht brachte. Der Staat gewann in den darauffolgenden Jahren einen erneuten Bedeutungszuwachs in der Umverteilung der Rohstoffrenten, indem er die Zugeständnisse, die dem Privatkapital während der neoliberalen Reformen gemacht wurde, einschränkte. Dies ermöglichte der Regierung in den ersten Jahren aufgrund florierender Rohstoffpreise ein soziales Entwicklungsmodell zu ermöglichen und beispielsweise die Armut durch Umverteilung zu reduzieren. (Bizberg 2019, 127) Die Umverteilungspolitikern erfüllen jedoch oftmals, wie Bizberg es nennt, eine politische Produktivität nach einer klientelistischen oder staatlich-korporatistischen Logik (Bizberg 2019, 120). Besonders in Bolivien wird dies oftmals zur Förderung sozialer Organisationen verwendet, die dem Staat seit Regierungsbeginn als Basis dienen und ihn empfänglich für die sozialen Forderungen der Bewegung machen. Trotz zentraler Rolle des Staates existiert eine Tradition dezentraler politischer Partizipation mit starker Mobilisierungskraft. Zudem ist die staatliche Handlungsfähigkeit weiterhin stark von den Weltmarktpreisen und dem Zugang zu ausländischer Währung abhängig. Auch wenn die Regierungspartei eine rhetorische Industrialisierungspolitik seit Amtsbeginn führte, fehlt ihm in der Realität die Kapazitäten, um einen solchen Prozess wirklich einzuschlagen. Dies zeigt sich beispielsweise in den gescheiterten Versuchen der selbständigen Industrialisierung rund um den Lithiumabbau. Mit aktuell sinkenden Rohstoffpreisen wird in Bolivien die Knappheit von Dollar, das beispielsweise auch als Währung beim Kauf von Boden verwendet wird, greifbar. Auch wenn Bolivien die letzten

globalen Krisen, inkl. die globale Inflation ab 2022 relativ gut überstanden hat (Molina 2022), war besonders die Covid-Pandemie für die informell Arbeitenden ein harter Schlag und hat das wirtschaftliche Vertrauen, welches seit 2006 neu entstand, geschwächt (Antequera 2023, 186). Viele dieser Charakteristika des bolivianischen Akkumulationsregimes berühren die Untersuchung der Ursachen für die Durchsetzung einer kommodifizierten Regulationsform des Bodens in Cochabamba. Die vorliegende Arbeit erhebt jedoch nicht den Anspruch, das Analysepotential der Regulationstheorie für Bolivien generell zu überprüfen. Stattdessen soll, wie von Schneider & Syrovatka vorgeschlagen, ein spezifischer Bereich der Regulationsweise in Bolivien als Annäherung an ein Verständnis der aktuellen Dynamiken betrachtet werden (Schneider/Syrovatka 2024, 35), konkret eben die Regulationsformen des Bodens in den periurbanen Gebieten der Metropolregion Cochabamba, die das Bodenregime bilden.

3.2 Kommodifizierung von Boden im Kapitalismus und die Folgen für Wohnen

Die Erfahrung aus meiner Forschung zeigt, dass der Begriff *Boden*¹¹ im allgemeinen Sprachgebrauch zu Verwirrung führt. Die auf den ersten Blick falschen Assoziationen wie Humus oder Erde treffen den Kern der Problematik jedoch viel besser als Begriffe wie Grundstück, die im urbanen Kontext auf den ersten Blick nahe liegend sind. Denn die analytische Betrachtung des Bodens aus einer kritischen politökonomischen Perspektive geht von der Annahme aus, dass Boden eine endliche Ressource ist, die nicht wie die Abgrenzung eines Grundstücks produziert werden kann, sondern begrenzt vorhanden hast. So schreibt Karl Polanyi: „Boden [ist] nur eine andere Bezeichnung für Natur, die nicht vom Menschen produziert wird“ (Polanyi 2015 [1978], 107). Gleichzeitig wird, wie bereits diskutiert, bereits durch die Materialisierung der Natur als Ressource Boden ihre menschliche Nutzung impliziert. Diese Nutzung wurde historisch und räumlich unterschiedlich gelöst und gesellschaftlich vereinbart und ist Adressat der Bodenfrage. So spielt der Boden, *la tierra*, traditionell in der andinen Kultur und Spiritualität eine wichtige Rolle. Die Dankbarkeit gegenüber dieser nimmt in vielen Ritualen und alltäglichen Handlungen Raum ein und wird als *Pachamama* verehrt. Dabei wird der Boden als Subjekt wahrgenommen, mit dem eine fast unterwürfige auf jeden Fall respektvolle Beziehung geführt wird. (Bautista 2007) Es ist die Gesamtheit aller Ressourcen der Natur, zu der auch das Territorium und somit der Boden, gehört. Um sich auf den Boden als nicht warenförmig zu beziehen, wird in der bolivianischen Debatte oft von Territorium gesprochen. Dies impliziert direkt eine fehlende

¹¹ Wie bereits im Vorangegangenen deutlich wurde, wird in der Arbeit versucht, durchgängig mit dem Begriff Boden zu arbeiten, auch dort, wo im alltäglichen Sprachgebrauch Begriffe wie Land oder Grundstück gebräuchlicher sind. Damit soll die kommodifizierte Wahrnehmung sprachlich dekonstruiert werden.

Einhegung und private Grundstücke. Im Inkareich wurde Boden als kollektives Eigentum verstanden, das gemeinsam bearbeitet wurde und dessen Ertrag zwischen den Herrschenden, dem Militär, dem Sonnengott und der Gemeinschaft aufgeteilt wurden (Chacón 2023, 77). Das Territorium versteht sich also in Beziehung zu der Gemeinschaft und ist mehr als die geographische Abgrenzung als Ort der kulturellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Reproduktion zu verstehen (Arévalo/Bazoberry 2012, 114). Bautista unterscheidet hinsichtlich der Beziehung zum Boden zwischen Eigentum und Zugehörigkeit. Zugehörigkeit, anders als Eigentum, wird durch eine Beziehung bestimmt, mit der Verantwortung einhergeht. Für ihn widerspricht die Logik des Eigentums einer Verallgemeinerung dieses. Stattdessen offenbart Eigentum die Unmöglichkeit des Eigentums für alle (Bautista 2007).

Doch auch in Bolivien ist die Regulation von Boden aufgrund des hohen Nutzungsdrucks sozial stark umkämpft. Die Aushandlung dieses Konflikts findet aus regulationstheoretischer Perspektive im Naturverhältnis ihren Ausdruck. So ist Boden nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für andere Produktionsformen und vor allem für die Schaffung von Wohnraum unverzichtbar. Kein Individuum kann ohne ihn existieren, entsprechend hoch ist der Zwang zur Nutzung bzw. zum Konsum (Harvey 2009 [1973], 158).

Mit dem Kapitalismus dominiert eine kommodifizierte Regulation des Bodens, die sich in der oftmals unhinterfragten gesellschaftlichen Wahrnehmung des Bodens als Ware widerspiegelt. Einer Ware, die gegen einen Preis gekauft und verkauft werden kann. Durch die Etablierung juristischer Eigentumstitel erscheint dieser marktförmige Austausch des Nutzungsrechtes für den Boden über Preise für uns nichts Ungewöhnliches. Wenn ich Freund*innen erzählte, wovon ich meine Masterarbeit schreibe, traf ich oft auf fragende Blicke, was denn an die Stelle des Bodenmarktes treten solle. Dabei sind Bodenmärkte, dadurch das Boden innerhalb des Naturverhältnisses verstanden werden muss, nur fiktive Märkte (Polanyi 2015 [1978], 108). Dies liegt daran, dass Boden aufgrund der Unmöglichkeit, ihn zu produzieren, keine reale, sondern nur eine sogenannte fiktive Ware ist. Im Allgemeinen erhält ein Gegenstand seine Form als Ware durch die Arbeit, die aufgewendet werden muss, um aus dem Produktionsmittel, z.B. einem Baum, zunächst das Holz und dann den Tisch, also die Ware, herzustellen. Dadurch das die Arbeiter*innen durch ihre Arbeitskraft der Ware in der Produktion mehr Wert zusetzen, als sie in Form von Lohn durch den Kapitalisten bezahlt bekommen, ergibt sich für ihn ein Mehrwert (Heinrich 2005, 93). Anders verhält es sich mit dem Boden, der, da er kein Produkt der Arbeitskraft ist, keinen wirklichen Mehrwert besitzt und dennoch in der kapitalistischen Gesellschaft als Ware mit einem Preis gehandelt wird (Jaramillo 2011, 63). Der Preis des Bodens spiegelt jedoch nicht nur Angebot und Nachfrage wider, sondern erklärt sich aus der zukünftig

zu erwartenden Bodenrente (Jäger 2020, 93), welche, wie bereits allgemein hinsichtlich natürlicher Ressourcen erläutert, das Einkommen derjenigen widerspiegelt, die Eigentumsrechte besitzen und somit den Boden zur Verfügung stellen können (Jaramillo 2011, 65). Der Rentenbegriff grenzt das Einkommen durch Boden von der Mehrwertgenerierung kapitalistischer Produktionsweise ab, die eben immer von der Arbeitskraft abhängt. Stattdessen wird dieses allein durch Eigentumsansprüche gerechtfertigt, die eben nie allen zustehen können. Jeder Boden ist letztendlich einzigartig in seiner Lage, Konstitution, Aussicht oder Umgebung. In Abhängigkeit der Begrenztheit und dieser exogenen Faktoren, die oftmals der Gemeinschaft verschuldet sind, unterscheidet sich die Bodenrente. Sie wird dadurch auch als unproduktive Rente bezeichnet, da ihre Höhe oftmals von externen und gesamtgesellschaftlichen Faktoren geschaffen wird, die sich aber (positiv) auf die individuelle Rente auswirken. So beschließt eine Nachbarschaftsversammlung nach einem schweren Unwetter, die zentralen Straßen des Viertels zu asphaltieren, damit der Minibus auch in der Regenzeit die Endstation erreicht. Generell verbessert sich dadurch die Erreichbarkeit des abgelegenen Viertels und damit die Bodenrente der Grundstücke, aber exponentiell steigt die Bodenrente der Grundstücke an den neu gebauten Straßen, obwohl alle Bewohner*innen den gleichen finanziellen Beitrag leisten mussten. Das Ausmaß unproduktiver Rente wird besonders deutlich, wenn die zu erwartende Rente und damit der Preis exorbitant steigt, nur da sich auf dem Papier die Bodennutzung von landwirtschaftlich zu urban ändert. Durch den Besitz von Boden erhalten also die Eigentümer*innen den Vorteil eines unproduktiven Einkommens. Auch der Nutzen aus der eigenen Nutzung des Bodens muss als Rente verstanden werden von dem eigentumsfreie Bewohner*innen nicht profitieren (Jäger 2020, 93). Wird Kapital durch die Investition in Boden und die Erwartung auf steigende Renten akkumuliert spricht man daher von rentenbasierter Kapitalakkumulation.

Die hier beschriebene Einbindung des Bodens in die kapitalistische Verwertungslogik wird in der Arbeit also als Kommodifizierung bezeichnet, was so viel wie „Zur-Ware-Werden“ bedeutet. Die Verallgemeinerung der Warenform wird von Becker & Raza als zentrales Merkmal des Kapitalismus verstanden. Doch bedeutet die Übertragung der Warenform auf natürliche Ressourcen aufgrund der natürlichen Restriktion, eine besondere Materialisierung von Ungleichheit und Machtverhältnissen (Becker/Raza 2000, 8), die einer besonderen Regulationsform bedarf, um gesellschaftlich akzeptiert zu werden.

Diese Ungleichheit durch die Dekonstruktion des Bodenmarkt sichtbar zu machen und zu problematisieren, beschreibt maßgeblich das Forschungsinteresse der Arbeit. Deswegen schreibt Haila auch davon, dass die Bodenfrage eben nicht nur eine ökonomische Frage ist, sondern auch eine moralisch, politische und soziale (Haila 2016, 218). Gleichzeitig sieht sie die

Bodenfrage historisch verändert, von einem Kampf gegen die Einhegung von Boden durch Eigentumstitel, über die Herausforderung der Schaffung von Wohnraum für die industrielle Arbeiter*innenschaft, zu einer Spekulation in periurbanen Gebieten bis zu einer Finanzialisierung durch die Verwertung von Boden als auf dem Finanzmarkt gehandelte Anlageobjekte (Haila 2016, 217). Hier soll nicht von einer Ablösung der Frage um Wohnraum ausgegangen, sondern eher um eine Konkurrenz.

Gleichzeitig zwingt der Akkumulationsdrang des Kapitals, beginnend mit der Kommodifizierung des Bodens auf einem freien Bodenmarkt, langfristig zur Spekulation. Sobald der Boden durch die zu erwartenden Renten Erträge abwirft, drängt ein Teil dieses unproduktiven Mehrwerts zur Reinvestition. Sobald Boden nicht mehr nur für den Eigenbedarf, sondern auch zu Spekulationszwecken gekauft wird, wird der Eigentümer*innenwechsel erleichtert, wodurch die zu erwartenden Renten zunehmend eine Rolle spielen (Jaramillo 2011, 89). Die zu erwartende steigende Bodenrente, die sich in hohen Bodenpreisen niederschlägt, macht städtischen Boden als stabile Wertanlage und Wertsteigerung attraktiv. Damit wird der Boden aus einer kollektiven Perspektive zweckentfremdet. Das Wohnen und damit der dafür notwendige Boden hat naturgemäß einen hohen Gebrauchswert. Wohnen als Gebrauchswert befriedigt menschliche Grundbedürfnisse wie Schutz und Reproduktion. Der ursprüngliche niedrige Tauschwert, der sich auf die beim Bau verwendeten Materialien und Arbeitsstunden bezog, ist teilweise noch in den informellen Siedlungen der periurbanen Gebieten zu finden. In den letzten Jahrzehnten gewinnt der Tauschwert von Wohnraum jedoch global an Bedeutung (Harvey 2014, 18f.). In kapitalistischen Gesellschaften konstituiert sich der Tauschwert von Wohnraum nicht mehr nur über die Produktionskosten, sondern vor allem über die zu erwartenden Renten. Dementsprechend wird auch die Frage der Versorgung der Massen mit Wohnraum, wie Harvey schreibt, „increasingly held hostage to these ever-deepening exchange value considerations.“ (Harvey 2014, 21) Diese Entwicklung lässt sich einordnen in eine rentenbasierte Form der Kapitalakkumulation, die zunehmend „predicates itself no so much on production as such but on dispossession, on expropriation“ (Merrifield 2014, 72). Eine rein marktförmige Regulation von Boden bräuchte an dieser Stelle Eingriffe, um nicht komplett von seiner kollektiven Funktion entfremdet zu werden.

Im Sinne von „adequate housing use values [...] for the mass of the population“ (Harvey 2014, 21) wird in der Arbeit Wohnen diskutiert, dabei muss dies für die gesamte Gesellschaft zugänglich und finanzierbar sein und bedeutet zudem nicht, ob jemand ein Dach über dem Kopf hat, sondern ob die Art der Wohnung sozial verträglich ist, d.h. ob Größe und Qualität akzeptabel

sind, aber auch, dass nicht übermäßige Anteile des Einkommens dafür aufgewendet werden müssen (Bertaud 2018, 2022).

Die Notwendigkeit, Wohnbedürfnisse zu befriedigen, ist auf unterschiedliche Weise direkt mit dem Erwerb von Boden verbunden. Anders als im deutschsprachigen Raum, wo das Wohnbedürfnis zu einem großen Teil durch das Mieten einer Wohnung befriedigt wird, leben in den städtischen Gebieten des Departamento Cochabamba die Mehrheit in einem eigenen Haus (Gobierno Autónomo Departamental de Cochabamba 2021, 398). Die enge Kopplung des sozialen Verständnisses von Wohnen, das nicht nur eine Wohnung, sondern vor allem auch die Nutzung eines Grundstücks beinhaltet, was möglicherweise auf die enge Verbindung von Stadt und Land zurückzuführen ist, erhöht einerseits den Druck auf die Ressource Boden, verdeutlicht aber andererseits, dass die Frage der Bereitstellung von Wohnraum lokal verstanden werden muss. So würde die einfache Übertragung von Gemeindebauten, die in Wien zur relativen Leistbarkeit von Wohnraum beitragen, in Cochabamba möglicherweise nicht ihren Zweck erfüllen. (Rolnik 2023, 4) Weiter beschreibt die brasilianische Stadtplanerin Raquel Rolnik, dass viele Phänomene im Kapitalismus der Peripherie „in a much wilder, much more acute, much more exclusionary way“ (Rolnik 2023, 4) zum Ausdruck kommen. Sie bezieht sich damit auf die Versuche des sozialen Wohnungsbaus in Lateinamerika, die oft ohne jeglichen Zugang zum städtischen Leben in der reinen Form von „housing plantations“ (Rolnik 2023, 4) umgesetzt wurden. Gleichzeitig soll dieser Gedanke auch für den Blick auf die marktförmige Regulation von Boden in der Metropolregion Cochabamba aufgegriffen werden.

Eine konkrete Anwendung des Bodenregimes arbeitet die finnische Stadtökonomin Anne Haila am Beispiel Singapurs heraus. Die dem zugrunde liegende Vielfalt der Regulationsformen arbeitet sie als „systems of land governance“ (Haila 2016, 27) heraus und zeigt deren Auswirkungen auf Urbanisierungsprozesse und Wohnen auf. Das zentrale Anliegen ihrer Argumentation ist es zu zeigen, dass es „nicht nur eine Form von Bodenbesitz oder eine einzige Rechtfertigungsgeschichte gibt. (Haila 2016, 26) Ihrer Argumentation zufolge beruht die Kommodifizierung von Boden nicht auf rein wirtschaftlichen Entscheidungen, sondern auf hegemonialen Narrativen, die den Besitz von Boden rechtfertigen und die damit verbundenen sozialen Beziehungen und die Art der Urbanisierung beeinflussen (Haila 2016, 33). Dadurch versucht sie die theoretische Debatte über die Kommodifizierung von Boden mit dem konkreten historischen Kontext zu verbinden und zeigt verschiedene Formen der Aushandlung von Bodenbesitz und dessen Verteilung (im europäischen Kontext) auf. Dafür unterteilt Haila in vier idealtypische historische Phasen, die verschiedenen Regimen zugeordnet werden können: Das indigene, das feudale, das kapitalistische und das finanzialisierte Bodenregime. Sie unterscheidet diese durch die

Behandlung von Boden als gemeinsam genutzte natürliche Ressource ohne Privateigentum im indigenen Regime; eine Rechtfertigung des Landbesitzes durch hierarchische soziale Beziehungen im Feudalismus, die, da nur einigen das Recht auf Landbesitz zugestanden wurde, nicht auf dem Markt, sondern politisch ausgefochten wurden; eine Kommodifizierung von Boden durch die Fragmentierung von Boden nach dem Feudalismus und die über den Markt organisierte Verteilung mit der Etablierung des Kapitalismus; und eine stetige Entwicklung hin zur Finanzialisierung von Boden, also die Wahrnehmung von Boden als Vermögenswert und Investition und die zunehmende Bestimmung seines Wertes durch den Vergleich mit den Renditen anderer Investitionsmöglichkeiten. (Haila 2016, 27-33) Die historische Konstruktion des Bodenregimes ist inspirierend, um die historische Einbettung von Märkten und Regulationen zu verstehen. Es ist jedoch schwierig, eine solche chronologische Abfolge in Bolivien zu rekonstruieren. Aufgrund des historischen Aufeinandertreffens des kolonialen Verwaltungsapparats auf indigene Organisationsformen existierten lange Zeit indigene, feudale und kapitalistische Bodenregime parallel. Die komplexe Koexistenz dieser Regime spiegelt sich in den derzeitigen Urbanisierungsprozessen wider. So können jedoch auch innerhalb kapitalistischer Geschichtlichkeit verschiedene Bodenregime nacheinander abgelöst werden. So betont Abramo, dass das Verhältnis von Kapital und dem Urbanen, also auch dem Boden kein universalisierendes Verhältnis ist, sondern, dass diese unterschiedlichen historischen und geografischen Formen annehmen, die im städtisch gebauten Raum durch Produktion und Aneignung sichtbar werden. (Abramo 2011, 30)

Bevor diese unterschiedliche Ausprägung genauer betrachtet wird, fasse ich noch einmal zusammen: Auf den vorhergehenden Seiten wurde erklärt, warum der Bodenmarkt, sich erst mit der Etablierung des Eigentums und dann durch die Notwendigkeit der Reproduktion des Kapitals durch die Abschöpfung der Bodenrente als gesellschaftlich akzeptierte Form der Bodenverteilung vielerorts durchgesetzt hat und zunehmend von der Befriedigung des Wohnbedürfnisses entkoppelt wird. Dabei wird häufig die Konflikthaftigkeit der Verteilung ausgeblendet, die aufgrund der natürlichen Begrenztheit der Ressource Boden mit einem gleichzeitigen Konsumzwang für die Stadtbewohner*innen einhergeht. Dieser Widerspruch lässt sich innerhalb der Regulationstheorie in das Naturverhältnis einordnen und damit auf eine spezifische Regulationsform schließen, die als Bodenregime analysiert werden kann. Diese Regulationsform setzt sich je nach räumlichem Kontext und historischem Zeitpunkt aus einem Zusammenspiel verschiedener Institutionen und unterschiedlichen Aushandlungsprozessen zusammen, die entweder stabilisierend auf die Kapitalakkumulation über den Boden wirken und eine Kommodifizierung vorantreiben oder aber durch soziale Kämpfe auch transformativ wirken und

dekommodifizierend sein können. Schließlich wurde deutlich, dass konkurrierende Regulationsformen zum Teil parallel wirken, was einerseits verdeutlicht, dass es im Kapitalismus keine natürliche Regulationsform gibt, und andererseits eine mögliche Alternative zur Kommodifizierung des Bodens eröffnet. Vor diesem Hintergrund wird in der folgenden Analyse des Bodenregimes in den periurbanen Gebieten Cochabambas aufgezeigt, wie und warum sich trotz eigener Logiken und sozialer Kämpfe eine marktförmige Regulation im Bodenregime durchgesetzt hat und welche Folgen dies für die periphere Urbanisierung und somit für das Wohnen für einkommensschwache Gruppen in Cochabamba hat.



Abbildung 6: Dekoration für die Zeremonie der Ch'alla an einem noch unfertigen Haus
(Quelle: Agnes Sieben)

4 Regulationsform des Bodens in Wechselwirkung mit peripherer Urbanisierung

In Cochabamba existiert die monatliche Tradition der Zeremonie der Ch'alla. Am ersten Freitag im Monat riecht die Stadt abends nach dem Rauch der verbrannten Gaben an die *Pachamama*, die in der andinen Kultur verehrte Göttin der Erde. Am Karnevalsdienstag erreicht diese Tradition ihren landesweiten Höhepunkt. Häuser, Autos und Geschäfte werden mit Girlanden und Blumen geschmückt und ausgeräuchert. Es wird gedankt und um Schutz für die hart erarbeiteten Güter und das Eigentum gebeten. Die vergilbte Dekoration in den Tagen nach Karneval lässt auch in den noch spärlich bebauten Gebieten am Stadtrand erkennen, welche Häuser genutzt oder im Bau sind und welche Grundstücke vermutlich nicht genutzt werden.

Obwohl der Bedarf an Wohnraum in den periurbanen Gebieten der Metropolregion Cochabamba bei weitem noch nicht gedeckt ist, zeichnet sich zunehmend die Tendenz ab, dass die urbane Expansion weniger der Deckung dieses Bedarfs als vielmehr der Abschöpfung von Bodenrenten dient. Konkret zeigt sich dies z.B. darin, dass Infrastrukturmaßnahmen, die den Wert des Bodens schnell steigern, wie der Ausbau von Straßen, gegenüber fürs Wohnen elementaren Projekten, wie dem Zugang zu sauberem Wasser, bevorzugt werden. Zudem nimmt die Zersiedelung zu, Leerstände sind zu beobachten und die Bodenpreise steigen dramatisch.

Dadurch wird der Zugang zu Boden für einkommensschwache Bewohner*innen der Metropolregion zusätzlich erschwert. Dieser ist jedoch die Grundvoraussetzung für die Teilhabe an der peripheren Urbanisierung und damit für den Zugang zur Stadt durch selbstorganisierte Wohnraumversorgung. Eine NRO-Mitarbeiterin sagte mir: „Was [...] wir sehen können, ist, dass, obwohl wir an Wohnungsfragen arbeiten, an Fragen der organisatorischen Stärkung, diese Fragen immer mit der Frage des Bodens verbunden sind. [...] Boden ist der dringendste Bedarf.“ (Mitarbeiterin der NRO ProHabitat 2, Übers. d. Verf.) Wie wird also dieser Bedarf nach Boden gestillt? Wodurch wird eine Spekulation mit Boden trotzdem gerechtfertigt? Und welche Logiken und Organisationsformen wirken darauf ein? Wodurch zeichnet sich letztendlich das Bodenregime aus? Und warum konnte es sich innerhalb peripherer Urbanisierung durchsetzen?

Um unter anderen, diese Fragen, die das Bodenregime beschreiben, ausgehend von den theoretischen Grundlagen für den periurbanen Raum der Metropolregion Cochabamba beantworten zu können, wird in der Analyse auf das Konzept der peripheren Urbanisierung nach Caldeira zurückgegriffen (Caldeira 2022). Auch wenn sich Caldeira für ihr theoretisches Modell der Schaffung periurbaner Räume nicht explizit auf regulationstheoretische Konzepte bezieht, können ihre Forschungsergebnisse einen guten Rahmen bilden, um dem Anspruch einer spezifischen Aushandlung der Regulationsform des Bodens in Städten der kapitalistischen Peripherie gerecht zu werden. So identifiziert sie spezifische Verflechtungsprozesse und Rollen der Akteur*innen in periurbanen Räumen, die die Herstellung von Raum, hier konkretisiert in der Regulation des Bodens, auf je eigene Weise moderieren. Ihre Ergebnisse fasst sie in vier Charakteristika zusammen, von denen drei¹² in der folgenden Analyse hervorgehoben werden: Die Analyse folgt damit der Einteilung in Handlungsmacht und Zeitlichkeit (Kap. 4.1), transversale Logiken (Kap. 4.2) und politische Partizipation (Kap. 4.3), erweitert diese Charakteristika peripherer Urbanisierung und analysiert ihren Einfluss auf das Bodenregime anhand der geführten Interviews mit Akteur*innen und den Begegnungen und Beobachtungen in den Stadtvierteln. Die Einteilung ist künstlich und dient der Strukturierung. Die Leser*innen werden feststellen, dass die drei Punkte immer wieder miteinander interagieren und eine Trennung mal mehr, mal weniger gut funktioniert, sondern sich vielmehr alle Punkte als Ergänzung verstehen.

¹² Caldeira fügt den drei Merkmalen - Zeitlichkeit und Handlungsmacht, transversale Logiken und politische Partizipation - noch ein viertes hinzu: Heterogenität. Diese ist im Vergleich zu relativ homogenen westeuropäischen Städten die zwangsläufige Konsequenz dezentraler Selbstorganisation und Planung und spiegelt die Handlungsmacht der Akteur*innen wider. Gleichzeitig kann Heterogenität teilweise als euphemistischer Begriff für Segregation verstanden werden. Trotz der Produktion neuen urbanen Raums und der damit einhergehenden politischen Macht ist die Segregation des Raums nicht einfach zu überwinden, die Qualität des Wohnens unterscheidet sich durch unterschiedliche Institutionen und die Zeitlichkeit der Produktion über den Raum hinweg. (Caldeira 2022, 65f.) Heterogenität wird hier nicht als eigenständiges Merkmal behandelt, sondern fließt als Konsequenz in die Betrachtung der drei anderen ein.

4.1 Handlungsmacht und besondere Zeitlichkeit

Die indigene Arbeiterklasse in Bolivien, die zu großen Teilen im informellen Sektor arbeitet, hat in der Mehrheit nicht das Einkommen, um sich Boden mit offiziellem Landtitel über den regulierten Bodenmarkt in den Städten zu kaufen. Die fertig gestellten Häuser oder Wohnungen in Wohnanlagen mit vollständiger infrastruktureller Versorgung, wie sie im Raum der Metropolregion immer wieder am Straßenrand angepriesen werden, sind allein aufgrund der hohen Kaufpreise den oberen Schichten vorbehalten. Stattdessen wird, wenn überhaupt, Boden über den informellen Bodenmarkt und damit ohne offiziell anerkannte Landtitel und vor allem ohne offizielle Baugenehmigung erworben. Hinzu kommt die oft schlechte Erreichbarkeit und die weitgehend fehlende infrastrukturelle Anbindung. Über Jahre hinweg wird durch Improvisation, eigene oder familiäre Arbeitskraft nach und nach das Grundstück bebaut und durch die Organisation der Nachbarschaft die Infrastruktur aufgebaut.

Achi & Delgado beschreiben diese Art der Selbstentwicklung des periurbanen Raums, die im Folgenden in Anlehnung an den spanischen Begriff als *Autokonstruktion* bezeichnet wird, als „populäre ‚Kunst‘ entwickelt, weil die legale Stadt sie ignoriert, als eine Form des ‚Bastelns‘ in einer Ökonomie des Mangels, aber gleichzeitig als Raum der Semiautonomie“ (Achi/Delgado 2007, 23, Übers. d. Verf.). Für Torrico ist die *Autokonstruktion* eine selbstgewählte Problemlösungsstrategie für die fehlende zentrale Bereitstellung von Wohnraum für die neuen Stadtbewohner*innen (Torrico 2017, 77). Die *Autokonstruktion* scheint sich etabliert zu haben, basierend auf der Logik der Notwendigkeit nach Abramo, die den informellen Bodenmarkt mit antreibt, da sie nicht vorrangig auf der Akkumulation von politischem und finanziellem Kapital basiert, sondern aus schierer Notwendigkeit eigene Wege findet, um Zugang zu Boden zu erhalten (Abramo 2008, 58). Daraus ergibt sich eine Handlungsmacht der Akteur*innen, die im englischen Original des Aufsatzes von Caldeira als *Agency* bezeichnet wird. Diese geht, wie Caldeira es ausdrückt, darüber hinaus, einen fertigen, von Anderen gebauten und gestalteten Raum zu konsumieren, sondern den Raum „step-by-step“ (Caldeira 2022, 59) selbst zu produzieren.

So stehen die Häuser in den neuen periurbanen Gebieten zum Teil vereinzelt auf abgelegenen Hügeln zwischen noch ungenutzten Grundstücken, deren Eigentümer*innen nicht in der Gegend leben. Die Bebauung ist zunächst meist prekär. Licht erreicht die Bewohner*innen meist schnell, aber es gibt in der Regel kein Trinkwasser, keinen Anschluss an die Kanalisation und nur selten angemessene Straßen (Antequera 2008a, 77). Erst mit der Zeit verbessert sich die Wohnsituation, und mit der Konsolidierung erreichen die Viertel oft ein Wohnniveau, welches

sich nicht wesentlich von dem der Innenstadtviertel unterscheidet. Doch der Prozess der infrastrukturellen Versorgung bis hin zu einer zufriedenstellenden Wohnsituation dauert in Cochabamba in der Regel Jahre und ist mit hohen Kosten verbunden, insbesondere wenn es sich um ehemals landwirtschaftlich genutzte Flächen handelt (Antequera 2008a, 77). Gleichzeitig zeichnet sich das Periurbane dadurch durch ein Wachsen, langsames Entstehen und Verbessern aus. Caldeira beschreibt diese Prozesshaftigkeit als „spaces are always in the making“ (Caldeira 2022, 60). Aufgrund dieser Beobachtung verbindet sie die Handlungsfähigkeit, die sich in der *Autokonstruktion* widerspiegelt, mit der Eigenschaft einer besonderen Art von Zeitlichkeit. Diese Mitzudenken, besonders hinsichtlich der langfristigen Verbesserung der Wohnsituation, sei für die Bewertung periurbaner Stadtviertel und ihrer Einbindung im Städtischen wichtig (Caldeira 2022, 59).

Die Handlungsmacht der Bewohner*innen und die Zeitlichkeit peripherer Urbanisierung, die durch den Rückgriff auf die *Autokonstruktion* möglich wird, soll im Folgenden für die Stabilisierung der Regulationsform des Bodens in der Metropolregion Cochabamba diskutiert werden. Dabei wird zunächst die rentensteigernde Funktion der informellen Umnutzung des Bodens herausgearbeitet, die durch eine Politik der nachträglichen Regulation städtischen Eigentums im Interesse der Bodenspekulation vorangetrieben wird. Dafür werden die Akteur*innen des informellen Bodenmarktes vorgestellt und dessen gefestigte Rolle für die Stadtentwicklung anhand von politischen Entscheidungen verdeutlicht (Kapitel 4.1.1). Anschließend wird der Bedeutungsgewinn von Handlungsmacht für die Inwertsetzung von Boden anstelle der Schaffung von Wohnraum problematisiert (Kapitel 4.1.2).

4.1.1 Spekulation auf die Bodenumwidmung durch *Autokonstruktion*

Die Handlungsmacht der Bewohner*innen eröffnet sich durch die Erschließung von noch nicht urbanisiertem Boden. Gleichzeitig ist es u.a. die Erfahrung von Handlungsmacht, die sich im Laufe der Zeit in der erfolgreichen infrastrukturellen Erschließung materialisiert, die den individuellen Kauf von preiswertem Ackerland am Stadtrand mit der Absicht, Teil der Stadt zu werden, begründet. Im Zuge der Agrarreform von 1953, die auf der Idee basierte, dass der Boden demjenigen gehört, der ihn bearbeitet, kam es vor allem während der Stadtgründung von El Alto zu Landbesetzungen von Großgrundbesitz, der in Folge für den Wohnungsbau fragmentiert wurde (Díaz 2015, 113). Vereinzelt wird auch in Cochabamba noch Boden durch Besetzungen angeeignet, meist öffentliches Land, wie vereinzelt rund um die Mülldeponie K'ara K'ara. Insgesamt spielen Landbesetzungen durch die Bewohner*innen nach Aussage einer Mitarbeiterin der NRO ProCasha in bolivianischen Städten nur noch eine marginale Rolle beim

Zugang zu Boden. Es dominiert der Zugang über den informellen Bodenmarkt (Blanc et al. 2022, 713), dieser erfordert, wie im Weiteren aufgezeigt wird, die Erschließung in *Autokonstruktion* und stabilisiert sich gleichzeitig durch diese.

Aufgrund des Agierens des informellen Bodenmarktes außerhalb staatlicher Vorschriften (Cabrera et al. 2022, 12), also rechtlich gesehen in der Illegalität, sind insbesondere Informationen über die Verkäufer*innen von Boden und deren Gewinne intransparent. Die Verkäufer*innen, werden in Bolivien in Anlehnung an den Begriff *lote*, was so viel wie ‚Stück Land‘ bedeutet, als *Loteadores* bezeichnet werden. Den Berichten der Befragten zufolge handelt es sich dabei um Großgrundbesitzende, die während der Agrarreform einer Enteignung entkamen, um strategische Aufkäufer*innen von billigem Ackerland, um unberechtigte Verkäufer*innen von Landschaftsschutzgebieten oder um interne Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die illegal städtischen Boden verkaufen. Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Cercado berichtete mir von einem Vorfall, bei dem ein Angestellter 500 Grundstücke der Stadt illegal auf seinen Namen überschrieben und verkauft hat. Ein Mitbegründer des Stadtteils Churitia erzählte im Gespräch, wie er dem Besitzer von 140 Hektar Land half, die einzelnen Parzellen für den Verkauf aufzuteilen. 20 Hektar wurden für eine spätere öffentliche Nutzung wie den Bau von Schulen belassen, 120 Hektar wurden für den Verkauf in Parzellen von ca. 300 Quadratmetern aufgeteilt. Seiner Aussage nach wollte der Besitzer, der das Land erhalten hatte, als sein Vater in der Regierung war, es verkaufen, bevor ihm das Anrecht auf das Land von anderen *Loteadores* streitig gemacht werden konnte.

Diese Landnahme durch *Loteadores* findet in Gebieten statt, die von den Stadtgemeinden nicht für die Urbanisierung vorgesehen sind. Ein Mitarbeiter der Regionalverwaltung erklärte dies mit den Worten:

„Die *Loteadores* finden natürlich das, was außerhalb des städtischen Radius liegt, das am leichtesten zu besetzende Gebiet, weil es sich in der Regel um bäuerliche Eigentümer handelte, die keine Erwartungen an die wirtschaftlichen Möglichkeiten hatten, weil sie noch Produzenten waren. [...] Sie wussten nicht, dass diese Grundstücke, vor allem jene, die weit von der Stadt entfernt waren, an Wert zu gewinnen begannen. So begannen die *Loteadores* dort ihre Geschäfte mit den Bauern zu machen. Häufig kam es dazu, dass sie zu einer Bauerngewerkschaft gingen, den Bauern Bargeld anboten, sie mit in eine Kantine nahmen, wo sie ihnen viel *Chicha* oder Bier zu trinken gaben und ihnen vordergründig viel Geld zeigten, aber es war in Wirklichkeit sehr wenig.“ (Mitarbeiter der Regionalverwaltung, Übers. d. Verf.)

Die informelle Verkaufsvereinbarung des Bodens ist jedoch nicht nur auf die illegale Bebauung der landwirtschaftlichen Flächen zurückzuführen, sondern teilweise auch auf die illegale Aneignung des Bodens durch die *Loteadores*, wie bereits am Beispiel des Mitarbeiters der Stadtverwaltung gezeigt wurde. In diesen Fällen besteht kein wirklicher Eigentumsanspruch der

Loteadores, weshalb der Erwerb die Bewohner*innen meist direkt zum Bau einer kleinen Hütte verpflichtet, um den Kauf auch ohne rechtlichen Anspruch abzusichern. Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Cercado beschreibt diesen Prozess polemisch wie folgt:

„‘Ach was, setzt euch einfach hin. Ich werde euch Ziegelsteine geben. [...]‘ Mit anderen Worten, sie kaufen ein Grundstück mit tausend Ziegeln als Bonus, damit sie direkt ihr Zimmer bauen.“ (Mitarbeiter der Stadtverwaltung Cercados, Übers. d. Verf.)

Letztlich handelt es sich um Formen des Landraubs durch die *Loteadores*, die in der bolivianischen Öffentlichkeit als *Avasallamientos* bezeichnet werden. Hier wird deutlich, dass die Kommodifizierung, wie sie durch den Verkauf von ‚geraubtem‘ Land als zukünftiges Bauland durch die *Loteadores* erfolgt, auf einer (gewaltsamen¹³) Aneignung beruht. Die Landnahme wird durch den Abschluss eines informellen Kaufvertrages konsolidiert. Dass sich dieses Vorgehen gegenüber direkten Besetzungen durch die Bewohner*innen, die eine Kommodifizierung negieren würden, durchgesetzt hat, liegt an dem durch den Vertrag mit den *Loteadores* gegebenen Versprechen, bzw. eigenen Interesses, die Konsolidierung und Regularisierung des Viertels zu organisieren. Möglich wird dieses Versprechen durch die privilegierte Position der *Loteadores*, die über politischen Einfluss verfügen oder häufig eine juristische Ausbildung haben. Auf diesen Wissensvorsprung müssen die Bewohner*innen aus ihrer Vulnerabilität heraus zurückgreifen. So sind die Bewohner*innen teilweise Analphabet*innen, Quechua ist ihre bevorzugte Sprache oder sie haben nur eine schulische Grundausbildung genossen. Hier wird eine Grenze der Handlungsmacht der Bewohner*innen deutlich, die sich durch die im Weiteren diskutierte Wechselwirkung mit der offiziellen Gesetzgebung vertieft und die Rolle der *Loteadores* stärkt. Viele *Loteadores* behalten selbst Grundstücke und profitieren von der Konsolidierung durch die *Autokonstruktion* der Bewohner*innen. So hat der oben beschriebene *Loteador* von Churitia nach Aussage meines Gesprächspartners 2014 die ersten Grundstücke für 1.000 Dollar verkauft. Heute, zehn Jahre später, werden diese bereits für 7.000 Dollar verkauft, obwohl sie noch nicht bebaut sind. Die Erhöhung des Bodenpreises ergibt sich aus den zu erwartenden höheren Bodenrenten durch infrastrukturelle Verbesserungen, die in dieser Zeit durch die Bewohner*innen erreicht wurden, sowie der zu erwartenden Verbesserung des Stadtviertels. Selbst müssen die *Loteadores* nicht das Risiko eingehen, in den ersten Jahren unter prekären Bedingungen zu leben, sondern profitieren vom Interesse der Bewohner*innen, diese Situation zu ändern und in einem jahrelangen Kampf die Umwidmung von landwirtschaftlicher in städtische Fläche durchzusetzen. (CPHB 2020, 10)

¹³ Hier vor allem im Sinne struktureller Gewalt, durch das Ausnutzen von gesellschaftlichen Ungleichheiten verstanden.

Die Duldung dieses illegalen Vorgangs wird durch die fehlende staatliche Sanktionierung ermöglicht. Die staatliche Zurückhaltung dem illegalen Städtewachstum etwas entgegenzusetzen, wurde in den Jahren der Wirtschaftskrise der 1980er Jahren, als die Nachfrage nach städtischem Wohnraum stark anstieg, von Torrico zunächst als Konfliktvermeidungsstrategie gewertet (Torrico 2017, 79). Ihrer Meinung nach wirkte die auf Zersiedelung basierende Logik der *Autokonstruktion* als zunächst funktionierendes „Ausweichventil“ (Torrico 2017, 79) sozialer Konflikte. Langfristig konnte sich aufgrund fehlender Interventionen jedoch der informelle Bodenmarkt etablieren, wodurch sich eine starke Interessensgruppe von *Loteadores* herausgebildet hat, die das Geschäft mit dem Boden erkannt haben und durch ihren politischen Einfluss auch weiterhin bodenpolitische Interventionen verhindern. So schildert mir der Mitarbeiter der Regionalverwaltung die Unmöglichkeit, bodenpolitische Vorschläge der Mitarbeiter*innen umzusetzen, wenn im Regionalrat ein Bürgermeister sitzt, der *Loteador* ist. Er berichtet in diesem Zusammenhang von der fallengelassenen Anklage wegen illegitimer Bereicherung gegen den aktuellen Bürgermeister von Cochabamba (Ibáñez 2023), u.a. weil dieser in seiner ersten Amtszeit in den 1990er Jahren mit seiner eigenen Immobilienfirma Boden aufgekauft hatte, um dann kommunale Projekte durchzuführen, die die zu erwartende Rente des angekauften Bodens, also den Bodenpreis erhöhten.

Cabrera et al. werfen dem Staat darüber hinaus vor, nicht nur passiv als „Komplize“ zu agieren, indem er keine Gesetze zur Regulierung des informellen Bodenmarktes formuliert oder durchsetzt, sondern vielmehr die Praxis der Spekulation mit illegalen Bodenumwidmungen zu fördern (Cabrera et al. 2022, 55). Sie argumentieren dies mit dem 2012 in Kraft getretenen Gesetz 247 zur Regularisierung von Eigentumsrechten an städtischem Boden. Die Regularisierung städtischen Eigentums bedeutet dabei die rückwirkende rechtliche Anerkennung der de facto bereits geduldeten baulichen Nutzung eines Grundstücks.

Großen Einfluss auf dieses in vielen lateinamerikanischen Ländern verfolgte bodenpolitische Instrument hatte das Denken des liberalen peruanischen Ökonomen Hernando de Soto, der mit seiner Argumentation, durch die Vergabe von Landtiteln für zuvor illegale Siedlungen in Peru die Armut durch die Integration der Bewohner*innen in den (Kredit-)Markt zu bekämpfen, ab den 1990er Jahren weltweit bekannt wurde. De Soto argumentierte, dass die informell wirtschaftende Bevölkerung ohne Eigentumsrechte nicht in der Lage sei, an der Wirtschaft teilzunehmen oder zu investieren (Bizberg 2019, 3). De Soto verwies auf die ökonomischen Ressourcen der städtischen Bewohner*innen in Form ihres Grundstückes, welches durch Regularisierungen in den Markt integriert werden kann (Haila 2016, 81). Nach Jahrzehnten des Ausschlusses, die mit dem Kolonialismus begannen, wurde die Integration der armen Bevölkerung in den

Markt damit plötzlich als Entwicklungsmodell für die Länder des globalen Südens stilisiert, was dazu führte, dass sich ab den 1990er Jahren zahlreiche internationale Organisationen für eine Politik der Regularisierung einsetzten (Fernandes 2011, 3). Diese Wende in der Bodenpolitik vieler lateinamerikanischer Städte schärfte die gesellschaftliche Vorstellung von urbanem Boden als Ware, die lediglich flexibel gemacht werden muss. Diese dominante Erzählung eines Zusammenhangs zwischen ökonomischer Sicherheit und Bodeneigentum spielt eine wichtige Rolle in der Stabilität einer marktförmigen Regulationsform des Bodens.

Seit den 1980er Jahren ist die Regularisierung von Boden in bolivianischen Städten durch unterschiedliche gesetzliche Änderungen auch dort ein wichtiges bodenpolitisches Instrument geworden. Trotz einer wirtschaftlichen Neuorientierung der Regierung unter Präsident Morales, vor allem in Bezug auf die Verstaatlichung von Ressourcen, verfolgte seine Regierung in Bezug auf städtischen Boden weiterhin eine Strategie des Privateigentums und setzte die Regularisierungspolitik fort bzw. verstärkte sie.¹⁴ Aufgrund der lukrativen Bodengeschäfte und der Forderungen der Nachbarschaftsvereinigungen übten verschiedene Interessengruppen Druck auf die Regierung aus, das Gesetz 247 zu verabschieden. Dieses ursprünglich befristete Gesetz, das einen Anspruch auf Regularisierung bei mindestens fünf-jährigen Bodenbesitz vorsah, wurde seither dreimal in den Jahren 2016, 2017 und 2019 erneuert. (CPHB 2020, 9) Auch in den letzten Jahren wurde eine Neuauflage im Parlament immer wieder diskutiert.

Aus neoklassischer Perspektive spielt sich der urbane Bodenmarkt im Hier und Jetzt zwischen rationalen ökonomischen Subjekten ab, dessen Kaufentscheidung eine Abwägung zwischen Einkommen, Wohnbedürfnissen und Entfernung zum Arbeitsplatz ist. Investitionen in Boden als Wertanlage werden in diesem Modell ausgeklammert. In diese Perspektive ist das Buch *Order without Design. How Markets Shape Cities* des ehemals leitenden Stadtplaners der Weltbank Alain Bertaud aus dem Jahr 2018 einzuordnen. In seinem Buch postuliert er einen liberalen Markt als effizienter Ordnungsmechanismus der Stadt. Die erzielte territoriale Ordnung, ist als effizientes Marktgleichgewicht zu verstehen, an dem sich Angebot und Nachfrage von Wohnraum treffen und somit den größtmöglichen Wohlstand für die Stadtbevölkerung bewirken. Ein Eingreifen in die Preise oder in das Angebot beispielsweise durch Regulierung des städtischen Radius oder durch Bebauungsvorschriften würden die effektive Zuordnung stören. So würden Märkte über die Bodenpreise die Städte ordnen und einen blinden Mechanismus schaffen den Raum ständig zu transformieren (Bertaud 2018, 52). Effekte, die sich die Stadtplanung als Ziel gesetzt hat, werden so über den Markt auf viel effektivere Weise erreicht

¹⁴ In Kapitel 4.3.2 wird das Verhältnis der MAS zum städtischen Eigentum näher erläutert.

(Bertaud 2018, 14). Seine Argumentation ist aus einer kritisch politökonomischen Perspektive auf mehreren Ebenen kritikwürdig. So wird Kaufentscheidung für Wohnraum in der Darstellung von Bertaud, der den Bodenpreis allein über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage erklärt, ausschließlich auf die Gegenwart reduziert und lässt zukünftige Wohlstandsüberlegungen außen vor (Abramo 2011, 121). Diese Leerstelle im neoklassischen Modell der Stadt, die die zu erwartenden Bodenrenten bei der Preisbildung komplett ausblendet, erkennt somit auch nicht den Konflikt des Zugangs zu Wohnen über die rein marktförmige Verteilung. Dabei spielt diese Erwartung steigender Bodenrenten für den Urbanisierungsprozess und die Durchsetzung einer marktförmigen Regulation des Bodens in Cochabamba eine zentrale Bedeutung.

Warum aber führe ich die neoklassische Perspektive überhaupt am Beispiel von Bertaud in Anschluss an die Erläuterung des Gesetzes 247 an? Vielleicht, weil mir dieses Buch auf meinen Schreibtisch in der UPB gelegt wurde, mit der Ankündigung, es sei die beste Erklärung für die bolivianische Stadt. Nicht nur dieser Moment verweist auf eine Dominanz neoliberaler Erklärungsversuche der bolivianischen Stadt hin, sondern seit einer ersten Welle in den 1980er Jahren beobachtet Abramo auch aktuell, nach dem Scheitern planerischer Eingriffe in vielen lateinamerikanischen Städten, eine erneute Konjunktur neoklassischer Perspektiven auf die Vorstellungen und Entwicklungsoptionen lateinamerikanischer Städte. Die aktuellen urbanen Krisen scheinen den Markt als effizienten Koordinator des urbanen Raums erneut als dominanten Diskurs hervorzubringen (Abramo 2011, 109). Die Folgen dieser marktförmigen Regulation des Raumes durch die Dominanz neoliberalen Denkens in einflussreichen internationalen Institutionen spielen mit Blick auf Cochabamba eine wichtige Rolle. Später werden diese hinsichtlich der Reformen zur politischen Partizipation diskutiert. Doch hier lässt sich dieses vor allem in der dominanten Entwicklungsidee von Regularisierungspolitiken, wie durch das Gesetz 247, wiederfinden.

Die lateinamerikanischen Erfahrungen haben die zunächst hohen Erwartungen an Regularisierungsreformen zur Verbesserung der Wohnsituation informeller Bewohner*innen schon lange enttäuscht. Auch in Bolivien hat sich an der prekären Situation in den Städten nicht viel geändert (Cabrera et al 2022, 11). Nach Aussage einer Mitarbeiterin der NRO ProHabitat preisen *Loteadores* ihr Land mit der Aussicht auf Regularisierung an ohne den Käufer*innen dies wirklich gewährleisten zu können. Daher ist ein Kauf mit hohen Risiken, Kosten und jahrelangem Ausschluss von öffentlichen Geldern für die Bereitstellung von Infrastruktur verbunden. Und auch später ändere die bloße Inklusion in eine Rechtsnorm oft nichts grundlegend an der Exklusion von städtischer Teilhabe und Infrastruktur (Pérez et al 2018, 2). Dabei soll anerkannt werden, dass eine rechtliche Absicherung des Wohnortes eine wichtige Errungenschaft der

Bewohner*innen ist, sich einer Vulnerabilität zu widersetzen. Vor diesem Hintergrund fordern die NROs mit denen ich sprach, eine inklusive Regularisierungspolitik, die weniger auf individuelles Eigentum, sondern mehr auf die Stadtviertelentwicklung abzielt und Instrumente mitdenkt, wie ein zeitlich begrenztes Verbot des Bodenverkaufs nach Anerkennung.

In der Aktualität, aufgrund ausbleibender wirksamer dekommodifizierender Eingriffe, lässt sich jedoch in Cochabamba ein Zusammenhang zwischen dem Gesetz 247 und der zunehmenden Spekulation mit periurbanen Boden feststellen. Mit Beginn der Regierung Morales kam es zu einem Anstieg informeller Bodengeschäfte, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 2012 ihren Höhepunkt erreichten und erst mit der Einführung von Gefängnisstrafen für Landspekulation im Jahr 2014 teilweise wieder zurückgingen (Cabrera et al. 2022, 10). Dieser Anstieg spiegelt die Erwartung einer Regularisierung und damit einer lukrativen Integration in den Immobilienmarkt wider. Die Stadt spielt wiederum eine Rolle bei der Anwendung der nationalen Gesetzgebung, bei der Entscheidung, wo legalisiert wird. So wird der Rechtsbruch durch illegale Landnahme, Steuerhinterziehung und den Verstoß von Bauauflagen kontinuierlich amnestiert. Dieses Vorgehen ist in Cochabamba gängige Praxis und dominiert die Neuregistrierung von Immobilien in der Region, auch außerhalb der periurbanen Gebiete, z.B. bei der vertikalen Erweiterung von Gebäuden. (Pérez et al. 2018, 6) Die Integration in den formellen Bodenmarkt unter Ausnutzung des informellen Bodenmarktes entzieht Menschen mit niedrigem Einkommen durch die damit einhergehenden Preissteigerungen den Zugang zu Boden. Dabei ist der leistbare Zugang zu Boden eng mit der peripheren *Autokonstruktion* einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen verbunden.

Doch der Preisdruck für die Bewohner*innen der Stadt ist bei einer warenförmigen Verteilung von Boden über den Markt unausweichlich. Entgegen der liberalen Logik des perfekten Marktes nimmt dieser auch bei steigendem Angebot nicht ab. Cochabamba ist dafür das beste Beispiel. Der Grund liegt in der Unvollkommenheit der Ware Boden und seiner Preisfindung über die zu erwartende Rente. In den Umfragen vor Ort wurden Quadratmeterpreise für Ackerland in den Randgebieten Cochabambas genannt, die die von Ackerland im Wiener Umland bei weitem übersteigen. So spiegeln sich in den Preisen für Cochabamba bereits die Renten nach der Umwidmung wider. Diese steigen zudem kontinuierlich mit dem Wachstum der Stadt, da sich die Lage im gesamtstädtischen Vergleich stetig verbessert. Durch die Umwidmung von Boden in städtisches Gebiet, wie durch das Gesetz 247, steigt die Bodenrente sprunghaft an, und auch die infrastrukturelle Verbesserung des Stadtteils durch Straßenbau im Laufe der Zeit hat Einfluss auf die Rente des privaten Bodeneigentums. So variiert die Bewertung der Rente in Abhängigkeit von der Zeit, in der die Infrastruktur bereitgestellt wurde (Cabrera et al. 2022, 17).

Anwohner*innen berichten von einem Kaufpreis für ein Stück Land, der sich in nur 10 Jahren von 1000 Dollar auf fast 15.000 Dollar erhöht hat. In Villa Israel erzählt mir eine Marktverkäuferin: „Früher hat das Grundstück 300 Dollar gekostet. Jetzt muss man sehen... gibt es kein Land mehr oder es ist teuer“ (Bewohnerin in Villa Israel, Übers. d. Verf.). Dies zeigt das Dilemma der Verbesserung der Wohnsituation bei einer Verteilung über den Markt ohne preisregulierende Eingriffe. Die Reaktion des Marktes, die Nachfrage nach billigem Boden durch ein größeres Angebot an zersiedeltem Land zu befriedigen, ist im Hinblick auf Probleme wie Segregation und soziale und ökologische Folgen äußerst unbefriedigend. Zudem vertieft die marktförmige Regulationsform des Bodens die historische Ungleichheit der Bewohner*innen, die auf der seit der Kolonialzeit bestehenden ungleichen Verteilung von Eigentum und dessen unproduktivem Einkommen aufbaut. Die bolivianische Elite profitiert seit hunderten von Jahren von einer Kapitalakkumulation, die auf der Abschöpfung von Renten basiert und sich in der Bodenspekulation der *Loteadores* fortsetzt. Es stellt sich die Frage, inwiefern sich die Bewohner*innen der periurbanen Gebiete durch eigene Investitionen in Boden an dieser Akkumulation beteiligen können und welche Probleme dies mit sich bringt.

4.1.2 Verbesserung der Wohnsituation oder Erhöhung des Einkommens?

Trotz der privilegierten Position der *Loteadores*, kann auch eine Abhängigkeit der *Loteadores* von den Bewohner*innen beobachtet werden. So bedarf die ‚Ware‘ Boden, die von den *Loteadores* verkauft wird, der sozialen Umdeutung durch die neuen Bewohner*innen, um das illegale Vorgehen auch moralisch vor der Gesellschaft zu rechtfertigen, u.a. mit der Bereitstellung von Wohnraum. Letztendlich sind es die Bewohner*innen, die Proteste organisieren und in der Öffentlichkeit präsent sind, wenn beispielsweise Räumungen drohen. Daher erklärte mir ein ehemaliger Mitarbeiter einer deutschen NRO, dass viele *Loteadores* bereits vor der Parzellierung und dem Verkauf des Bodens Gruppen selbst organisieren. Dadurch können sie sicher sein, dass es informelle Strukturen gibt, die den Prozess absichern.

„Die *Loteadores* haben oft eine Verbindung zur Gemeinde oder zu Baufirmen, und sie gehen hin und finden heraus, wo es Land gibt, dann ermitteln sie, wo es eine Basisorganisation gibt, die Interesse hat, Grundstücke zu erwerben. Sie schauen also nicht auf Einzelpersonen, sondern auf eine Gruppe, denn in der Gruppe können sie sich besser verteidigen.“ (ehemaliger Mitarbeiter Misereors, Übers. d. Verf.)

Diese Gruppe, wie in Kapitel 4.3 näher ausgeführt wird, ist auch die Notwendigkeit für eine zeitliche Verbesserung der Wohnsituation. Diese gegenseitige Unterstützung in den Stadtvierteln wäre nicht notwendig, wenn der Einzug in fertige, geplante Wohnblocks geschehen würde. Jedoch bedeutet die Prozesshaftigkeit der Konsolidierung trotz der ausgeprägten zeitlichen

Heterogenität der Qualität des Wohnens eine langfristige Verbesserung der Wohnsituation. Dies rechtfertigt trotz der prekären Ausgangssituation gesellschaftlich die Prozesse peripherer Urbanisierung als Form der Schaffung von Wohnraum, welcher am Ende staatliche Standards (teilweise) erfüllt. Alle Bewohner*innen mit denen ich sprechen erzählen diese Geschichte der Veränderung ihres eigenen Stadtviertels. In Zonen neuer Expansion wiederholen sich ständig Momente, die die Stadtviertel der 1990er Jahre nur noch mit offensichtlichem Stolz auf ihre Handlungsmacht erzählen. Ein Bewohner von Central Itocta bemerkte, dass alle Häuser klein und aus Lehm waren als er das Viertel 1987 mitbegründete; heute stehen überall große Häuser und vor allem die Straßen unterscheiden sich kaum von den wohlhabenderen Vierteln im Norden der Stadt, wo er als Handwerker arbeitet. In Churitia wiederum, einem Stadtviertel, welches erst 2010 gegründet wurde, fehlt noch viel an Infrastruktur, aber eine Bewohnerin erzählt mir, dass wenigstens der Bus jetzt alle halbe Stunde und nicht mehr zweimal am Tag bis zum letzten Haus fährt.

Im Gegensatz zur Situation in anderen periurbanen Gebieten Lateinamerikas betonen meine Gesprächspartner*innen immer wieder die verhältnismäßig gute Wohnsituation vieler periurbaner Bewohner*innen in Cochabamba, beispielsweise aufgrund der Verwendung stabiler Materialien wie Eisen und Backstein beim Bau der Häuser. Ein Bewohner des Viertels María Auxiliadora erklärt mir dies u.a. mit der Akzeptanz der informellen Siedlungen durch die politischen Verantwortlichen, die eine langfristige Bebauung ermögliche und keine Umgehung von Bauverboten durch temporäre Bauten erfordere, aber vor allem auch mit der Einsparung von Arbeitskosten durch starke familiäre Unterstützung.

„Auf die eine oder andere Weise unterstützen sie sich gegenseitig. [...] Wenn du baust, helfen sie dir beim Bau. Die ganze Familie kommt, manchmal für eine Woche. In den [periurbanen Gebieten] ist das häufig der Fall. Am Wochenende sieht man sie Platten gießen, Wände und Fundamente bauen. [...] Was es hier viel billiger macht, sind die Arbeitskräfte, denn es gibt nicht viele Unternehmen, die mit dem Bau von Wohnungen beauftragt werden.“ (Bewohner von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

Am Wochenende begegnet man vielen Bewohner*innen nicht nur beim Bau ihrer eigenen Häuser, sondern auch bei verpflichtenden Gemeinschaftsarbeiten in ihrer Nachbarschaft, wie dem Bau eines Versammlungshauses oder der Restaurierung einer Brücke nach starken Unwettern. Besonders in den ersten Jahren sind die Bewohner*innen komplett auf ihre Arbeitskraft und die Unterstützung von NROs angewiesen. In Churitia erzählt ein Bewohner:

„Es ist unser Geld, es ist nicht das der POA¹⁵ oder irgendetwas aus dem Büro des Bürgermeisters. Wir haben diese Laternenmasten selbst aufgestellt. Ich habe alle Quittungen

¹⁵ Der *Plan Operativo Anual* (POA) ist der jährliche kommunale Haushaltsplan, der über die Zuteilung öffentlicher Mittel auf die juristisch anerkannten Stadtviertel entscheidet.

darüber, wie viel wir für das Wasser, den Brunnen und den Tank gezahlt haben. Und dieser Beitrag muss in einem Monat gezahlt werden. Dieser Monat vergeht, und es wird eine Strafe fällig. Sie müssen also zahlen, ja oder ja, Sie müssen zahlen.“ (Bewohner von Churitia, Übers. d. Verf.)

Für die Bewohner*innen bedeutet das oftmals auf lange Sicht viel höhere Kosten für Wohnen als im offiziellen Markt. So ist der Einstiegspreis günstiger, aber die Versorgung mit Infrastruktur teurer. Antequera schreibt sogar, dass das Wohnen im Süden Cochabambas teurer ist als in jedem anderen Teil der Stadt (Antequera 2008a, 78). In den ersten Jahren zahlen die Bewohner*innen beispielsweise weitaus mehr Geld für Wasser durch Lastwagen als in den konsolidierten zentralen Stadtvierteln; oder wenn der *Loteador* keine legalen Rechte für den Verkauf des Landes hat, muss darauffolgend noch ein Vertrag mit dem wirklichen Eigentümer abgeschlossen werden, um das schon gebaute Haus nicht zu verlieren, wodurch doppelt bezahlt werden muss (Antequera 2008a, 77).

Die Mehrkosten für die Versorgung mit Infrastruktur und die Arbeit, die in die Umwidmung von Boden und den Bau der Häuser und Stadtviertel gesteckt wird, verstärkt das Bewusstsein über die Möglichkeit die Preise des eigenen Bodens anzuheben. Dies wirkt sich auf die eigene Interpretation von Handlungsmacht und Zeitlichkeit aus. In einem Gespräch über die Durchsetzung von großen städtischen Projekten sagte mir ein Gesprächspartner folgendes:

„Was ist die Vision der Aymara der Zukunft? Zurückschauen [...] buchstäblich in die Vergangenheit blicken. Und das spiegelt sich [in der Stadt] wider. Wozu soll ich ein Kolosseum bauen, ein Stadion? Ich werde sterben. Das ist die Vorstellung. Jetzt, mit dem neoliberalen kapitalistischen Markt, dem Konsumverhalten, der Frage des Prestiges, der politischen Macht, ändert sich das.“ (Bewohner von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

Auch wenn der kulturelle Aspekt erst im nächsten Kapitel vertieft wird, steht dieses Zitat bereits für einen Wandel, der sich mit der besonderen Zeitlichkeit der peripheren Urbanisierung, auf etwas Zukünftiges hinzuarbeiten, durchsetzen konnte und mit der Durchsetzung einer marktförmigen Regulationsform auf zukünftige Rentenerwartungen verstärkt wird. Vor allem in den sehr jungen, erst teilweise bebauten Stadtvierteln finden sich überall Schilder oder beschriebene Mauern, die darauf hinweisen, dass das Grundstück zu verkaufen ist. In Churitia frage ich eine Ladenbesitzerin, warum sie ihr Grundstück verkaufen wolle, da doch auch bei ihr ein großes Schild an der Wand hänge. Sie antwortet: „Mein Vater hat das Plakat aufgehängt. Wir wollen es nicht verkaufen, aber er sagt ,45.000, wenn ich es bekomme, verkaufe ich es.““ (Bewohnerin aus Churitia, Übers. d. Verf.) Andere versuchen im Gespräch direkt ein Kaufinteresse bei mir zu wecken. Darüber hinaus deuten die zahlreichen Leerstände in neuen Stadtvierteln ohne Wohnfunktion darauf hin, dass, wie Cabrera et al. schreiben, die Flächeninanspruchnahme im periurbanen Raum längst nicht mehr nur dem Wohnbedarf folgt (Cabrera et al. 2022, 56). Ein

Mitarbeiter der NRO ProCasha, der die Bewohner*innen der Stadtviertel im Prozess der Regularisierung unterstützt beschreibt mir die damit einhergehende Herausforderung:

„Es ist ein schmaler Grat zwischen der Frage des Bedarfs und der Spekulation. Denn es gibt in der Tat Personen, die vielleicht keine andere Art von, sagen wir mal, Gut haben als dieses, aber es gibt die zwei, drei oder vier anderen. Wenn wir sie also befragen, sprechen wir mit ihnen. Natürlich gibt es eine Menge emotionales Gerede über ‚Ich habe nichts‘, ‚Ich verdiene gerade genug für meine Kinder‘ und so weiter, und fünf Jahre später kann sich der Diskurs komplett ändern und die Person hat es an eine andere Familie verkauft.“ (Mitarbeiter der NRO ProCasha, Übers. d. Verf.)

Diese Rolle des Bodens verändert auch teilweise den Zweck der *Autokonstruktion*. Diese geschieht nicht mehr allein aus der Notwendigkeit, sondern wird als Investition für die Zukunft verstanden (Cabrera et al. 2022, 56).

„Sie haben zum Beispiel immer gesagt, ‚Unsere Priorität ist die Kanalisation. Wir haben keine Grundversorgung, das haben wir nicht. Also setzen wir zuerst darauf, dass wir diese Art von Dienstleistungen, städtische Verbesserungen usw. haben, bevor wir Asphalt haben.‘ Jetzt wollen sie Pflastersteine und Asphalt, um den Wert des Gebietes zu erhöhen. Aber wofür ist das jetzt? Für ein bestimmtes Interesse eines Grundstückseigentümers, damit er seine Grundstücke zu einem höheren Preis verkaufen kann.“ (Mitarbeiter der Stadtverwaltung Cercados, Übers. d. Verf.)

Der Kauf von informellem Boden und die Hoffnung auf einen Gewinn durch die zu erwarteten steigenden Bodenrenten scheint zunehmend für viele informell arbeitende Personen, die kein stabiles Einkommen haben oder auf eine staatliche Unterstützung in Krisenzeiten zurückgreifen können, eine attraktive Möglichkeit der Vorsorge zu sein. Von dieser Erfahrung berichten mir viele Akteur*innen, die in periurbanen Stadtvierteln arbeiten.

„Es gibt alles. Es gibt ein ‚Ich will für mich und für meinen Sohn. Und für den Sohn meines Sohnes. Zwei, drei Grundstücke.‘ Oder einfach, ‚weil ich es jetzt kann, weil ich es habe und weiß, dass es steigen wird und ich das zurückbekomme, was ich investiert habe,‘ und, ‚weil es meine Rente ist.‘ Mit anderen Worten, ‚ich kann es verkaufen, wann immer ich will. Wenn ich krank werde, verkaufe ich es, und damit bin ich geheilt.‘ Es ist eine Möglichkeit, Geld zu sparen, und das war's.“ (Mitarbeiterin der NRO ProHabitat, Übers. d. Verf.)

Tatsächlich scheint das Geschäft der *Loteadores* endlos zu sein, wenn die Nachfrage nicht durch den Bedarf an Wohnraum begrenzt wird, sondern sich von dieser Funktion entkoppelt. Anders als in westeuropäischen Städten, wo die Umnutzung städtischen Bodens durch Flächennutzungs- und Bebauungspläne gesteuert und begrenzt wird, findet in der Metropolregion Cochabamba eine permanente Neuerschließung statt, die auf den ersten Blick sich der Endlichkeit der Ware Boden zu widersetzen scheint und neoklassische Modelle zu bestätigen scheint. Doch diese blenden das Problem der zunehmenden Spekulation mit periurbanen Boden aus. Letztendlich wird der größte Anteil der Steigerung der Bodenrente, von der besonders die *Loteadores* profitieren, durch die Arbeit der Bewohner*innen durch die Bereitstellung der Infrastruktur geschaffen. (CPHB 2020, 10) Die in Cochabamba (notgedrungen) als Antwort auf den

Mangel an städtischem Wohnraum entstandene *Autokonstruktion* lebt von einem geringen Startkapital und einer improvisierten Verbesserung über die Zeit. Lange Zeit diente der informelle Bodenerwerb dem Zugang zu städtischem Wohnraum. Zunehmend gewinnt er aber auch als Spekulationsobjekt an Bedeutung, was zu einer Umdeutung der sich im Laufe der Zeit verändernden Bodennutzung führt. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass die Arbeit an der Befestigung ihres Eigentums nicht mehr nur der Bereitstellung von Wohnraum dient, sondern auch eine Investition in die Zukunft darstellt. Dies wirkt sich stabilisierend auf die Kommodifizierung des Bodens aus und gelingt durch die Interaktion mit offiziellen Logiken, wie im nächsten Kapitel diskutiert wird.

4.2 Transversale Logiken

Die Diskussion um das freie Wirken des Marktes, wie in Bezug auf den informellen Bodenmarkt in der Cochabamba, tendieren häufig dazu dies mit dem Fehlen regulativer Eingriffe oder starker Institutionen gleichzusetzen. Zudem wird die Akteursebene schon sprachlich, wie es der Kulturwissenschaftler Simon Sahner herausarbeitet, in Aussagen wie „steigende Bodenpreise“ anstatt „die Eigentümer*innen heben die Preise“ als abwesend und passiv wahrgenommen bzw. auf die Rolle des Konsumierenden reduziert (Speckmann 2024). Jede Form der Regulation von Boden, auch die marktförmige, beruht jedoch auf gesellschaftlich akzeptierten Institutionen, deren Zusammenwirken der Regulation temporäre Stabilität verleiht. Dabei ist ein weites Verständnis des Institutionenbegriffs notwendig, der alle formellen und informellen Normen und Konventionen umfasst, die die soziale Interaktion prägen (Blanc et al. 2022, 703). In bolivianischen Städten ist die Koexistenz von informellen und formellen Institutionen besonders ausgeprägt. Beide agieren jedoch nicht isoliert voneinander. Vielmehr erkennt Caldeira als wichtiges Charakteristikum peripherer Urbanisierung das Agieren periurbaner Institutionen zwischen eigenen und offiziellen, also gesetzlich definiert und durch staatliche Institutionen vertretenen, was von ihr als Transversalität der Logiken bezeichnet wird (Caldeira 2022, 61). Transversalität wird hier als Infragestellung der offiziellen Logiken und gleichzeitige Neuordnung verstanden (Kelly 2005); sozusagen ein Durcheinanderbringen der alten Ordnung, was jedoch nicht, wie Caldeira schreibt, bedeutet, diese zu untergraben, sondern auf eigene Weise mit ihnen zu interagieren, sie neu zu definieren oder umzugestalten. Deutlich wird dies z.B. bei der bereits thematisierten Aneignung von Boden über den informellen Markt, der langfristig in den formellen Markt integriert wird. Eine vereinfachte Trennung zwischen offiziell und inoffiziell bzw. formell und informell ist daher auch hier nicht möglich, da diese Logiken ineinander übergehen und zeitlich unterschiedlich ausgeprägt sind.

Auch wenn staatliche Institutionen in Bolivien keine flächendeckende Autorität besitzen, kann dennoch nicht von einem völligen Fehlen gesprochen werden, ebenso wenig wie von einer kollektiven Interaktion außerhalb des Marktes gesprochen werden kann. Stattdessen muss der periurbane Raum und somit auch die Regulationsform des Bodens in seinem komplexen Zusammenspiel der verschiedenen Institutionen und Logiken der periurbanen Raumproduktion verstanden werden. (Caldeira 2022, 62) Dabei lassen sich auch Logiken jenseits von Markt und Staat beobachten, die ihren Ausdruck in der Handlungsmacht der Bewohner*innen finden. Diese werden hier in Anlehnung an den spanischen Begriff *popular*, der so viel wie volkstümlich bedeutet, im bolivianischen Kontext aber ein Klassenbegriff der indigenen Arbeiter*innenklasse ist, als populäre Logiken bezeichnet.

Durch die Geschichte administrativer Exklusion des Staates der Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung etablierte sich besonders im Handel ein informeller Wirtschaftssektor, der aufgrund der fehlenden Einbindung der Migrant*innen vom Land in den dienstleistungsbezogenen Arbeitsmarkt der Städte mit der Urbanisierung floriert. Dieser, von Tassi et al. als *populäre Ökonomie* bezeichneter informeller Wirtschaftssektor hat in Bolivien einen ökonomischen Einfluss, der nicht mehr nur mit einer Prekarität zu begründen ist, sondern vielmehr als Gegenspieler der alten Kapitalelite verstanden werden muss und weist wie von ihnen ausgedrückt, in Bolivien „eine ausgeprägte historische Tiefe“ (Tassi et al. 2013, 45, Übers. d. Verf.) auf. Die Bedeutung populärer Ökonomie ist nicht zu verwechseln mit dem Konzept der solidarischen Ökonomie, die im lateinamerikanischen Kontext als Versuch entstanden ist, eine alternative Solidarökonomie im Rahmen des Konzepts des „Buen Vivir“ zu entwerfen, das auf indigenen Traditionen beruht (Valadez et al. 2018, 21). Dahinter verbirgt sich kein solches, politisches Projekt oder die Einschätzung einer ‚besseren Wirtschaft‘. Vielmehr wird unter populärer Ökonomie beschreibend die zunehmende Beteiligung der informellen Sektoren an der Wirtschaftsleistung Boliviens verstanden. Das bedeutet, dass die informellen Arbeiter*innen nicht mehr als ausgeschlossene, individuelle Subjekte betrachtet werden, sondern dass ihnen eine protagonistische Position in der Wirtschaft eingeräumt wird. Somit sind sie in der Transversalität zwischen politisch und wirtschaftlichem Ausschluss und Einflussnahme angesiedelt, die sich in der informellen Expansion der Stadt weiterführt.

Die Transversalität der Logiken und ihre Rolle für das periurbane Bodenregime wird im Folgenden zunächst im Hinblick auf den Einfluss der auf kolonialer Ungleichheit basierenden kommunalen Stadtplanung, als offizielle Logik, für die Durchsetzung der Kommodifizierung urbanen Bodens durch die Sicherung von Privateigentum und die Spekulation auf dem informellen Bodenmarkt untersucht (Kapitel 4.2.1). Anschließend wird die andine Multilokalität als populäre Logik der Bodenregulation im Hinblick auf ihre stabilisierende Funktion für die Kapitalakkumulation über den Boden diskutiert (Kapitel 4.2.2).

4.2.1 Die Expansion der Stadt und die Reaktion der kolonialen Stadtplanung

Die koloniale Stadt als Konzentration von Reichtum war Sinnbild für das politische Machtgefälle zwischen der kolonialen Stadtbevölkerung und der indigenen Bauernschaft, die unter anderem zur Arbeit in den Minen gezwungen wurde. Um die Zwangsarbeit in den Minen, die Christianisierung und die Erhebung von Abgaben auf landwirtschaftliche Produkte der indigenen Bevölkerungsgruppen besser koordinieren zu können, wurden Ende des 16. Jahrhunderts um die 900 indigene Gemeinden mit insgesamt ca. 129.000 Einwohnern in 42 Dörfern

zusammengefasst. Die Landschenkungen der spanischen Krone an die Siedler zur Konsolidierung der landwirtschaftlichen Produktion wurden häufig in sogenannte *Haciendas* umgewandelt, landwirtschaftliche Großbetriebe, in denen ein Drittel der indigenen Bevölkerung in leibeigenschaftsähnliche Arbeitsverhältnisse eingebunden war. (Dolph 2011, 95) Zudem stand der Phase des wirtschaftlichen Wachstums der spanischen Kolonie ein demographischer Rückgang der indigenen Bevölkerung gegenüber. Bereits ein Jahrhundert nach der Eroberung war die indigene Bevölkerung in den Anden um 90 Prozent zurückgegangen (Assadourian 2005, 276).

Die damit einhergehende gewaltsame Neustrukturierung des Territoriums und der gravierende Bevölkerungsrückgang mit seinen Folgen für die Bodennutzung stehen sinnbildlich für die gewaltsame Aneignung von Boden durch die Kolonialherrschaft, für wirtschaftliche Interessen und globale Machtansprüche. Die Verteilung basierte noch nicht auf einer Marktwirtschaft, sondern war zunächst feudal durch Gesetz und Gewohnheitsrecht organisiert (Polanyi 2015 [1978], 104), legte aber durch die Einführung von Privateigentum den Grundstein für die kapitalistische Produktionsweise. Zur Sicherung ihres gewaltsam erworbenen Besitzes legten die Kolonisatoren Grundbücher an, noch bevor sich in Europa das Konzept des Privateigentums durchgesetzt hatte (Arévalo/Bazoberry 2012, 115).

Die damit etablierte Vorstellung von Boden steht im Widerspruch zur Rolle des Bodens in der vorkolonialen Zeit und festigte sich über die Unabhängigkeit von Spanien 1825 hinaus. Während die Elite neue Rechte erlangte und ihre Macht ausbaute, arbeiteten die Indigenen weiterhin als Leibeigene. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts waren 70 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Händen von Großgrundbesitzenden, die nur 4,5 Prozent der Bevölkerung ausmachten (Chacón 2023, 79). Auch die Städte waren weitgehend der ehemaligen kolonialen Oberschicht vorbehalten, die mit der Eroberung Boliviens Städte als Ventil für ihren Reichtum aus Bergbau und Landwirtschaft errichteten. Damit stand die bolivianische Stadt in ihrer Genese für Exklusion und Ungleichheit (Delgadillo 2013, 193). Mit der Republik wurden 1874 die indigenen *Comunidades*, die während der Kolonialzeit teilweise Boden gemeinsam verwalten durften, enteignet. 1887 wurde die dadurch losgetretene Kommodifizierung von Boden durch das Gesetz *Ley de Inscripción de Derechos Reales*, das das Recht auf Erwerb, Besitz, Kontrolle, Veräußerung und Vererbung von Land und Häusern sicherte, langfristig abgesichert (Arévalo/Bazoberry 2012, 115).

Die offiziellen Institutionen des Staates haben in Bolivien historisch die Interessen einer spanischstämmigen Minderheit vertreten und deren Eigentum an Produktionsmitteln, wie dem Boden, gesichert. Der Staat war somit ein „Instrument, das einem kleinen Teil der Bürger die Teilnahme an der formellen Wirtschaft garantierte und den Rest der Bevölkerung davon ausschloss“

(Tassi et al. 2013, 41, Übers. d. Verf.). Die formelle Wirtschaft konzentrierte sich vor allem auf die exportorientierte Ausbeutung von Rohstoffen und überließ die Mehrheit der Bevölkerung wirtschaftlich sich selbst, ohne ihre Aktivitäten im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und später auch mit Importgütern in die offiziellen Institutionen einzubinden. Diese strukturelle Ausgrenzung der Mehrheit der Bevölkerung reproduziert sich in der Art und Weise, wie der städtische Raum produziert wird. So kann der informelle Bodenmarkt auch als Produkt des Ausschlusses einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen vom Wohnen innerhalb der offiziellen, der geplanten Stadtgrenzen interpretiert werden.

Das bodenpolitische Instrument der Stadtplanung reproduzierte diese skizzierte Trennung der Institutionen und der dazugehörigen Bevölkerungsgruppen. Sie diente im bolivianischen Kontext historisch mehr der Trennung zwischen städtischem Reichtum und ländlicher Armut, zwischen formell und informell, anstatt einer Beschränkung der Bebauung und einer geplanten Freigabe des Bodens zum Verkauf. So versteht auch Rolnik die offizielle Stadtplanung als „embedded in operations to rationalise places, living conditions, in an attempt to ‘fix’ - to fix both in the sense of a remedy but also of binding to a permanent location and a hegemonic socio-political order.“ Weiter schreibt sie “Thinking from the periphery of capitalism, we know fairly well what this ‘counterpoint’ or ‘fix’ means for what looks like disorder but, in fact, is a different way of organising lives and territories: violent disposessions.” (Rolnik 2023, 3) Die hegemoniale Ordnung, von der sie spricht, muss im bolivianischen Kontext als Absicherung der Privilegien und Interessen wirtschaftlicher und politische Eliten verstanden werden.

In Cochabamba wurde bereits in den 1950er Jahren, vor der europäischen Erfahrung der Stadt, versucht, den städtischen Raum in Form eines Masterplans zu ordnen. Dieser hatte aufgrund seines verhältnismäßig vollständigen Katasters einige Jahrzehnte eine gewisse Vorbildfunktion für Bolivien. Es lassen sich jedoch verschiedene Gründe aufzeigen, warum dieses zentralistische Instrument in seiner Funktion als planerisches Element mit den extrem schnellen Expansionsprozessen zunehmend versagte. Cabrera begründet das Scheitern mit der Anwendung externer Erfahrungen, die mit der bolivianischen Realität kollidierten, sodass eine Stadtpolitik ausblieb, die auf die Probleme des Territoriums reagiert. (Cabrera 2013, 66) Ähnlich begründet dies ein Mitarbeiter in der Regionalverwaltung mit dem überwiegend ästhetischen Anspruch der kommunalen Stadtplanung, der sich darauf fokussierte die alte „Gartenstadt“ im Zentrum zu erhalten, anstatt den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bewohner*innen gerecht zu werden, beispielsweise durch die Ausweisung von Bauland für einkommensschwache Gruppen. Die fehlende kommunale Antwort auf die Forderung nach der Bereitstellung von Bauland und Wohnraum für die neuen Bewohner*innen zwangen diese zu informeller

Landnahme außerhalb der geplanten Stadt. Trotz dieser stadtverändernden Entwicklung ignoriert die Stadtverwaltung diese Logik der Urbanisierung weitestgehend und hält fest an der Idee einer Stadtgrenze, die als fiktive Linie mitten durch das läuft, was hier als urbaner Raum verstanden wird. Der Mitarbeiter problematisiert dies als

„eine administrative Fiktion [...], nichts weiter, denn sie entsprach nicht den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung. [Die Stadtregierung] hat also den städtischen Radius festgelegt und von dort aus gesagt, dass alles, was außerhalb liegt, illegal ist. Wir werden also nichts unternehmen.“ (Mitarbeiter der Regionalverwaltung, Übers. d. Verf.)

Sich auf einer Fiktion auszuruhen und damit große Teile der Bevölkerung von Unterstützungsleistungen auszuschließen, wird so wieder von einer Fiktion zu einer Realität sozialer Ungleichheit, wenn diese entscheidend für die Zuteilung von Geldern und die Verbesserung der Wohnsituation ist. Diese fehlende technische und monetäre Unterstützungsleistung der Bewohner*innen wird oftmals von den NROs übernommen. Diese fungieren auch als Vermittler zwischen der Stadt und den Stadtvierteln, d.h. zwischen formellen und informellen Institutionen, z.B. durch Schulungen für die Beantragung der Regularisierung des Eigentums bei der Stadtverwaltung.

In einem langen Gespräch mit zwei Mitarbeitenden der Planungsabteilung im Rathaus der Stadt Cercado, von denen einer bereits seit den 1990er Jahren dort arbeitet, sagen sie mir ganz offen, dass sie, als kommunale Planung, die Kontrolle verloren haben. Den Zeitpunkt des absoluten Kontrollverlustes datieren sie auf die Verabschiedung des bereits angesprochenen Gesetzes 247, das sie scharf kritisieren, weil es in die kommunale Kompetenz eingreift. Als Folge sehen sie eine völlige Deregulierung des Bodenmarktes und den Verlust bodenpolitischer Kompetenzen der Kommunen. In den letzten zwanzig Jahren, in denen auch die Zahl der Mitarbeitenden der Abteilung von zwanzig auf vier reduziert wurde, haben die Pläne, die die Stadtverwaltung entwirft, keine Autorität mehr. Stattdessen beschränke sich ihre aktuelle Tätigkeit auf ein passives Reagieren auf eine Entwicklung gesteuert durch „einen unregulierten Markt reguliert durch die irreguläre Nachfrage“ (Mitarbeiter der Stadtverwaltung Cercados, Übers. d. Verf.). Dies verdeutlicht den auch in offiziellen Logiken bereits etablierten Vorgang informeller Landnahme und Urbanisierung und das Wissen über das Funktionieren informeller Institutionen, die außerhalb der offiziellen Logiken agieren, aber diese zunehmend tangieren und die Stadtverwaltung zwingen zu reagieren.

„Sie lebten 30 Jahre lang in dieser illegalen Situation, obwohl sie legitim waren, d. h. ganze Stadtteile, die keine Eigentumsrechte hatten und daher keinen Zugang nicht nur zu den nationalen, sondern auch zu den kommunalen Behörden hatten, sie konnten keine Maßnahmen ergreifen, um z.B. das Stadtviertel zu verbessern, weil sie illegal waren, also illegal in Anführungszeichen, denn sie sind nicht illegal, sie sind als Organisation legitim, sie haben eine

große Kapazität, sagen wir, ihre eigenen Dinge zu verwalten und zu tun.“ (Mitarbeiterin der NRO ProHabitat, Übers. d. Verf.)

Der Einfluss informeller Institutionen auf die Anpassung der Stadtplanung lässt sich zunächst als Widerstand einordnen, der „die Bedingungen dieses Ausschlusses in Frage stellt und konturiert; durch Normen und Formen der Legitimation, die sich vom Gesetz unterscheiden“ (Achi/Delgado 2007, 11, Übers. d. Verf.). Ebenso versteht Abramo die Stabilität des informellen Bodenmarktes begründet durch die historische Autorität informeller Institutionen, die auf Vertrauen, aber auch Zwang zurückgreifen können. Cabrera et al. schränken jedoch den nachhaltigen und eigenständigen Wirkungsbereich informeller Institutionen ein, indem sie Eigentumsrechte ausnehmen, „für die [informelle] Normen nicht gelten und in denen die Regeln, Sanktionen und Anforderungen der formellen Wirtschaft überleben“ (Cabrera et al. 2022, 15, Übers. d. Verf.). Dies zeigt sich in der langfristigen Interaktion der Akteure des informellen Bodenmarktes mit den offiziellen Institutionen. So duldet die Stadt illegale Viertel, stellt ihnen aber die rechtliche Anerkennung erst in Aussicht, wenn sie bestimmte Standards erfüllen, für deren Bereitstellung sich die Stadt gleichzeitig nicht verantwortlich fühlt, sondern wiederum das Wirken informeller Intuitionen voraussetzt. Mit der Aussicht durch die nationale Gesetzgebung eine rückwirkende juristische Anerkennung zu erhalten (Gesetz 247) wird jedoch gleichzeitig der Grundstein gelegt für die Abfolge von Landnahme-Verkauf-Konsolidierung-Regularisierung-Verkauf, durch die sich das Kapital reproduziert. Dieser beschleunigte Anstieg der Bodenrente funktioniert durch die Verbindung der verschiedenen Institutionen und Logiken.

Durch die nicht vorausschauende, sondern reaktive Stadtplanung dient dieses bodenpolitische Instrument nicht als planerisches Versorgungsinstrument, sondern wirkt sich vor allem positiv auf die Bodenrente aus. Caldeira schreibt dazu: “A single zoning law can render a whole area irregular or legalize it overnight. Obviously, these shifts engender intense political struggles, as they involve immediate repercussions in terms of the profitability of real estate and the dislocation of residents.” (Caldeira 2022, 63) Auch wenn die Ausdehnung der Stadtgrenze eine gewisse Anerkennung der periurbanen Stadt mit sich bringt, zeigt sich in Cochabamba besonders die Korruptionsanfälligkeit im Zuge einer Entscheidung von so großem wirtschaftlichem Interesse, die die Interessen der Stadtgesellschaft in den Hintergrund drängt. Dieses Problem wird in den Gesprächen an vielen Stellen deutlich:

„Ein weiteres Problem ist, dass die Gemeinde bei dem Verfahren, [der Umsetzung des Gesetzes 247], stark involviert ist, denn sie bescheinigt, dass man tatsächlich [genug] Jahre dort lebt, dass es keine anderen Verfahren gibt, die um diesen Boden kämpfen, und so weiter.“ (Mitarbeiter von ProCasha, Interview 3, Übers. d. Verf.)

Viele erzählen mir von Korruption und der politischen Willkürlichkeit der Anerkennung von Stadtvierteln. Diese Nähe von politischen Entscheidungsträgern zu informellen Institutionen wird in der Beschreibung der Entstehung Churitias deutlich.

„Zum Beispiel dieses Viertel, als es urbanisiert werden sollte. Von vorne haben wir einen Fluss überquert. Da vorne. Doch der angrenzende Sektor hat uns nicht auf diese Seite gelassen. Kein Auto, keine Straße oder so. Sie haben uns sogar blockiert. [...] So haben wir uns beraten und dem Rat von Sacaba unsere Idee vorgelegt und dann haben wir den Bürgermeister eingeladen. Wir haben ihn hierher gebracht, wir haben ein Essen gemacht, wir haben gekocht, wir haben alle aus der Stadthalle eingeladen, Planer, Stadtplaner, alle. So sind sie angekommen und dann hat der Bürgermeister gesagt, diese Straße wird gebaut. Sie müssen Platz machen. Daraufhin konnten wir den Weg 2012 ebnen. Denn 2014 waren wir schon dabei, den Boden zu verkaufen.“ (Bewohner von Churitia, Übers. d. Verf.)

Die nachträgliche Integration periurbaner Stadtviertel in den kommunalen Stadtplan kann nicht als Ablösung der ordnenden Funktion des Stadtplans im Interesse der Bewohner*innen periurbaner Gebiete verstanden werden. Vielmehr bedürfte es starker Gegenmodelle, wie z.B. einer Dezentralisierung der Planung. Der Druck informeller Institutionen führt zwar zur Aufweichung alter städtischer Grenzen, reproduziert aber parallel die Verknüpfung von ökonomischem Reichtum und städtischer Teilhabe. So wird in Gesprächen mit Wissenschaftler*innen vor Ort immer wieder betont, dass die periurbanen Gebiete nicht formell urbanisiert, sondern planerisch als Stadtregion versorgt werden sollten, um der Spekulation auf Ausdehnung der Stadtgrenzen entgegenzuwirken. Das politische Projekt der Metropolregion ist ein Versuch auch Gebiete außerhalb der Stadtgrenzen in einer Planung zu adressieren. Das Gesetz 247 greift jedoch nur bei der Regularisierung urbaner Eigentumsrechte. Darüber hinaus greift die passive Stadtplanung weder in die Abschöpfung unproduktiver Einkommen ein, noch dient sie als intervenierendes Gegengewicht zu den starken ökonomischen Einzelinteressen, die bei der städtischen Bodenspekulation im Spiel sind (Chacón 2023, 92). So fördert die derzeitige Praxis vor allem das Interesse an der Bodenspekulation in den periurbanen Gebieten.

4.2.2 Die Integration des urbanen Bodenmarkts in die andine Multilokalität

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass in Bezug auf Eigentumsrechte in bolivianischen Städten langfristig die offizielle Logik hegemonial wirkt, d.h. die Sicherung des Privateigentums durch den Staat. Die Sicherung des Privateigentums an Boden ist dessen Voraussetzung für die Kommodifizierung. Je mehr diese von anderen Regulierungen und Instrumenten, wie z.B. Preisobergrenzen, abgekoppelt wird, desto stärker wird der Druck einer Kapitalakkumulation über den Boden, der dann nicht mehr dem Wohnen, sondern der Rentenabschöpfung dient. Das Gegenmodell wäre eine dekommodifizierte Form der Bodenregulation, wie sie sich z.B. in vielen ländlichen *Comunidades* in Bolivien durchgesetzt bzw. erhalten hat.

Trotz der Durchsetzung von Privateigentum an Boden mit der Kolonialisierung und den daraus gewachsenen Institutionen erlaubt ein Verständnis für andine Formen der Regulation von Boden nicht nur die Perspektive auf die Möglichkeiten dekommodifizierend wirkender Regulationsformen, sondern erlaubt auch eine Kontinuität dieser in Bolivien zu erkennen. So ist nicht nur der Einfluss kapitalistischer Organisationen auf die lokale Kultur zu betrachten, sondern auch der Einfluss dieser auf die Vermittlung von Boden (Larson 1995, 15), zumal die periphere Urbanisierung durch die Migration vom Land stark von einer Stadt-Land-Beziehung geprägt ist. In Kapitel 4.3 wird die Existenz urbaner *Comunidades* im Zusammenhang mit der Frage nach der spezifischen Form politischer Partizipation diskutiert. Hier soll zunächst vor der Frage nach transversalen Logiken die stabilisierende Regulation andiner indigener Multilokalität als Strategie der Diversifizierung des landwirtschaftlichen Anbaus für die Kommodifizierung urbanen Bodens verstanden werden.

Die einflussreichen Forschungen des US-amerikanischen Anthropologen John Murra in den 1960er Jahren machten deutlich, dass die vorkoloniale Bewirtschaftung des Bodens im Einflussgebiet des Inkareichs sich über ein riesiges Territorium verteilte. Diese andine Strategie wird als Multilokalität bezeichnet und fasst zwei wichtige Charakteristika andiner Kultur zusammen: Die sogenannte vertikale Kontrolle der ökologischen Stockwerke und die multiplen Wohnsitze. Diese auf lange Tradition zurückgehende Strategien der Quechua und Aymara erlaubten klimatischen und ökologischen Risiken durch eine räumliche Diversität der Aktivitäten wie den Anbau verschiedener Produkte und dem Austausch und der Bewegung zwischen *Comunidades* entgegenzuwirken. Zudem konnten die Anbauperioden durch die verschiedenen klimatischen Zonen ausgeweitet werden und dadurch auch Arbeit über längere Zeiträume verteilt werden (Assadourian 2005, 282). Das Tal um Cochabamba beispielsweise war bekannt für seine Maisproduktion, für die die Aymara-Volksgruppen des Hochlands 14.000 Arbeiter pro Jahr bereitstellten (Assadourian 2005, 286). Die Kolonialherrschaft akzeptierte zu Teilen die indigenen *Comunidades* als wichtiger Produzent landwirtschaftlicher Produkte. Diese landwirtschaftliche Politik wurde auch nach Gründung der Republik aktiv neben der Entwicklung eines europäischen Produktionssystems aufrechterhalten (Assadourian 1992, 66). Jedoch wurde die territoriale Ausdehnung und Kontrolle verschiedener Gebiete durch den Verlust des Zugangs zu Boden stark begrenzt (Assadourian 2005, 285). Doch Antequera beschreibt, dass teilweise eine Strategie entwickelt wurde, um die multilokale Produktion auf neue ökologische Ebenen auszuweiten bzw. durch die Diversifizierung der Produktionsweisen zu ermöglichen. Multilokalität wird in diesem Zusammenhang als eine besondere Form des territorialen Umganges verstanden (Antequera 2019, 97), die sich mit dem Zuzug andiner Bevölkerungsgruppen in die

Städte auch auf die Produktion der Stadt auswirkt (Antequera 2019, 93) und als wichtige Eigenschaft populärer Ökonomie verstanden wird. So kommt es häufig vor, dass Bewohner*innen der periurbanen Gebiete nicht nur in Cochabamba wohnen, sondern viele Monate auf dem Land in ihren Comunidades verbringen und beispielsweise im Kokaanbau im Chapare involviert sind.

Die multilokale, indigene Logik der Selbsterhaltung der Gemeinschaft muss also vor der Eigenschaft der Transversalität der peripheren Urbanisierung in einer statischen Übertragung auf das Urbane in Frage gestellt werden. Vielmehr muss sie in ihrer Wechselwirkung mit urbanen Logiken verstanden werden. Multilokalität meint eben nicht eine einfache Übertragung ländlicher Gewohnheiten auf das Urbane, sondern die Fähigkeit der Anpassung, „auf unterschiedliche Weise auf den Raum einzuwirken und ihn sich anzueignen“ (Antequera 2019, 94, Übers. d. Verf.).

„Viele Menschen, die aus ländlichen Gebieten kommen, wollen, wenn sie in die Stadt kommen, wie in einer Stadt leben, mit individuellem Besitz, Geld, der Welt und so weiter. Wenn sie in die *Comunidades* gehen, ist dort ihre Gemeinschaft. [...] Wenn sie in die Stadt ziehen, [...] kommen sie sogar mit dem Vorurteil, dass es nicht wie in ihrer *Comunidad* sein muss. ‚Wir sind keine Bauern mehr.‘ Es gibt eine Verleugnung.“ (Bewohner von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

So baut Multilokalität auf der Existenz traditioneller sozialer Netzwerke auf, die nicht so einfach durch urbane soziale Netzwerke ersetzt werden können. Die urbanen Aktivitäten scheinen eher eine wirtschaftliche Ergänzung zu sein, deren Erwartungen und Strukturen sich zum Teil bewusst von denen des ländlichen Raumes unterscheiden.

Antequera schildert vor diesem Hintergrund die ursprünglich ökologische Kontrolle landwirtschaftlicher Produktion durch eine heutzutage vielmehr soziökonomische Kontrolle des Raums (Antequera 2019, 93). Diese beruht auf einer Diversifizierung der Produktion beruhend auf einem räumlich verteilten sozialen Netzwerk (Antequera 2019, 110). In ihrer Forschung zu Quinoa-Anbau in südlichen Altiplano spricht Vassas mit Blick auf die Strategien der indigenen Gemeinden ebenfalls von einer Tradition der „multilokalen Pluriaktivität“. Wichtig ist hier die Betonung der Bedeutung der Praktiken der ständigen Zirkulation von Wohnsitzen, Ernten und finanziellen Einnahmen. (Vassas 2016, 149). So fließen beispielsweise Gewinne aus dem Handel in den Kauf von Grundstücken (Tassi et al. 2013, 226).

Vor dem Hintergrund dieser Annahme einer multilokalen Strategie ist auch die Integration der unterschiedlichen Regulationsformen des Bodens im städtischen und ländlichen Raum innerhalb einer Strategie schlüssig. Diese basiert auf unterschiedlichen Verständnissen urbanen und ländlichen Bodens (Achi/Delgado 2007, 86). Der Boden auf dem Land ist der Ort, an dem

produziert wird; der Boden in der Stadt ist das Produkt, das als wirtschaftliche Ergänzung erarbeitet wird und damit Einkommen generiert. Beide Nutzungen ergänzen sich jedoch ökonomisch. Diese wirtschaftliche Ergänzung wird in den Worten eines Bewohners des Stadtviertels Central Itocta deutlich:

„Die Menschen der Zona Sud haben überall Grundstücke. Nur die Menschen im Zentrum haben [...] nur dieses eine Haus, das sie haben. In der Zona Sud sind wir Leute, die vom Land kommen. [...] Die Leute in der Zona Sud sind Händler, sie gehen überall hin, sie kaufen hier und dort Grundstücke. Irgendwann fassen sie das dann zusammen. Und dann bauen sie ihr gutes Haus an der Hauptstraße. Dafür ist es da. [...] Es ist ein Einkommen“. (Bewohner von Central Itocta, Übers. d. Verf.)

Die Aussage ordnet die beschriebene ökonomische Strategie bewusst (wenn auch natürlich verallgemeinernd) den Bewohner*innen der periurbanen Gebiete im Süden der Stadt zu, deren Entstehung mit der Migration aus dem andinen Hochland in Verbindung gebracht wird, und grenzt sie von den Bewohner*innen des Stadtzentrums als Symbol der alten spanischstämmigen Stadtbevölkerung ab. Eine gewisse kulturelle Verankerung erkennt auch ein Mitarbeiter der NRO ProCasha auf die Frage nach den zunehmenden Investitionen in Boden durch die Migrant*innen vom Land:

„Es stimmt zwar, dass es viele Menschen gibt, die aus der Not handeln und sich niederlassen und [...] versuchen, ihr Grundstück zu regularisieren, weil sie zumindest diesen Besitz haben wollen usw. [...] aber es gibt immer noch eine Kultur, das heißt, es gibt eine kulturelle Verankerung in dieser Frage [der Spekulation mit Boden].“ (Mitarbeiter der NRO ProCasha, Übers. d. Verf.)

Im Kontext der bolivianischen Städte, wo der Boden hauptsächlich über den informellen Markt verteilt wird, scheint die Strategie der Multilokalität also nicht notwendigerweise einer Logik der Kommodifizierung und Rentenabschöpfung entgegenzustehen. Im Gegenteil, eine Investition in Boden scheint in den Diskussionen auf breite Zustimmung zu stoßen (auch wenn sie oft finanziell nicht realisierbar sind). So kann es z.B. passieren, dass ein Bewohner der Gemeinde Cochabamba nicht nur sein Haus im Süden der Stadt hat, sondern vor einigen Jahren für alle seine Kinder auch Boden in Sacaba gekauft hat, um von den günstigen Preisen vor der Konsolidierung des Gebietes zu profitieren. Neben seiner Arbeit als Maurer hilft er seiner Tochter beim Einkauf von Produkten auf dem Markt, die er in seinem kleinen Laden im Haus verkauft. Zur Aussaat ist er auf dem Land in Potosí, wo er geboren wurde, oder auf seinem Grundstück in der Nähe von Colomi oder auf einem Stück Land im Chapare.

Die mit der Multilokalität einhergehende ökonomische und soziale Diversifizierung oder, wie Vassas es nennt, Pluriaktivität ist dabei als Anpassungsstrategie zur ökonomischen Absicherung zu verstehen (Vassas 2016; Cielo/Vásquez 2011). Trotz des überwiegenden Anteils der informellen Wirtschaft am bolivianischen BIP und der mehrheitlichen Produktion von informellem

Boden (Cabrera et al. 2022) befinden sich die informellen Institutionen nach wie vor „zwischen der Notwendigkeit, diese lokalen Strukturen zu reproduzieren und sie für die Bedürfnisse der herrschenden Mächte zu funktionalisieren“ (Tassi et al. 2013, 42, Übers. d. Verf.). Dadurch entstehen eigene Strukturen und Institutionen, die neue Formen des Wirtschaftens auf dem Markt hervorbringen. Dazu gehören Strategien wie „der gegenseitige Austausch von Arbeitskräften, eine Vereinbarung über den Tausch von Land gegen Arbeitskraft, Hilfe bei Feldarbeit [...] und ein gegenseitiger nicht-monetärer Austausch von verschiedenen Ernten aus verschiedenen Gebieten“ (Jorgensen 2011, 84, Übers. d. Verf.). Jedoch bedeutet dies kein Hinterfragen des Marktes an sich, sondern eher seine Integration. Die Teilnahme am informellen Bodenmarkt ist dabei als derzeit wichtigster Weg zu sozialer und ökonomischer Absicherung einzuordnen (Blanc et al. 2022, 714). Dies schildert mir auch ein Eigentümer aus Churitia:

„Es gibt ein kleines Haus, das einem Mädchen gehört, das wie meine Tochter ist. Sie erkennt mich als ihren Vater an. Der Boden wurde von mir gekauft. Mit tausend Dollar. Sie will diesen verkaufen, wenn er teurer wird, wenn sie dort bereits ein Haus gebaut hat. Für mindestens 50 oder 60 Tausend [Dollar], [...] oder wenn sie krank ist, kann sie es immer noch verkaufen. [...] In Bolivien wird wenig verdient. Aber mit ein bisschen Geld kauft man viel und es steigt, und wenn es teuer, verkauft man es.“ (Bewohner von Churitia, Übers. d. Verf.)

Gleichzeitig kann Multilokalität für die Spekulation auf dem informellen Bodenmarkt auch eine informelle Absicherung gegen die Risiken der Krisenanfälligkeit von Boden- und Immobilienspekulation sein. So erfolgt der Kauf in der Regel ohne größere Verschuldung auf dem Kreditmarkt, sondern durch Einkommen aus anderen Arbeiten oder durch Unterstützung von Familienangehörigen.

In der Umfrage mit den Studierenden haben wir versucht, eine Signifikanz der Akkumulation von Eigentum an Boden nachweisen zu können. So haben wir in verschiedenen periurbanen Stadtvierteln die Bewohner*innen nach ihren Wohnsitzen und Grundstücken gefragt und auch nach den bezahlten und erwarteten Bodenpreisen. Interessanterweise hat sich die Befürchtung der Studierenden, dass die Befragten nicht frei darüber sprechen würden, nicht bewahrheitet. Anzumerken ist, dass viele Familien der Studierenden, von denen keiner in einem der hier als periurban definierten Stadtviertel aufgewachsen ist, zwar in Immobilien investiert haben, aber nicht darüber sprechen wollten. Anders war die Situation in den periurbanen städtischen Gebieten, wo vor allem die zu erwartenden höheren Renten aus dem Eigentum an Boden hervorgehoben wurden. Die zeitlich und räumlich begrenzte Umfrage erlaubt keine verallgemeinernde Übernahme der gewonnenen Erkenntnis wonach periurbane Bewohner*innen an der Spekulation mit Boden beteiligt sind. Zum einen, weil die Ergebnisse zunächst nur ein punktuell Phänomen erkennen lassen, zum anderen, weil Spekulation und Bedürfnis oftmals verschwimmen. Es stellt sich die Frage, ob ein Grundstück ein Spekulationsobjekt ist, wenn darin so

lange gewohnt wird, bis die Bewohner*innen es aufgrund von Krankheit zu dem gestiegenen Marktpreis verkaufen müssen, um die Kosten des Krankenhauses zu decken, um dann für ein günstigeren Preis ein Grundstück weiter außerhalb zu erwerben. Die Bewohner*innen, die im Zentrum der Forschung stehen, sind nicht die großen Gewinner*innen des informellen Marktes, wie es die *Loteadores* sind, die strategisch vorgehen, von der Nachfrage am informellen Bodenmarkt und den rentensteigernden Handlungen der Bewohner*innen am meisten profitieren. Nichtsdestotrotz ist für ein Verständnis des Urbanen, ein Verständnis des Verhältnisses der Bewohner*innen zu dem urbanen Boden wichtig. So hinterfragt das Erarbeitete eine automatische Verknüpfung indigener Tradition mit einer Strategie außerhalb der kapitalistischen Logik. Die Institutionen der populären Ökonomie weisen eine fabelhafte Fähigkeit auf, mit den kapitalistischen Strukturen zu verhandeln, um die eigene ökonomische Reproduktion zu sichern. (Tassi et al. 2013, 30). Zudem meinen Tassi et al., dass die populäre Ökonomie neue Mechanismen schafft, die rentenbasierten Einnahmen umzuverteilen und darauf Anspruch zu erheben (Tassi et al. 2013, 219). Sieht man den urbanen Boden, wie im letzten Kapitel schon vermutet, als Teil eines rentenbasierten Akkumulationsregimes kann die Beteiligung der periurbanen Bewohner*innen an der Rentenabschöpfung des Bodens auch als Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums gelesen werden. Auch, wenn die Investition in Boden eine Überlebensstrategie nicht abgesicherter Arbeiter*innen ist, müssen die Folgen vor dem Hintergrund kollektiver Interessen des Urbanen problematisiert werden. Die populäre Beteiligung am Bodenmarkt ist möglicherweise ein Umgang mit dem selben Kapitalismus, der viele Bevölkerungsteile in Armut gehalten hat.

4.3 Politische Partizipation

Die *Autokonstruktion*, sowie die transversalen Logiken beruhen in Bolivien nicht (mehr) auf einer Spontanität von politischer nachbarschaftlicher Organisation. Vielmehr existieren erprobte und zunehmend institutionalisierte dezentrale Organisationsformen, die elementar sind für die Effizienz und Stabilität peripherer Urbanisierung. Die besondere Form der räumlichen Produktion in Eigeninitiative der Bewohner*innen und die besonders zu Beginn ausgeprägte Unsicherheit des ohne Landtitel erstandenen Eigentums, die Diskriminierung durch offizielle Institutionen oder durch Institutionen des informellen Bodenmarktes, fordern eine starke nachbarschaftliche Organisation, die den eigenen Logiken Legitimität verschafft. Gleichzeitig üben sie organisiert Druck aus, ihre Teilhabe in der Metropolregion zu verbessern. Erst im März 2024 marschierten hunderte Bewohner*innen aus dem Süden der Stadt ins Zentrum Cochabambas mit der Forderung nach einer Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und des Abwassersystems (Claros 2024). Ein paar Wochen später blockierten Nachbar*innen eine der zentralen Verbindungsstraßen vom Süden ins Zentrum mit ähnlichen Anliegen und einem Protest gegen den Anstieg der Preise im öffentlichen Nahverkehr (Cotari 2024).

Caldeira sieht daher in der Schaffung politischer Praktiken ein weiteres Charakteristikum peripherer Urbanisierung. Auch aus regulationstheoretischer Perspektive wird die Rolle der Einflussnahme von Akteur*innen für die Durchsetzung der Regulationsform des Bodens betont (Caldeira 2022, 64). Diese kann reproduzierend oder transformierend auf die kapitalistische Produktionsweise wirken (Buch-Hansen/Nielsen 2020, 58). Caldeira schreibt den politischen Praktiken, die mit der peripheren Urbanisierung einhergehen, historisch einen transformativen Charakter zu, wenn sie schreibt: „They have taken the materiality of spaces of inhabitation to anchor movements that create new political subjectivities and expose the inequalities that sustain the reproduction of peripheral urbanization and the limits of dominant political arrangements” (Caldeira 2022, 65).

In der Metropolregion Cochabamba haben die sozialen Kämpfe der periurbanen politischen Bewegungen vor allem im Jahr 2000 während des sogenannten Wasserkrieges große Aufmerksamkeit erregt. Die andauernden Proteste der Bevölkerung der Metropolregion gelten als einer der erfolgreichsten populären Aufstände Lateinamerikas gegen die Privatisierung der Grundversorgung. Als Auslöser wird allgemein die Vertragsunterzeichnung des multinationalen Konzerns Bechtel mit der nationalen Regierung im September 1999 angesehen, der die Wasserversorgung in der Gemeinde Cochabamba privatisieren sollte, was zu einer Erhöhung der Wassertarife um mehr als 50 Prozent führte. Die meisten periurbanen Stadtviertel waren (und sind) jedoch von selbstverwalteten Wassersystemen in Form von selbst errichteten Brunnen,

abhängig, sodass nicht diese Maßnahme, sondern die Absicht der Regierung, die selbstverwalteten Systeme in der Metropolregion per Gesetz zu enteignen und dem Konzern zu übertragen, als Hauptauslöser angesehen werden kann. (Cabrera/Teller 2013, 67) Eine Enteignung hätte die Autonomie der Stadtteile in Bezug auf die Grundversorgung und damit auch die Autorität der eigenen sozialen Organisation gegenüber ihren von der Versorgung abhängigen Mitglieder*innen gestört. Cabrera & Teller beschreiben in diesem Zusammenhang die Wasserversorgung durch die dezentralen Wasserkomitees als „ein wichtiges Instrument des Zusammenhalts und zugleich des sozialen Zwangs“ (Cabrera/Teller 2013, 83, Übers. d. Verf.).

Ohne näher auf die Regulationsform des Wassers einzugehen, lässt sich aus der kurz geschilderten Erfahrung bereits die Frage ableiten, welche Funktion die Regulationsform des Bodens in der politischen Organisation periurbaner Stadtviertel einnimmt. Für die Forschungsfrage ist vor allem leitend, welche Rolle, die sich möglicherweise verändernde politische Partizipation in den periurbanen Gebieten, für die Durchsetzung der zunehmenden Kommodifizierung des Bodens spielt. Dazu wird zunächst die der peripheren Urbanisierung zugrunde liegende politische Partizipation in der Metropolregion Cochabamba skizziert und ihre historische Herausbildung aufgezeigt. Vor dem Verständnis reproduzierender und transformierender Handlungen der Akteur*innen auf die Regulationsform des Bodens werden die Auswirkungen einer Formalisierung der Nachbarschaftsorganisation seit den 1990er Jahren diskutiert (Kapitel 4.3.1). Daraufhin wird der geringe Einfluss der sozialen Funktion des Bodens im ländlichen Raum und dessen Stabilisierung durch die Organisationsform der *Comunidad* auf die Regulationsform des städtischen Bodens verstanden, um dennoch die Potentiale dezentraler politischer Organisation für die Ablösung des aktuellen Bodenregimes zu erkennen (Kapitel 4.3.2).

4.3.1 Das Zusammenrücken der Nachbarschaftsorganisation mit dem Staat

Die Erfahrung des Handwerkers Don David illustriert beispielhaft den alltäglichen Ausdruck politischer Teilhabe, die die periphere Urbanisierung ermöglicht. Ich begleitete ihn an einem Sonntagmorgen zu seinem Grundstück am Rande des bebauten Gebietes von Sacaba in einem neu entstehenden Stadtviertel. Dort hatte er vor etwa zehn Jahren an der Parzellierung der ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen in einzelne Baugrundstücke mitgewirkt und hatte unter anderem deshalb in den ersten Jahren die Leitung des Stadtviertels inne. Eigentlich war an diesem Sonntag ein Arbeitseinsatz in dem Viertel geplant gewesen, da eine Brücke durch ein Unwetter zerstört worden war. Doch dieser Arbeitseinsatz wurde verschoben. Stattdessen hatte Don David an diesem Morgen bereits an einer Versammlung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft teilgenommen, an der er finanziell beteiligt ist. Diese Termine muss er mit der

monatlichen Nachbarschaftsversammlung in einem Dorf im Chapare koordinieren. Auch dort besitzt er Boden, nachdem eine Auftraggeberin ihn nicht bezahlen konnte und ihn mit einem Stück Land entschädigt hat. Sein Hauptwohnsitz befindet sich im Stadtteil Central Itocta im Süden von Cercado. Dort nimmt er auch an Nachbarschaftsversammlungen teil, die allerdings nur noch unregelmäßig über WhatsApp einberufen werden. An dem Sonntag, an dem ich ihn begleitete, wollte er endlich einen Beschluss der Nachbarschaftsversammlung umsetzen und auf seinem Stück Land eine erste kleine Hütte aus Ziegelsteinen bauen. Die Nachbarschaftsversammlung in Churitia, die verpflichtend einmal im Monat stattfindet, drängt die Eigentümer*innen unter Androhung einer Geldstrafe zum Bau von Häusern, auch um die Zahl der Bewohner*innen für die anstehende Volkszählung zu erhöhen, was der Nachbarschaftsorganisation in Zukunft ein höheres Budget bescheren könnte. Bei meinem Besuch waren viele der Grundstücke noch unbebaut. Im Gespräch mit den wenigen Bewohner*innen, die ich treffe, beklagen sie sich darüber. Sie machen sich Sorgen um die Sicherheit des Stadtviertels, wenn nur vereinzelte Häuser bewohnt sind und sie keine Nachbar*innen haben, denen sie ihr Haus anvertrauen können, wenn sie weg sind. Wer garantiert ihnen Sicherheit, wenn die Gemeinschaft nicht da ist? Viele der Menschen, mit denen ich spreche, kennen Don David nicht. Er hat zwar vorübergehend die Leitung der Nachbarschaftsorganisation übernommen und nimmt wie alle anderen an den monatlichen Versammlungen teil, aber er wohnt nicht vor Ort. Als wir über die Berge nach Sacaba blicken, erzählt er mir stolz, dass er jeden Winkel der Region kennt:

„Ganz Cochabamba kenne ich, wirklich. Warum? [...] Weil man mich wiederholt zur Leitung benannt hat. Ich habe mich immer mit allem beschäftigt. Ich war zum Beispiel auch im Bildungsbereich. Die Leute merken, dass ich aktiv bin. Es wird gefragt: ‚Wer ist einverstanden?‘ Jeder hebt die Hand. [...] Ich lerne vieles. Wenn ich nicht damit begonnen hätte, hätte ich nichts gelernt.“ (Bewohner von Churitia, Übers. d. Verf.)

Die Rolle der politischen Partizipation im Leben von Don David zeigt symbolisch, welchen Stellenwert die politische Partizipation vor allem in der Organisation der populären Sektoren in Bolivien einnimmt. Damit sind die Sektoren gemeint, die Tassi et al. zur populären Ökonomie zählen würden, wie der informelle Handel, der Transport oder auch die informelle Organisation der Stadtviertel. Diese basieren in Bolivien auf einer basisorganisierten, gewerkschaftsnahen bzw. im deutschsprachigen Kontext eher als genossenschaftlich oder kooperativ, zu verstehende Tradition.¹⁶ (Torrico 2008, 51)

¹⁶ Unter anderem aufgrund der Anschlussfähigkeit dieser Strukturen an die Tradition der *Ayllus*, als indigene Organisationseinheit, lässt sich ein Unterschied zwischen Hochland und Tiefland hinsichtlich der langen Tradition sozialer Organisation im Andenraum verallgemeinern. Dieses soziale Kapital andiner Organisation drückt sich in der Dominanz andiner indigener Organisation in den sozialen Kämpfen in Bolivien aus. (Zuazo 2012, 245)

Auch die flächendeckende Verkehrsinfrastruktur der Metropolregion steht beispielhaft für die umfassend etablierte Organisation kooperativer Strukturen. So deckt das Verkehrssystem der Metropolregion auch die periurbanen Stadtviertel ab. 90,9 Prozent der Gesamtbevölkerung der Metropolregion erreichen eine Buslinie in weniger als acht Minuten (Méndez et al. 2024, 149), obwohl es seit den 1990er Jahren bis zur Einführung des *Tren Metropolitano* 2022, einer durch ein Projekt der Regionalregierung finanzierten Straßenbahn, kein öffentlich finanziertes Verkehrssystem gab. Stattdessen werden die Buslinien von Dutzenden kleinen Organisationen von Fahrer*innen und Fahrzeugbesitzer*innen aufrechterhalten, die jeweils eine Ringlinie bedienen, wobei die Nutzer*innen überall ein- und aussteigen können. Diese Linien können ihre Routen als Ergebnis von Verhandlungen mit den Nachbarschaftsleitungen flexibel verlängern und an die Expansion des Stadtgebiets anpassen. (Méndez et al. 2024, 140)

Diese oben beschriebene Form politischer Entscheidungsfindung lässt sich auf die Erfahrung erfolgreicher gewerkschaftlicher und indigener Organisationen zurückführen, die sich innerhalb zentralistischer staatlicher Strukturen eigene Bereiche erkämpft haben. Der erfolgreiche politische Einfluss der Bergarbeitergewerkschaften in den 1940er Jahren und ihre Rolle während der bolivianischen Revolution führten zu einer Ausweitung ihrer Organisationsform auf andere Sektoren wie die Landwirtschaft. Die im Zuge der Agrarreform aufgelösten *Hacienda*-Strukturen, die z.B. in der Region um Cochabamba dominierten, wurden größtenteils in sogenannte *Sindicatos Agrarios*, auf Deutsch Agrargewerkschaften, umgewandelt. Diese existieren trotz eines nicht gegebenen Arbeiter-Kapitalisten-Verhältnisses „als freie gewerkschaftliche Organisation oder juristische Person [...], die alle Arbeiter in einer produktiven Tätigkeit (Industrie, Handel etc.) vereinigt“ (Ministerio de Trabajo, Empleo y Previsión Social 2021, 12, Übers. d. Verf.). Sie haben sich zu einer direkten kollektiven Vertretung gegenüber dem Staat entwickelt und charakterisieren sich durch eine Entscheidungsfindung der Mitglieder*innen im Instrument der regelmäßig stattfindenden Versammlungen. In anderen Regionen, in denen indigene Organisationsformen während der Kolonialzeit weniger assimiliert wurden, wie etwa im Norden Potosí, gewannen die *Ayllus*, die als indigene ländliche Solidargemeinschaften mit Anspruch auf gemeinsame Produktionsmittel zu verstehen sind, wieder an Bedeutung und nahmen eine gewerkschaftsähnliche Stellung ein. (Assies 2009, 303)

Gewerkschaftliche Diskurse und Erfahrungen von Migrant*innen aus den Minendörfern und der landwirtschaftlichen Produktion prägten die Organisationspraktiken in den periurbanen Gebieten. Dort begannen sich Nachbar*innen in sogenannten *Juntas Vecinales*, auf Deutsch Nachbarschaftsräten, zu organisieren, um politische Verhandlungsmacht zu haben und die Autokonstruktion und später die offizielle Anerkennung des Stadtviertels zu organisieren. Der Besitz

von Boden¹⁷ verpflichtet unter Androhung von Geldstrafen zur Teilnahme an den Nachbarschaftsversammlungen, zu gemeinnütziger Arbeit, zu monetären Beiträgen und zur Teilnahme an Protesten (Cielo 2019, 25). Weitere Aufgaben wie die Trinkwasserversorgung, der Bau und die Instandhaltung von Schulinfrastruktur oder die Organisation von Märkten, die teilweise mehrere Stadtviertel versorgen, werden wiederum in übergeordneten Räten organisiert (Antequera 2008a, 74). Darüber hinaus wählen die Nachbarschaftsversammlungen eine Leitung, die oft mehrere Jahre hintereinander im Amt bestätigt wird (Antequera 2008a, 77). Dabei kommt es in der Metropolregion oft vor, dass der *Loteador* in den Gründungsjahren selbst die Leitungsfunktion innehat, um die Nachbar*innen während der Etablierung zu organisieren. In ländlichen Organisationen rotiert die Führungsrolle. Jede Familie muss sich dieser Verantwortung stellen. (Antequera 2011, 33)

Die informelle Institution der *Juntas Vecinales* nimmt besonders in den ersten Jahren der Expansion eine wichtige Rolle und Autorität für die Bewohner*innen ein. Aufgrund der wichtigen Funktion der gegenseitigen Absicherung der Grundstücke sowie des hohen Bedarfs an Infrastruktur ist die Beteiligung der Nachbar*innen in den ersten Jahren sehr intensiv und das Intervall der Versammlungen sehr eng. (Antequera 2008a, 79) Mit dem Kauf des Grundstückes müssen die Eigentümer*innen finanzielle Beiträge an die *Juntas Vecinales* leisten, oft aus einer sehr verletzlichen Position heraus. Da die *Juntas Vecinales* nicht staatlich anerkannt sind, sind sie vollständig auf Beiträge oder Unterstützung von NROs angewiesen, um die entstehenden Kosten zu tragen. Darüber hinaus organisieren sich die Nachbar*innen für gemeinnützige Arbeiten oder karitative Veranstaltungen. (Antequera 2008a, 78)

In Gesprächen mit Bewohner*innen unterschiedlicher Stadtviertel wird deutlich, wie sich die Zeitlichkeit peripherer Urbanisierung in der Intensität der Organisation widerspiegelt. So nimmt diese größtenteils ab, „wenn die Bedürfnisse relativ zufriedenstellend befriedigt sind.“

¹⁷ Auch wenn in dieser Arbeit die Dominanz der Eigentümer*innen in der Metropolregion hervorgehoben wurde und das Bodenregime im Mittelpunkt der Analyse steht, soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass viele besonders einkommensschwache Einwohner*innen zumindest temporär zur Miete oder nach dem bolivianischen Prinzip des *Anticredito* wohnen. Bei letzterem gewährt man den Eigentümer*innen einen Kredit und darf als Gegenleistung temporär in seinem Haus wohnen. Diese Gruppe wird als *Inquilinos* bezeichnet. Der oftmals abwertend verwendete Begriff deutet bereits auf eine Hierarchie unter den Bewohner*innen hin, die sich auch in den Partizipationsmöglichkeiten ausdrückt. Mieter*innen nehmen teilweise in Vertretung der Eigentümer*innen an den Nachbarschaftsversammlungen teil, sind dazu aber nicht verpflichtet. Insbesondere haben sie kein Stimmrecht. Dadurch sind sie vom lokalen politischen Prozess ausgeschlossen und bei Entscheidungen, z. B. über Verkaufsflächen auf dem Markt, benachteiligt. Zudem wird das Eigentum immer nur durch eine Person im Haushalt vertreten. So sind große Teile der Bevölkerung von nachbarschaftlichen Organisationen ausgeschlossen, können sich nicht beteiligen oder sind gar nicht vertreten. Besonders für Mieter*innen führen diese Konditionen nach Antequera dazu, dass Mieter*innen versuchen, Eigentümer*innen zu werden, egal ob dies eine größere Distanz oder fehlende Infrastruktur bedeutet. (Antequera 2008a, 83)

(Antequera 2008a, 87, Übers. d. Verf.) Mit Bedürfnissen ist hier die Erschließung des Wohnortes durch Trinkwasser, Schulen oder ein eigenes Sicherheitssystem beispielsweise durch nächtliche Straßenschranken an Zufahrten zu den Hauptstraßen gemeint. So finden in manchen Stadtvierteln die Treffen zwei Mal im Monat statt. Während in anderen die Treffen nur noch zwei Mal im Jahr abgehalten werden, z.B. um die Leitung zu wählen, einzelne Baupläne abzunicken oder Weihnachtsgeschenke für die Kinder des Stadtteils zu organisieren. Dabei handelt es sich nicht, um freiwillige Zusammenschlüsse, sondern als Eigentümer*in der periurbanen Stadtviertel ist die Teilnahme einer Person pro Haushalt bei den Versammlungen verpflichtend (Cabrera et al. 2022, 52). Jedoch verändert sich die Organisationsdisziplin mit der Konsolidierung der Stadtviertel über die Zeit.

Mit der Dezentralisierungsreform 1994 sollten die *Juntas Vecinales* in eine offizielle staatliche Form der dezentralen politischen Organisation, die sogenannte *Organización Territorial de Base* (OTB) überführt werden. Im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung des Landes wurde 1993 das Gesetz 1551 zur *Participación Popular* verabschiedet, welches ein Jahr später in Kraft trat. Dadurch sollte der bis dahin sehr zentralistisch organisierte Staat - es gab beispielsweise keinerlei gewählte Vertreter*innen auf regionaler Ebene - grundlegend reformiert werden (Torrico 2017, 141). Vor der Reform gab es außerhalb der wenigen urbanen Zentren keine regionalen Verwaltungsebenen. Erst im Zuge der Reform wurden auch die ländlichen Gebiete in Gemeinden eingeteilt und diese mit eigenen Finanzmitteln handlungsfähig gemacht. 20 Prozent der nationalen Steuereinnahmen wurden an die regionalen Entitäten umverteilt und - für die Analyse von besonderem Interesse - die dezentrale Organisationseinheit der OTB eingeführt, mit dem postulierten Ziel, die politische und soziale Partizipation der Bürger*innen auf lokaler Ebene zu fördern. (Assies 2009, 316) Die rechtliche Anerkennung als OTB können alle Einheiten erhalten, die einen „gemeinschaftlichem oder nachbarschaftlichem Charakter [haben, und], die einen bestimmten territorialen Raum einnehmen“ (Art.1 DS 23858 de 1994, Übers. d. Verf.) erhalten. Dazu zählen *Juntas Vecinales*, ebenso wie Agrargewerkschaften oder indigene *Comunidades*. Für die bisher informell organisierten Gemeinschaften bedeutet dies die Anerkennung als juristische Person und ein damit verbundenes Recht auf Zuteilung öffentlicher Mittel über den *Plan Operativo Anual* (POA), den kommunalen Haushalt, sowie im städtischen Raum die Mitbestimmung in übergeordneten politischen Gremien wie dem *Consejo Distrital*.

Durch diese Veränderungen sollte die Beziehung zwischen der staatlichen Verwaltung und der Bevölkerung neu geordnet werden. Den *Juntas Vecinales* wurde Rechte und Kompetenzen in den Bereichen Planung, politische Vertretung, soziale Repräsentation und Kontrolle der öffentlichen Verwaltung übertragen. (Cabrera/Teller 2013, 68) Die Kontrollmechanismen gegenüber

der öffentlichen Verwaltung wurden seitdem rechtlich in Gesetzen zur sozialen Kontrolle, zuletzt 2013 durch das Gesetz 341, welches das Recht auf Beteiligung an der Planung von öffentlichen Projekten verstärkte, weiter präzisiert. Damit wird versucht, die soziale Kontrolle der Regierung, die in Bolivien traditionell durch Demonstrationen und vor allem Straßenblockaden ausgeübt wird, in weniger ‚störende‘ Praktiken umzulenken. Unter anderem deshalb wird die Reform von Kritiker*innen nicht als Stärkung der politischen Partizipation gewertet, sondern vielmehr der Zerschlagung sozialer Kämpfe beschuldigt. (Torrico 2008, 59)

Einerseits ist zu beobachten, dass informelle Protestformen, zu denen dezentrale Organisationen aufrufen, in Bolivien weiterhin präsent sind und die Effektivität einer Formalisierung durch die Reform in Frage stellen können. So sind Straßenblockaden und Protestmärsche in Bolivien nach wie vor ein viel genutztes und gesellschaftlich akzeptiertes Instrument der politischen Einflussnahme durch lokale Entitäten (Clavijo 2019, 482).

Andererseits wird von vielen meiner Gesprächspartner*innen eine Entpolitisierung der Nachbarschaftsorganisationen durch die Überführung in OTBs beobachtet, die sich negativ auf mögliche progressive bodenpolitische Instrumente auswirkt. So erschwert die Reform eine mögliche strukturelle Kritik an der alltäglichen Reproduktion von Ungleichheit, obwohl Caldeira eine solche Kritik als Fundament peripherer politischer Partizipation versteht (Caldeira 2022, 65). Doch mit der Ausrichtung auf die Verwaltung der stets umkämpften Finanzausweisungen wird ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen den OTBs und staatlichen Institutionen geschaffen (Torrico/Walnycki 2015, 100). Darüber hinaus wurde „ein sehr begrenztes System der Partizipation geschaffen, das sich auf lokale Räume konzentriert und die Fähigkeit der sozialen Organisationen einschränkt, auf andere Regierungsebenen Einfluss zu nehmen.“ (Deledicque/Contartese 2010, 143, Übers. d. Verf.) Beispielsweise ist die Beteiligung der Bevölkerung an der Kontrolle der Finanzmittel und der Planung weitgehend nur über die gewählten Vertretungen möglich (Clavijo 2019, 474). Die Zufriedenheit mit der Leitung, die unter anderem in der Umfrage abgefragt wurde, variiert erwartungsgemäß stark. Teilweise wird deutlich, dass kaum Wissen über die Tätigkeiten der Leitung vorhanden ist. Andererseits wird auch Kritik geäußert, so wenn mir berichtet wird, dass in einem Stadtteil zwei verschiedene Gruppen monatelang nicht miteinander gesprochen haben, weil sie sich nicht einig waren, in welcher Straße zuerst eine Abwasserleitung verlegt werden sollte. Anscheinend wollte die Verwaltung die Leitung in einer Straße verlegen, die Einwohner*innen nicht für sinnvoll hielten.

Die bestehende Korruption innerhalb der OTBs, vor allem in Bezug auf die Bereicherung Einzelner, wird in meinen Interviews vor allem auf die zu erwartenden steigenden Bodenrenten durch die externen Verbesserungen zurückgeführt. So betonen die Mitarbeiter der

Stadtverwaltung, dass die finanziellen Mittel für die infrastrukturelle Verbesserung der Stadtviertel eigentlich in enger Zusammenarbeit mit den Bewohner*innen verwendet werden sollten, diese Beteiligung an der Planung aber in den letzten Jahren „prostituiert“ (Mitarbeiter der Stadtverwaltung Cercados, Übers. d. Verf.) wurde, wie es ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung ausdrückt. Er fügt hinzu:

„Seit dem neuen Gesetz über die soziale Kontrolle heißt die Leitung, in Anführungszeichen, soziale Kontrolle. [...] Jetzt wollen sie sogar beaufsichtigen, und sie haben ein Geschäft gesehen. Stadtteilarbeiten usw. werden von ihnen entschieden, aber nach ihren Interessen. Sie sind Kleinunternehmer geworden. Also die Nachbarschaftsleitung oder dessen Bekannte, die Arbeiten übernehmen. Sie handeln nicht mehr aus dem kollektiven Interesse heraus, wie es früher war, sondern nach ihrem individuellen Interesse.“ (Mitarbeiter der Stadtverwaltung Cercados, Übers. d. Verf.)

Allerdings wird nicht nur die interne Fragmentierung der Interessen kritisiert, sondern auch eine Verstärkung der Fragmentierung zwischen den OTBs. So führe laut des Mitarbeiters der Stadtverwaltung die individuelle Mittelzuweisung an die OTBs statt zu integrativen Projekten zu Projektdopplungen und weitgehend isolierten Planungen. Dabei ist zu beachten, dass viele der nun offiziell dezentralisierten Aufgaben wie Bildung oder Gesundheit bereits zuvor von den lokalen Gebietskörperschaften wahrgenommen wurden (Zuazo 2012, 216). Es wurde also nur offiziell anerkannt, dass die Nachbarschaftsorganisationen die Hauptverantwortung für die Betreuung und Urbanisierung ihrer Gebiete tragen, eine direkte Verantwortung des Staates wird aber weiterhin verneint, ohne dass sich an der damit einhergehenden heterogenen Entwicklung innerhalb der Stadt etwas ändert (Achi/Delgado 2007, 9).

Vor dem Hintergrund dieser Dekonstruktion der Reform als Depolitisierung einer politischen Partizipation, die als Gegenmodell zur herrschenden politischen Praxis dienen könnte, verwundert es nicht mehr, dass eine Reform, die die politische Basis vor allem finanziell unterstützen sollte, Teil einer neoliberalen Umstrukturierung war, die gleichzeitig eine signifikante Kürzung staatlicher Mittel bedeutete. So diente diese Reform auf internationale Empfehlung hin einerseits dazu, die zunehmend unzufriedenen populären Sektoren durch die Anerkennung ihrer Institutionen zu beruhigen. Dabei spielte auch die konzeptionelle Rahmung der Reform, z.B. durch ‚politische Partizipation‘, eine Rolle. Andererseits interpretiert Torrico die Reform als internationalen Gegenentwurf zu einem zentralistischen Staat, der in einem wirtschaftsliberalen Verständnis als ineffizient wahrgenommen wurde und den Dialog der Wirtschaftssektoren mit den Sektoren der Arbeiter*innen blockierte. (Torrico 2017, 146)

Trotz der Reform ist in den periurbanen Gebieten von Cochabamba eine fortdauernde Koexistenz von *Juntas Vecinales* und OTBs zu beobachten. Dies ist auf den zeitlich heterogenen Charakter der peripheren Urbanisierung zurückzuführen, deren Konstituierung ohne juristische

Anerkennung beginnt und erst im Laufe der Jahre, wenn überhaupt, die Voraussetzungen für eine Anerkennung erreicht. So sind die Anforderungen für die Anerkennung als OTB sehr hoch und stehen teilweise einer spontanen Logik der peripheren Urbanisierung entgegen. In Cochabamba sind die Voraussetzungen für die Anerkennung eines Stadtviertels als juristische Person an die Erstellung von Statuten geknüpft, die die Aktivitäten der Organisationen regeln (Cabrera/Teller 2013, 422). Darüber hinaus gibt es Vorgaben für die Intensität der Flächennutzung, die Größe der öffentlichen Grünflächen, die Genehmigung des Bebauungsplans für das gesamte Stadtviertel, eine bestimmte Einwohnerzahl oder auch bestimmte Umweltschutzmaßnahmen (Vásquez 2016). So durfte ich mit Bewohner*innen sprechen, die im Stadtviertels Villa Belén leben, das im Norden der Stadt Cercado liegt und somit im an das Stadtgebiet angrenzenden Tunari-Nationalpark entstanden ist, dessen Bergmassiv große Teile des (wohlhabenden) Stadtzentrums mit Trinkwasser versorgt. Im Büro der Regionalverwaltung wird mir erklärt, welche gravierenden Auswirkungen die weitere Bebauung auf die Trinkwasserreserven der Stadt und deren Qualität hat. Vor allem, weil die meisten *Juntas Vecinales* aus Kostengründen noch kein Abwassersystem haben, sondern die Häuser auf Klärgruben zurückgreifen, was zu einer Verschmutzung des Trinkwassers führen kann. Viele der Bewohner*innen von Villa Belén warten deshalb seit Jahren auf ihre rechtliche Anerkennung, die ihnen aufgrund ihrer Lage bis heute verweigert wird, obwohl sie dort seit Jahren toleriert werden. Weder wird dadurch das Wohnen verhindert, noch sieht sich die Stadt in der Verantwortung, Projekte für das Gebiet zu entwickeln, die der Gefährdung der Umwelt entgegenwirken könnten.

Einerseits hängt die Anerkennung also von einem politischen Willen ab, gleichzeitig muss zum Zeitpunkt der Gründung der OTB bereits eine mehrjährige Konsolidierung stattgefunden haben und viel informelle Arbeit geleistet worden sein. Die offizielle Anerkennung der dezentralen Organisation ersetzt also nicht die Notwendigkeit der informellen Organisation, sondern führt eine gewisse zeitliche Begrenzung der *Juntas Vecinales* ein und interpretiert das Organisationsziel in Richtung einer rechtlichen Anerkennung, die an individuelle Landtitel gebunden ist. Ohne diese Anerkennung bedürfen die Bewohner*innen der Absicherung ihrer Organisation, weshalb die Abhängigkeit innerhalb der *Juntas Vecinales* weitaus stärker ist. Umgekehrt nehmen die von den *Juntas Vecinales* selbst definierten Pflichtaufgaben mit der Anerkennung als OTB ab, da die Organisationsdisziplin, die durch die in Bolivien wirksame, aber weitaus fragilere informelle Eigentumsanerkennung gegeben ist, wegfällt.

„Ein wichtiges Element für den Zusammenhalt in den meisten Nachbarschaften ist die Befriedigung von Bedürfnissen wie Wasser, Abwasser und Sicherheit. Wenn diese Bedürfnisse fast befriedigt sind, fehlt es der Gemeinschaft an Zusammenhalt: „Ich habe bereits Wasser

und Strom in meinem Haus, warum soll ich also zu den Versammlungen gehen?“. (Bewohner von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

An ihre Stelle treten für die OTB wenige nun rechtlich verbindliche Aufgaben, wie die jährliche Wahl der Leitung, und freiwillige Aufgaben, wie die Organisation von Jugendfußballturnieren oder die Organisation von Festen.

Bevor staatlich garantierte Formen des Eigentums bestehen, lassen sich in vielen Stadtvierteln populäre Formen bodenpolitischer Instrumente beobachten. In einer von Cabrera et al. durchgeführten Studie wird deutlich, dass dezentrale bodenpolitische Instrumente in einigen informellen Nachbarschaftsorganisationen der Metropolregion existieren, die an die Rentenerhöhung durch Gemeinschaftsarbeit und das Problem der Spekulation anknüpfen. So finden sich Instrumente der Verallgemeinerung des Bodens, wenn die Eigentümer*innen nicht Bauen, also das Grundstück nicht dem Wohnen dient, oder verpflichtende prozentuale Abgaben des Verkaufspreises an die Nachbarschaftsorganisation. Gleichzeitig finden sich auch Restriktionen des Verkaufs an Boden, die die Mitglieder der Nachbarschaft selektiert. So wurden im Stadtviertel Villa Israel jahrzehntelang Grundstücke nur an Mitglieder evangelikaler Kirchen verkauft (Antequera 2008b, 302). In Gesprächen mit Bewohner*innen in gerade neu entstehenden Stadtvierteln spielt besonders die Androhung der Stadtteilorganisation von Geldstrafe bei ausbleibender Bebauung immer wieder eine Rolle. Die meisten Instrumente orientieren sich an der Funktion des Bodens als Wohnraum doch gleichzeitig auch an der Notwendigkeit seiner raschen Konsolidierung, die durch gemeinschaftliche Arbeit, aber auch die individuelle Bebauung erreicht wird. (Cabrera et al. 2022, 45) Damit verpflichtet die Organisation nicht nur ihre Bewohner*innen zur Partizipation, sondern kann durch die Abschöpfung der Renten auch Infrastrukturprojekte finanzieren (Cabrera et al. 2022, 47). Gleichzeitig ist der Fortschritt der Konsolidierung aber vor allem auf die Regularisierung des Eigentums ausgerichtet für die ein gewisses Niveau der Bebauung und Infrastruktur erreicht sein muss. Dieses Ziel verunmöglicht es aus dem Teufelskreis der Preissteigerung auszubrechen, sondern verstärken diese teilweise sogar. Vor allem wirken diese informellen Instrumente eben nur bis zur juristischen Anerkennung des Stadtviertels, da sie Autorität über die Anerkennung des Eigentums durch die Gemeinschaft erlangen. So schreiben Cabrera et al.: „Es ist jedoch die Phase der Legalisierung, der Erreichung des Ziels, in der die Organisation zusammenbricht.“ (Cabrera et al. 2022, 54, Übers. d. Verf.). Danach wird das Eigentum an Boden durch den Staat abgesichert und in den formellen Markt integriert, der durch eine komplette Abwesenheit politischer Instrumente gekennzeichnet ist. Dadurch vervollständigt sich die Kommodifizierung des Bodens, die mit dem informellen Markt begann.

Ein weitaus umfassenderes Projekt der dekommodifizierten Bodennutzung stellte die Nachbarschaft *Comunidad María Auxiliadora* dar, die aus etwa 400 Familien besteht. Die *Comunidad María Auxiliadora* wurde 1999 mit dem Anspruch gegründet, explizit bedürftigen Frauen den Zugang zu Wohnraum zu ermöglichen. Zu diesem Zweck hatte die Gründerin letztlich wie die *Loteadores* ein großes Stück Land gekauft, das unter verschiedenen Frauen mit Familien aufgeteilt wurde, die das Nutzungsrecht in sehr kleinen Raten ersteigerten. So konnte der Boden nicht frei verkauft werden. Wenn die Familien Cochabamba verlassen mussten, konnten sie nur die Nutzungsrechte mit dem Wert des von ihnen gebauten Hauses verkaufen. (Bodart 2014)

Der *Comunidad María Auxiliadora* wurde die Anerkennung als OTB verweigert, weil sie sich als Kollektiv ohne individuelle Eigentumsrechte beworben hatte. Die Anerkennung als OTB erfolgte erst mit der Durchsetzung des Privateigentums durch den Zusammenbruch der Gemeinschaft, der auf ca. 2017 datiert wird. Die fehlende staatliche Anerkennung machte die Existenz der *Comunidad* von der sozialen Kohäsion, d.h. der informellen Anerkennung des kollektiven Eigentums abhängig, da sie nie eine rechtliche Absicherung des Gemeinschaftseigentums erhielten. Nach der gemeinsamen Bereitstellung der Infrastruktur zeigte sich, dass sich dem kollektiven Eigentum entgegenstehenden Interessen des Privateigentums einiger Bewohner*innen durchsetzen konnten. Als ich mit dem Sohn der Gründerin der *Comunidad María Auxiliadora* über das aus seiner Sicht tragische Scheitern der Gemeinschaft sprechen konnte, teilte er mit mir seine Gedanken über die mögliche zeitliche Begrenztheit transformativer Projekte außerhalb staatlicher Regulierungsformen:

„Die Begrenztheit des Rechts auf die freie Verfügung [des Bodens] war keine willkürliche Beschränkung, um die Rechte am Eigentum zu reduzieren, sondern diese vielmehr zu garantieren und die Rechte für die Familie zu schützen. Doch hier zeigt sich wieder das zeitliche Element. Wie lange braucht eine Familie diesen Schutz vor Zwangsräumung, Verlust bei Scheidung und Trennung oder vor häuslicher und familiärer Gewalt? Wenn sie bereits ein Haus haben, kann man hoffen, dass sich ihre sozioökonomischen und familiären Bedingungen verbessert haben. [...] Es kann sich um eine Übergangsmaßnahme handeln, nicht um eine endgültige Maßnahme. Denn in der *Comunidad* war das Ziel nicht das Eigentum an sich, sondern die Kinder und die Frauen zu schützen.“ (Bewohner von *María Auxiliadora*, Übers. d. Verf.)

Die hier formulierten Überlegungen machen deutlich, dass die Eigenschaften peripherer Urbanisierung für das Verständnis der Regulationsform des Bodens zusammen gedacht werden müssen. So zeigt sich hier der enge Zusammenhang zwischen politischer Partizipation in periurbanen Räumen und der besonderen Form der Zeitlichkeit, die in Kapitel 4.1 diskutiert worden ist. Letzteres bestimmt die Notwendigkeit einer starken politischen Transformation und die Organisationsdisziplin. Durch das Organisationsziel den Status einer OTB zu erreichen, grenzt die

Zeitlichkeit in Cochabamba zudem die Möglichkeit transformativer Partizipation auf gewisse Weise ein. Wenn man aber, wie in der Aussage angedeutet, den Boden eher als Mittel, denn als Zweck versteht, in der Arbeit vor allem ein Mittel zum Wohnen, dann können auch temporäre dekommodifizierte populäre Regulationsformen, wie sie in der Comunidad María Auxiliadora existierten, bereits etwas Transformatives haben. So dient diese einer kollektiv organisierten Bereitstellung von Wohnraum, die vom Staat verweigert wird.

4.3.2 Bodenlose Symbolpolitik und die Frage nach urbanen *Comunidades*

Das bolivianische Ministerium für Wohnen veröffentlichte 2016 einen Strategieplan urbaner Entwicklung, indem es mit Bezug auf die soziale Erfahrung im ländlichen Raum für den Aufbau urbaner *Comunidades* plädierte. Hinsichtlich des Themas hier stechen zwei Aspekte dieser Forderung heraus: „erstens [die] Aufwertung und Stärkung sozialer Bindungen und Interaktionen als Form gemeinsamer Entwicklung, Widerstandsfähigkeit und Sicherheit beim kollektiven und mitverantwortlichen Aufbau eines nachhaltigen, angemessenen Lebensraums; [und] zweitens [die] Wahrung des Respekts für Mutter Erde bei den Formen der Besetzung und Nutzung des Territoriums der ursprünglichen indigenen Gemeinschaften, unter Berücksichtigung der nachhaltigen Besiedelung des Territoriums“ (Ministerio de Obras Públicas, Servicios y Vivienda 2016, 13, Übers. d. Verf.).

In diesen Aspekten sind bereits wichtige Merkmale der indigenen andinen *Comunidades* formuliert, die in Bolivien trotz vieler Herausforderungen im ländlichen Raum in zahlreichen *Ayllus* fortbestehen. So sind Formen der kollektiven Bodenbewirtschaftung gerade im ländlichen Andenraum bis heute üblich und haben sich insbesondere in den 1950er Jahren mit dem Zusammenbruch des *Hacienda*-Systems als Regulationsform in den Anden teilweise wieder durchgesetzt (Assies 2009, 303). Der Anthropologe Rene Machasqa, den ich im Historischen Museum von Cochabamba treffe, berichtete mir von seiner eigenen *Comunidad* in der Nähe von Cochabamba, in der jede*r ein Stück Boden für den Anbau von landwirtschaftlichen Produkten selbstständig nutzt und dort einen Teil für sich und einen Teil für die *Comunidad* erwirtschaftet. Der Boden darf nicht verkauft werden. Derjenige aus der Familie, der die Bewirtschaftung weiterführt und die Eltern unterstützt, übernimmt dieses Stück Boden, wird es nicht genutzt, fällt es an die Gemeinschaft zurück.

Der Großteil der Nachbarschaftsorganisationen im periurbanen Raum definieren sich, wie bereits diskutiert, nicht über diese Regulation des Bodens. Vielmehr sind diese als Zusammenschluss von Eigentümer*innen zu verstehen, deren gemeinschaftlicher Moment in der Bereitstellung von Infrastruktur besteht. So unterscheiden sich trotz des gewerkschaftlichen

Einflusses die Mehrheit der Nachbarschaftsorganisationen auch von den Agrargewerkschaften, die in der Metropolregion teilweise noch nebeneinander existieren. So bezeichnet der Begriff Agrargewerkschaft im bolivianischen Sprachgebrauch aufgrund der gemeinsamen Produktionseinheit einen rechtlich fixierten Anspruch auf die gemeinschaftliche Nutzung des Bodens und unterscheidet sich damit nicht gänzlich vom Grundprinzip des *Ayllus* hinsichtlich der gemeinschaftlichen Verwaltung des Bodens und der Verpflichtung zur Bewirtschaftung und Mitwirkung in der Gemeinschaft (Assies 2009, 303).

Insbesondere mit Blick auf den Aspekt der gemeinschaftlichen Bodennutzung ist es jedoch nachvollziehbar, dass das Modell der *Comunidad* auch für den urbanen Raum als Alternative diskutiert und von progressiver Seite befürwortet wird. So meint auch die US-amerikanische Stadtplanerin Hannah-Hunt Moeller im periurbanen Raum von Cochabamba eine Präferenz für dekommodifiziertes Gemeinschaftseigentum an Boden aufgrund kultureller Erfahrungen zu erkennen (Moeller 2022, 225). Am Beispiel der Comunidad María Auxiliadora, die bereits im vorhergehenden Kapitel beschrieben wurde, hebt sie das Modell des gemeinschaftlichen Landbesitzes als Gegenmodell zum kapitalistischen Modell des Privateigentums hervor, wenn sie schreibt: „Community members maintain active ownership of the land. Not maximized for capital profit, this land is considered an integral component to maintaining livelihood, linked to heritage-based practices“ (Moeller 2022, 236). Diese Feststellung muss angesichts empirischer Beobachtungen, die dem zu widersprechen scheinen, überprüft und damit auch die *Comunidad* als Form politischer Partizipation im städtischen Raum in Frage gestellt werden.

Das Stadtviertel María Auxiliadora liegt am südlichsten Rand der Stadtgemeinde Cercado. Auf dem Weg dorthin erzählt mir Manolo, der Sohn der Gründerin detailliert von der Überführung der *Comunidad* in eine auf Privateigentum aufbauende OTB. Nach rund zwanzig Jahren und Tausenden von Stunden gemeinschaftlicher Arbeit gibt es die Comunidad María Auxiliadora nicht mehr. Natürlich existiert das Viertel noch, viele Bewohner*innen sind geblieben und die Stimmung ist immer noch besonders. Die Häuser sind liebevoller, die Gärten gepflegter, die Aufteilung durchdachter als in anderen Stadtgebieten. Es gibt Häuser ohne hohe Mauern und mit Grünflächen, aber auch die geschlossene Bibliothek und das zugewachsene Jugendzentrum. Was es vor allem nicht mehr gibt, ist die kollektive Bodenverwaltung, mit der unter anderem das Einfrieren der Bodenpreise einherging. Nach der Aufhebung der Preisobergrenze 2017 stiegen die Preise innerhalb wenigen Jahren von drei Dollar pro Quadratmeter auf 600 Dollar an der Hauptstraße und rund 200 Dollar weiter oben am Berg. Vor allem aber fehlt die *Comunidad*. Für die Bewohner*innen von María Auxiliadora, mit denen ich gesprochen habe, ist klar, dass

sie nach der Anerkennung als OTB durch den Verlust des gemeinschaftlichen Anspruchs am Boden keine *Comunidad* mehr sind.

Der Anspruch der Comunidad María Auxiliadora war es, durch die Negierung des Privateigentums an Boden einen Wohnraum zu schaffen, der sich der Verwertungslogik entzieht. Das Recht auf Wohnen sollte der Ausgangspunkt der *Comunidad* sein. Der Begriff *Comunidad* wurde bewusst in Abgrenzung zu den bolivianischen Erfahrungen mit Kooperativen und *Juntas Vecinales* gewählt. Die Comunidad María Auxiliadora verstand die gemeinschaftliche Bodenverwaltung wie im ländlichen Raum als Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gemeinschaft und nicht als Ziel des Zusammenschlusses. (Bodart 2014, 34) Die beiden Wohnungsgenossenschaften in Cochabamba, COVISEP in der Gemeinde Quillacollo für 30 Familien und COVIVIR in Sipe Sipe für 12 Familien, haben diesen Anspruch nicht unbedingt, da sie in erster Linie der individuellen Befriedigung von Wohnbedürfnissen dienen. Bodenpolitisch gelingt es den Kooperativen aber auch, leistbaren Wohnraum bereitzustellen, indem sie dem freien Markt den Boden entziehen. Anders als in den meisten periurbanen Gebieten haben sich die Mitglieder der Genossenschaften bereits vor dem Kauf des Bodens zusammengeschlossen und unter professioneller Anleitung den geplanten Bau der Wohnanlage organisiert. Der Preis des Bodens, der nicht vom Staat zur Verfügung gestellt wurde, war das größte Hindernis für die Realisierung der Genossenschaften und ist auch ein Hindernis für die Gründung weiterer Genossenschaften. Da es keine staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten für Boden und Bau gab, vergaben internationale Organisationen zinsgünstige Kredite. (Solanas 2017, 469)

Die *Comunidad* und die Kooperativen unterscheiden sich von anderen Nachbarschaftsorganisationen durch die gemeinsame Verwaltung des Bodens. Die Comunidad María Auxiliadora ging jedoch noch einen Schritt weiter, indem sie den Boden, wie in der indigenen Tradition der *Ayllus*, als Territorium verstand, das auch soziale Bindungen und gegenseitige Verantwortung impliziert. Dahingegen wurden die Bedürfnisse der Nachbarschaft als gemeinsame verstanden, da sie sich auf dasselbe Territorium beziehen. Diese gehen über den individuellen Hausbau hinaus und drücken sich in gemeinsamer Sorgearbeit aus. (Bodart 2014, 37) Die gegenseitige Sorgearbeit war nicht zuletzt aufgrund des Anspruchs der Geschlechtergerechtigkeit ein zentraler Punkt der *Comunidad*. So gab es beispielsweise ein Unterstützungskomitee für Familien, das bei innerfamiliärer Gewalt intervenierte.

„Viele der Schutzmaßnahmen dieses Familienunterstützungskomitees ähnelten denen, die in ländlichen Gemeinden angewandt wurden. Wenn zum Beispiel ein Mann eine Frau schlägt, bis die Polizei, die Staatsanwaltschaft oder eine andere anerkannte öffentliche Behörde kommt, würde die Comunidad eingreifen und die Frau und die Kinder schützen. Sie hält den Angreifer zurück und sorgt für eine legale soziale Begleitung. Normalerweise in

den städtischen Gebieten wird dies nicht getan. Kommt es zu einem Vorfall von häuslicher Gewalt in den Familien, wenden sich die Kinder direkt an das Jugendamt. Die Behörde lehnt diese Fälle in der Regel jedoch ab. Und das ist der Grund für die hohe Rate an Femiziden.“ (Bewohner von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

Diese informelle Sorgearbeit, die außerstaatliche Mechanismen entwickelt, ist jedoch, wie in der Aussage betont wird, im städtischen Kontext unüblich. In vielen Gesprächen mit Bewohner*innen der Stadtviertel, die sich teilweise selbst als Mitglieder eines ländlichen *Ayllu* verstehen, wird betont, dass so etwas wie ein *Ayllu* in der Stadt nicht existiert und durch die Nachbarschaften nicht ersetzt wird.

„Die Leute kennen sich manchmal nicht, reden nicht miteinander oder so. *Comunidades* müssen aktiv aufgebaut werden und es muss daran gearbeitet werden, diese Verbindungen und die Zusammenarbeit zu knüpfen, um das Gefühl zu haben, Teil von etwas Gemeinsamen zu sein, und das alles ist ein Prozess“. (Mitarbeiterin der NRO ProCasha, Übers. d. Verf.)

Der Prozess des Aufbaus eines Gemeinschaftsgefühls wird umso schwieriger, je größer die Fluktuation in den Stadtvierteln und je stärker die Kommodifizierung des Bodens voranschreitet. Neben anderen kapitalistischen Zwängen wird die These vertreten, dass die Hindernisse für die *Comunidad* viel mit dem Verhältnis zum Boden zu tun haben, dessen Vorstellung als Territorium durch kommodifizierte Regulationsformen verunmöglicht wird. So sagt mir Manolo:

„Die soziale Funktion des Bodens kommt aus dem ländlichen Raum. Sie ist bereits in der Verfassung verankert.¹⁸ Im ländlichen Raum wird die Verweigerung des Eigentums angewandt. Und dies geschieht nicht nur durch den Staat über das Agrarreforminstitut, sondern vor allem durch die *Comunidades* selbst. Wenn die soziale Funktion des Bodens nicht erfüllt wird, wird der Boden der Gemeinschaft zurückgegeben. Hier in den periurbanen Gebieten befinden wir uns in der Schwebelage zwischen Stadt und Land. Einige OTBs wollten das Konzept der *Comunidad* integrieren. Doch der Unterschied zur *Comunidad* besteht in den Eigentumsrechten. In einer Nachbarschaft ist es nicht so, ich kaufe ein Grundstück und wenn ich die soziale Funktion nicht erfülle, wird es rückgängig gemacht. [...] Darin liegt der grundlegende Unterschied.“ (Bewohner von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

Für die *Comunidades* ist also die Durchsetzbarkeit der sozialen Funktion des Bodens entscheidend. Darauf baut die soziale Unterstützung auf, die in der Erklärung des Ministeriums zu Beginn dieses Kapitels gefordert wird und die die Grundlage für den Zusammenhalt der indigenen *Comunidades*, auch gegen Zwänge von außen, bildet. Die Stabilität der ländlichen *Comunidades*, die Jahrhunderte der Kolonialisierung überlebt haben, ist in der Stadt, wie bereits erwähnt, in dieser Langfristigkeit nicht zu beobachten. So bemerken Achi & Delgado, dass es in Bolivien im Städtischen keine Geschichte des Kampfes um den Boden gab, dessen Narrativ eine soziale Funktion rechtfertigt. Ganz anders ist dies im Ländlichen, wo der Erhalt der sozialen Funktion

¹⁸ In Artikel 393 der bolivianischen Verfassung von 2009 heißt es: „Der Staat erkennt, schützt und garantiert das individuelle und gemeinschaftliche oder kollektive Eigentum an Grund und Boden an, soweit es eine soziale Funktion erfüllt“ (Estado Plurinacional de Bolivia 2009, Art. 393, Übers. d. Verf.).

des Bodens auf eine lange kulturelle Tradition des sozialen Kampfes zurückgreifen kann. (Achi/Delgado 2007, 86)

Eine Antwort kann also im unterschiedlichen gesellschaftlichen Narrativ über die Funktion des Bodens gefunden werden. So kann die von Moeller beobachtete Negierung des Privateigentums in den periurbanen Gebieten Cochabambas nicht verallgemeinert werden. In der Metropolregion Cochabamba ist das einzige kollektive Eigentumsprojekt der Comunidad María Auxiliadora vor einigen Jahren gescheitert. Daneben wurden die zwei kurz erwähnten Wohnungsgenossenschaften mit internationalen Geldern finanziert, da die Stadt keinen Boden zur Verfügung stellte. Hier zeigt sich ein Widerspruch in den zitierten Aussagen des Ministeriums und der politischen Praxis.

Delgado & Achi haben 2007 eine sehr detaillierte Analyse der Entwicklung des informellen Bodenmarktes im Süden Cochabambas seit 1994 erstellt, um den Weg zu skizzieren, den einkommensschwache Bewohner*innen aufgrund fehlender Alternativen gehen müssen, um sich informell Wohnraum zu verschaffen. Eine wichtige Schlussfolgerung, zu der sie kommen, ist die sehr ungleiche Bereicherung durch den informellen Bodenmarkt. So sei es für die Bereitstellung von Wohnraum ein sehr prekärer Weg, aber für die *Loteadores* und teilweise die Stadtteilleitung ein sehr profitables Geschäft. Diese Machtstrukturen auch innerhalb der politischen Organisation würden sich durch die Abhängigkeit der Bewohner*innen von der Leitungsfunktion, die oftmals politische Beziehungen innehat, stabilisieren. „Durch den klientelistischen und korrupten Austausch von Gefälligkeiten“ (Delgado/Achi 2007, 176, Übers. d. Verf.) versuchen die Parteien, lokale Unterstützung zu gewinnen und die Leitungen zu bereichern. Aufgrund der damit verbundenen lokalen politischen Interessen, die laut Delgado & Achi eine lokale Gesetzgebung zur Regulierung des informellen Bodenmarktes unmöglich machen, forderten sie noch 2007 eine nationale Gesetzgebung zur sozialen Funktion des Bodens, wie sie im ländlichen Raum umgesetzt wird. (Delgado/Achi 2007, 177)

In den ersten Jahren der Amtszeit der MAS, die 2005 die Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit gewann, war die Regierung für viele Akteur*innen der urbanen politischen Bewegung ein hoffnungsvoller Adressat. Unter anderem schilderte mir die Geschäftsführerin der NRO Pro-Casha ihre hohen Erwartungen an die Anschlussfähigkeit des Modells der Wohnungskooperativen an die politische Linie der Regierung. So basierte der Erfolg der MAS auf einer indirekten Unterstützungsstruktur vor allem der ländlichen Kooperativen (Zuazo 2010, 125), die wiederum mit dem beginnenden Erfolg der MAS einen starken politischen Machtzuwachs erfuhren. Die MAS erkannte also das „organisatorische Kapital“ (Zuazo 2010, 125, Übers. d. Verf.) der bolivianischen Gesellschaft, von dem sie durch die bereits politisch organisierten dezentralen

Strukturen profitieren konnte. Dieser Ursprung der MAS wirkt sich bis heute auf die hohe lokale Mobilisierungsfähigkeit aus (Zuazo 2010, 127), da die Kooperativen den Entscheidungen ihrer Leitung folgen.

Im städtischen Raum hatten die Nachbarschaftsorganisationen aufgrund der bereits diskutierten Punkte nicht diese Stärke und besonders nicht die Disziplin der Mitglieder*innen. Als die MAS versuchte, die städtische Wählerschaft für sich zu gewinnen, begann sie sich von einer indirekten Struktur als Zusammenschluss verschiedener Gewerkschaften und Kooperativen zu einer Partei mit individuellen Mitglieder*innen zu entwickeln. Als Moderator dieses Prozesses der Doppelstruktur von indirekter und direkter Unterstützung kristallisierte sich Evo Morales heraus, der 2005 das Präsidentschaftsamt übernahm. Im Laufe der Zeit entwickelte sich eine zentralistische, auf ihn ausgerichtete Parteistruktur (Zuazo 2010, 126), die einherging mit einer „Zähmung der sozialen Organisationen, die auf einer Strategie der Fragmentierung und der Aneignung der politischen und organisatorischen Initiative beruht“ (Zuazo 210, 134, Übers. d. Verf.). Diese Beobachtung deckt sich mit dem Staatsverständnis der MAS-Regierung, die wie nach der Revolution von 1952, wieder einen zentralistischen Staat als Entwickler des Landes vorsah. Durch die erneute Verstaatlichung von Ressourcen, staatliche Megaprojekte und Umverteilungsinstrumenten wurde die zentralistische Position gestärkt (Tassi et al. 2013, 234). So wird auch die Wohnungspolitik als politisches Projekt von der nationalen und nicht von der kommunalen Ebene gesteuert.

Lange Zeit hatte die MAS keine städtische Strategie und sah ihre Hauptaufgabe in der „ländlichen Frage“. Diese Unterscheidung versucht sie sprachlich aufzuheben, wie in der nachgeholten Strategie von 2016. Allerdings wurde der Artikel 393 der Verfassung von 2009, der die Anerkennung von kollektivem Landbesitz nicht nur auf den ländlichen Raum beschränkt, seither weder im urbanen Bereich umgesetzt noch die Möglichkeit geschaffen, städtischen Boden außerhalb privater Eigentumstitel zu regularisieren. Aufgrund der politischen Nähe von Akteur*innen des urbanen Bodenmarktes dominiert trotz der Verankerung in der Verfassung und der politischen Sprache ein Verwertungsinteresse. Die Geschäftsführerin der NRO ProCasha, die die beiden Wohnungsgenossenschaften begleitet, sagte mir:

„Das Problem, dass Boden als Ware betrachtet wird, ist von der staatlichen Ebene abwärts weit verbreitet. [...] Wir haben es nie geschafft, den Staat [zu einer Unterstützung] zu bringen. [...] Ich denke dabei immer an Senator Efraín Chambi, der sich mit uns traf, bevor er Senator wurde. Wir wollten ihm das Modell des kollektiven Eigentums nahebringen. [...] Am Ende war es Senator Chambi, der mir sagt: ‚Aber nein, man möchte doch sein Grundstück haben‘. Der Senator war derjenige, der [das Gesetz zur] Regularisierung genehmigt hat.“ (Mitarbeiterin der NRO ProCasha, Übers. d. Verf.)

Ähnliches berichten mir die Bewohner*in der Comunidad María Auxiliadora. Sie nennen mir viele Gründe für das Scheitern des Projektes. Ein großes Streitthema war wohl die bewusst feministische Politik, die nur Frauen in Leitungsfunktionen zuließ oder auch den Verkauf von alkoholischen Getränken innerhalb des Stadtviertels als Prävention gegen häusliche Gewalt untersagte. Eine wichtige Rolle spielte daneben die gesellschaftliche Wahrnehmung des Bodens als Investition zu Vorsorgezwecken, der sich einige Bewohner*innen, besonders später zugezogene und deren Ehemänner, beraubt fühlten. Doch auch politische Machtkämpfe spielten eine Rolle:

„„Offensichtlich hat derjenige, der mehr verdienen wollte, es vorgezogen, dieses Projekt zu zerstören, um mehr zu verdienen. [...] Es gibt einen Kongressabgeordneten namens Leoncio Janco aus einer früheren Regierung oder auch der Stadtrat Jiménez. Es gab mehrere Abgeordnete auf nationaler und kommunaler Ebene, die in der Frage des Bodenmarktes einen Krieg gegen uns geführt haben. Es gab verschiedene Elemente, mit denen sie die Gemeinschaft angegriffen haben.“ (Bewohnerin von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

Die Angriffe gingen so weit, dass die Gründerin Rosemary Irusta 2012 verhaftet wurde, weil sie den Bewohner*innen unrechtmäßig ihr Eigentum vorenthalten habe, da das gesamte Grundstück noch der Gründerin als Eigentümerin gehörte, obwohl die Bewohner*innen ihren Kredit bei Irusta zurückgezahlt hatten (Sugranyes 2012). Dabei konnte eine offizielle Übertragung an die *Comunidad* aufgrund der juristischen Ablehnung nicht stattfinden. Außerdem waren sich alle Familien der Regeln der *Comunidad* bewusst, bevor sie Teil von ihr wurden. Für Manolo handelte es sich um die Zerstörung eines funktionierenden Gegenmodells zur Bodenspekulation. Dazu musste der Zusammenhalt der *Comunidad* zerstört werden, die als informeller Schutz diente und die soziale Funktion des Bodens garantierte:

„Was gebraucht wurde, um individuelles Eigentum zu haben und frei darüber verfügen zu können, war die Auflösung der Organisation. Sie war der Hüter des kollektiven Eigentums. Doch das Einsetzen männlicher Führungspersönlichkeiten, die Diskreditierung weiblicher Führungspersönlichkeiten, die Verwerfung, Delegitimierung usw. Damit wollten [die Gegner] den Hüter des kollektiven Eigentums brechen, was nach 17/18 Jahren auch geschah.“ (Bewohner von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

In den Schilderungen wird deutlich, welche bevorzugten Interessen sich in der von der MAS geführten Regierung durchsetzen konnten. Ein wichtiges Thema ist die bereits angesprochene Dominanz der rentenbasierten Akkumulation zur individuellen Bereicherung.

Gleichzeitig zeigt sich in den politischen Ausrichtungen der NROs, dass die dezentralen und kommunalen Ebenen wieder an Bedeutung gewinnen, da von der nationalen Ebene keine Schritte in Richtung Dekommodifizierung im urbanen Raum unternommen werden. Dies machte mir auch eine deutsche Fachreferentin der deutschen Entwicklungsorganisation Misereor deutlich, die die NROs, mit denen ich gesprochen habe, mitfinanziert:

„Wichtig ist, nicht nur punktuell lokal Verbesserungen zu erreichen, sondern möglichst Stellschrauben zu identifizieren, die eine weitreichendere Wirkung haben. Wir hatten als ich [in Bolivien] war, ziemlich viele Gespräche darüber, inwieweit die politische Einflussnahme auf nationaler Ebene zurzeit sinnvoll ist in Bolivien, wo dann auch die Partner gesagt haben, eigentlich wollen wir uns jetzt mehr fokussieren auf die Arbeit mit den Stadtgemeinden.“ (Mitarbeiterin von Misereor)

Die Stadtregierungen sind direkt mit den Folgen der zunehmenden Bodenspekulation konfrontiert, insbesondere mit der Ausdehnung des städtischen Raumes. So sprechen NROs von der Bereitschaft der Stadtregierungen, gemeinsam lokale Gesetzesentwürfe für integrativere Regularisierungsprojekte zu entwickeln.¹⁹ Dies ist eine spannende Wendung, die die lokale politische Partizipation wieder stärken und politisieren kann.

Solche Projekte sind nur dadurch möglich, dass es trotz aller Probleme innerhalb der Nachbarschaftsorganisationen immer wieder Widerstand von Seiten der Bewohner*innen gibt und versucht wird, aktiver in Entscheidungen mit einbezogen zu werden (Delgado/Achi 2007, 176). Da sich die Bewohner*innen vor allem in Bezug auf Informationen in einer benachteiligten Situation befinden, wird mit Unterstützung der NROs, mit denen ich sprechen konnte, versucht, eigene Workshops zur Befähigung zu organisieren, um nicht von den Beziehungen der Leitung abhängig zu sein bzw. um sich die Planung und Entscheidung von Projekten wieder stärker anzueignen.

„Sie wollen nicht, dass die Leute informiert sind. Je weniger die Leute informiert sind, desto einfacher ist es, sie zu manipulieren. Aber mit der Zeit kommt man dahin. Auch der Wechsel der Leitung kann dem helfen. Neue Gruppen, jüngere Leute, werden ermächtigt. Und sie übernehmen die Leitung. [...] Und dieser Gedanke, dass zum Beispiel in einer Nachbarschaft viele leere Grundstücke negativ sind. Sie sind Risikogebiete, ich weiß nicht, für Gewalt und all das. Und wenn die Menschen sich ermächtigen und anfangen, Bedingungen zu stellen: ‚Entweder ihr baut und wohnt dort, oder wir nehmen es uns und machen dort etwas‘. Das ist die Idee der sozialen Kontrolle, denn abgesehen davon, dass es sehr offensichtlich ist, bemühen sich die Menschen, sie bekommen Möglichkeiten, ihre Nachbarschaft zu verbessern, bessere Straßen, öffentliche Räume. Und das erhöht die Kosten für das kleine Stück Land, das abgeschottet ist, ohne dass die Menschen, denen es gehört, sich an diesen Prozessen beteiligen oder sich anstrengen. Und dann verlangen sie es von ihnen, richtig? Und es gibt viele Diskussionen in den Vierteln über den Unterschied zwischen dem Zeitpunkt, zu dem man es gekauft hat, und dem, was es kostet. Heute, dank der Investitionen, muss man dafür bezahlen, dass wir in unsere Viertel investieren. Es gibt also all diese Diskussionen von unten. Die soziale Dimension.“ (Mitarbeiterin der NRO ProCasha, Übers. d. Verf.)

Dieses Interesse der Bewohner*innen erleichtert letztendlich auch die Arbeit der Stadtteilleitungen, die unbezahlt eine hohe Verantwortung tragen und garantiert gleichzeitig eine Kontrolle

¹⁹ Vor dem Hintergrund der Ergebnisse aus Kapitel 4.2.1 zur mangelnden Autorität der Stadtverwaltung gegenüber dem informellen Bodenmarkt erscheinen diese Erwartungen teilweise widersprüchlich. Sie beruhen jedoch auf dem Versuch, Gesetze zu entwerfen, die den Interessen der Bewohner*innen entsprechen, teilweise sogar von ihnen mitgestaltet und somit von ihnen kontrolliert werden.

ihrer Arbeit. Auch Deledicque & Contartese sind trotz ähnlicher Beobachtung der Depolitisierung der Organisation optimistisch: „Die *Juntas Vecinales* haben eine lange Geschichte in Bolivien und seit dem Gesetz der *Participación Popular* gibt es Versuche, sie zu institutionalisieren. Wir sagen, dass es Versuche gab, sie zu institutionalisieren, weil, obwohl dieses Gesetz ihnen auf der einen Seite Anerkennung gibt, wenn es darum geht, Entscheidungen über einen Teil der Ressourcen zu treffen, die den Gemeinden zur Verfügung stehen, um Arbeiten durchzuführen, sie auf der anderen Seite, auf dem Höhepunkt des Kampfes, zu autonomen Organisationen werden“ (Deledicque/Contartese 2010, 142, Übers. d. Verf.). Dieses Potenzial wird der Analyse zufolge durch die Kommodifizierung des Bodens in Cochabamba, die zunehmende Fragmentierung der Interessen und die fehlende Verbundenheit der Organisation erschwert, kann aber evtl. wieder aufleben, sobald die Organisation ein gemeinsames Ziel definieren kann, z.B. wie im Jahr 2000, als die Infrastruktur der Nachbarschaftsorganisationen durch die drohende Enteignung ihrer Wasserversorgung angegriffen wurde. Auf der Rückfahrt von María Auxiliadora stellt Manolo jedoch folgende Frage in den Raum, die die Schwierigkeit von Alternativen verdeutlicht, die weder im Markt noch im Staat zu finden seien:

„Wenn die Arbeiter*innen dem staatlichen Rentensystem nicht trauen, werden sie sich nach Alternativen umschauen. Aber wo sollen sie suchen? [...] Sie befinden sich inmitten zahlreicher Gewerkschaften, Vereinigungen von Transportarbeitern, Händlern,... die angeborene Natur des Menschen, eine Art politischer Macht auszuüben, ist vorhanden. Wie üben sie nun diese Macht aus? In diesen beiden Dichotomien eines staatsorientierten Modells oder eines Modells der freien Marktwirtschaft?“ (Bewohner von María Auxiliadora, Übers. d. Verf.)

So getrennt, wie die MAS-Regierung ihr Wirtschaftsmodell begründet, sind die beiden Modelle in Bolivien nicht, wie deutlich wurde. Vielmehr dient der kapitalistische Staat auch in Bolivien der Sicherung des Eigentums und verschärft die Auswirkungen einer marktförmigen Regulation des städtischen Bodens in Cochabamba, indem er sich an der Rentenabschöpfung beteiligt und dekommodifizierende bodenpolitische Instrumente, die dem freien Markt und seiner Vertiefung der Ungleichheit entgegenwirken, nicht unterstützt. Gleichzeitig fragmentiert das Narrativ des freien Marktes die dezentrale politische Organisation in den Städten, die aufgrund der historischen Erfahrungen auf dem Land in Bolivien lange als Gegengewicht zum Staat wahrgenommen wurde, aber nicht die soziale Stärke der *Comunidades* aufweisen kann, da sie nicht auf eine dekommodifizierte Bodenregulation zurückgreifen kann. Damit fehlt der Organisation wiederum die Autorität, langfristig die Kommodifizierung des Bodens zu begrenzen und dadurch auch ihre Gemeinschaft zu sichern.



Abbildung 7: Die Besetzung von Boden zu spekulativen Zwecken am Rand der Metropolregion
(Quelle: Agnes Sieben)

5 Schlussfolgerungen für das Bodenregime

Das Bodenregime in den periurbanen Gebieten der Metropolregion Cochabamba wurde in der Masterarbeit primär anhand von Begegnungen und Interviews vor Ort untersucht. Die gewählte regulationstheoretische Perspektive in dieser Arbeit versteht die Kommodifizierung, d.h. die Warenförmigkeit des Bodens im Kapitalismus, aufgrund seiner natürlichen Restriktion als widersprüchlich. Nicht nur der Zugang zu Boden, sondern auch das daraus resultierende Einkommen in Form von Bodenrenten ist daher von Ungleichheit geprägt und gesellschaftlich umkämpft. Die Kommodifizierung des Bodens bedarf deshalb der gesellschaftlichen Rechtfertigung und Durchsetzung durch Regulationen, die sich in Abhängigkeit von lokalen sozialen Kämpfen, gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, historischen Zwängen und Institutionen herausbilden und deren temporäre Stabilität im Bodenregime zum Ausdruck kommt.

Das Konzept der peripheren Urbanisierung nach Caldeira diene der Masterarbeit als Grundlage, um das Bodenregime in den periurbanen Gebieten Cochabambas innerhalb der etablierten lokalen Form der Stadtentwicklung kritisch zu verstehen. Es beschreibt eine eigene Moderation und Interaktion mit der Regulation des Bodens, die im Hinblick auf die eigene Handlungsmacht

der Bewohner*innen und ein Verständnis der daraus resultierenden zeitlichen Veränderungen, der Verflechtung von formellen und informellen, populären Logiken und der Entstehung dezentraler politischer Strukturen untersucht wurde. Dabei wurden konkrete Gründe herausgearbeitet, die zu einer kommodifizierten, aber dennoch lokal spezifischen Form der Bodenregulation und ihrer Durchsetzung führten und führen. Diese Entwicklung innerhalb der peripheren Urbanisierung wurde als Konkurrenz zur selbstorganisierten Schaffung von leistbarem Wohnraum identifiziert.

Die darauf aufbauende Analyse hat deutlich gemacht, dass die periphere Urbanisierung in Cochabamba eng mit dem informellen Bodenmarkt verbunden ist. Der informelle Bodenmarkt dient als Zugangsmöglichkeit zu Wohnraum für informell Beschäftigte und konnte sich durch die Toleranz von staatlicher Seite in seiner Funktion als soziales Ventil für die rasante Nachfrage nach Wohnraum durch Migrant*innen vom Land in der Metropolregion etablieren. Die Erfahrung von eigener Handlungsmacht und die Vertrautheit mit dezentraler politischer Partizipation ermöglicht es einkommensschwachen Bewohner*innen über den informellen Bodenmarkt verhältnismäßig günstiges Ackerland zu erwerben, um es durch *Autokonstruktion* bewohnbar zu machen und an die Stadt anzubinden. Die fehlende Verantwortung staatlicher Strukturen für die Bereitstellung von Wohnraum und Infrastruktur in den neuen Stadtvierteln zwingt die Bewohner*innen der periurbanen Gebiete dazu, eigene Institutionen zu etablieren, um die Entwicklung ihrer Stadtviertel zu gewährleisten. Auch wenn dies als Folge sozialer Ungleichheit verstanden werden muss, kann dieser Prozess in den ersten Jahren der Urbanisierung als eine funktional organisierte Bereitstellung von Wohnraum verstanden werden. Die Institutionen der peripheren Urbanisierung wirkten damit vorübergehend stabilisierend auf die marktförmige Verteilung über den informellen Bodenmarkt.

Von der Kommodifizierung profitieren vor allem die *Loteadores*, die als Bodenverkäufer*innen ihre ökonomische und politische Macht ausnutzen, um sich billig Boden anzueignen und es illegal zu verkaufen. Die Vulnerabilität der Bewohner*innen gegenüber offiziellen Institutionen zwingt sie in eine Abhängigkeit von den *Loteadores*. Gleichzeitig profitieren die *Loteadores* von der Organisationsstärke der Bewohner*innen, die die informelle Kaufvereinbarung absichert und durch die Konsolidierung der Stadtviertel den Anstieg der Bodenrenten bewirkt. Doch in den letzten Jahren hat sich die Investition in periurbanen Boden über den eigenen Wohnort hinaus auch innerhalb der eigenen Bewohner*innen als Krisenvorsorge etabliert. Die Kommodifizierung des Bodens durch den Verkauf über den informellen Bodenmarkt, der aufgrund des Fehlens staatlicher bodenpolitischer Instrumente freien Zugang zu den Stadtrandgebieten hat, treibt die Spekulation mit periurbanem Boden voran und entkoppelt den Boden von seiner

Wohnfunktion. Hier spielt der (zeitgenössische) Zwang des Kapitals, neue Märkte zu schaffen, um sich trotz der Krise anderer Märkte zu reproduzieren, eine wichtige Rolle.

Damit wird letztlich die notwendige moralische Rechtfertigung des informellen Bodenmarktes, Wohnraum für die Ärmsten zu schaffen, entkräftet. Es muss also von anderen Gründen ausgegangen werden, die die marktförmige Regulationsform gesellschaftlich rechtfertigen und die Verallgemeinerung der sozialen Funktion des urbanen Bodens verhindern, so wie sie in der indigenen Tradition des kollektiven Bodenbesitzes durch ländliche *Comunidades* verteidigt wird. Die westliche Assoziation mit informellen (indigenen) Basisorganisationen setzt hohe Erwartungen in die dekommodifizierte Bereitstellung von Boden in Bolivien. Die Analyse konnte jedoch zeigen, dass die Regulation des städtischen Bodens in Cochabamba nicht an die sozialen Kämpfe um die Verallgemeinerung des Zugangs zu Boden anknüpfen kann, wie dies auf dem Land geschieht. Stattdessen finden sich Anknüpfungspunkte der Kommodifizierung des peri-urbanen Bodens an die andine Strategie der multilokalen Produktionsweise. Die Investition in urbanen Boden kann dagegen als ökonomische Strategie im Rahmen der Diversifizierung der Produktionsweise und als informelle Absicherung gegen soziale und ökonomische Risiken verstanden werden. Ökonomische Erwartungen an den Boden wirken somit potenziell stabilisierend auf die Kommodifizierung urbanen Bodens. Die ökonomische und soziale Verantwortung gegenüber der eigenen Familie und *Ayllus* überwiegt dabei gegenüber der Verantwortung für das städtische Kollektiv.

Die Folgen von Spekulation, wie Leerstand und Verdrängung wirken sich negativ auf den Zusammenhalt innerhalb der politischen Organisation in den Stadtvierteln aus, die für die Bereitstellung von Infrastruktur und damit für die Wohnqualität unabdingbar ist. Durch die Fokussierung auf die Bereitstellung von Infrastruktur ist auch der Bedarf an informellen Institutionen zeitlich begrenzt, so dass die Organisationsstärke mit zunehmender Konsolidierung abnimmt. Vielmehr kann der Organisationszwang innerhalb der Nachbarschaften auf der Basis individueller Landtitel nur bis zur Anerkennung als staatlich anerkannte institutionelle Form der OTB aufrechterhalten werden. Ab diesem Zeitpunkt geht die Funktion der informellen Eigentumssicherung und damit auch die Möglichkeit zur Umsetzung progressiver bodenpolitischer Instrumente verloren. Versuche, wie sie am Beispiel der Comunidad María Auxiliadora unternommen wurden, die Gemeinschaft langfristig durch Gemeinschaftseigentum an Boden abzusichern, werden durch die politisch intervenierenden Vorgaben für die Anerkennung als OTB, die an die finanzielle Unterstützung durch den Staat gebunden ist, erschwert.

Die rentenbasierte Kapitalakkumulation über städtischen Boden wird durch das Festhalten an der Tradition europäischer Planungs- und Ordnungsinstrumente, welche koloniale Trennlinien

aufrechterhalten, verschärft. Die europäische Stadtplanung als Instrument der Bodenpolitik ist nicht in der Lage, planerisch in die Logiken peripherer Urbanisierung einzugreifen. Stattdessen findet eine nachträgliche Anpassung der Stadtplanung an die Expansion des Stadtgebietes durch die Stadtverwaltung statt. Dieser Prozess ist hochgradig korruptionsanfällig, da er die Bodenrenten stark positiv beeinflusst. Für eine wirklich sozial nachhaltige Integration der periurbanen Gebiete in das Stadtgebiet fehlt die anschließende ausreichende infrastrukturelle Versorgung durch die Kommunen. Diese kann auch nicht durch die Regularisierungspolitik der MAS-Regierung gewährleistet werden, die durch die Anerkennung von Privateigentum eine Versorgungsfunktion auf die privaten Haushalte überträgt und die Spekulation auf Umwidmung von Boden und damit den Anstieg der Bodenrenten anheizt.

Diese Spekulation auf steigende Bodenrenten steht in der Tradition des rentenbasierten Akkumulationsregimes Boliviens, das sich mit der peripheren Weltmarktposition verfestigte. Die Arbeit konnte zeigen, dass auch die MAS-Regierung diese ökonomische Abhängigkeit vom Ressourcenexport nicht durchbrechen kann, sondern mit einer klientelistischen Politik die Stabilität der Regierung von Renteneinnahmen abhängig gemacht hat. Die Reproduktion des Kapitals über den periurbanen Boden kann in dieses Akkumulationsregime eingeordnet werden. Gleichzeitig ist unter der MAS-Regierung eine zunehmende Beteiligung des populären Sektors an der Spekulation mit periurbanem Boden zu beobachten. Dieser war historisch vom Reichtum der rentenbasierten Akkumulation ausgeschlossen. Diese Ungleichheit wurde auch auf dem informellen Bodenmarkt durch die Bereicherung der *Loteadores* diskutiert und an der Durchsetzung der Interessen des Marktes in Regierungsentscheidungen deutlich. Dennoch hat sich eine populäre Partizipation durchgesetzt, die mit den alten Machtverhältnissen nicht nur der Stadt, sondern auch der Rentenabschöpfung bricht.

Das Einkommen durch Bodenrenten verschärft damit jedoch auch die ungleiche Einkommensverteilung innerhalb des populären Sektors. Durch die ökonomische Strategie der Spekulation mit Boden durch die Bewohner*innen etablieren sich die Interessen des Marktes klassenübergreifend. Dadurch hat die Spekulation mit Boden nicht nur die Folge gesamtstädtischer Segregation, sondern schwächt auch intern die Institutionen peripherer Urbanisierung. So sind Interessenskonflikte innerhalb von Stadtvierteln zwischen Bewohner*innen und Eigentümer*innen von Leerstand zu beobachten, was die infrastrukturelle Versorgung, die Gewährleistung von Sicherheit und Unterstützung oder auch die Durchsetzung progressiver bodenpolitischer Instrumente erschwert.

Die gesellschaftliche Verankerung der Kapitalakkumulation über den Boden in Cochabamba stabilisiert ein Bodenregime, in dem die soziale Funktion des städtischen Bodens als Wohnraum

für alle verloren geht. Dieses Ergebnis widerspricht dem ursprünglichen Anspruch der Masterarbeit, eine hoffnungsvolle Arbeit voller Beispiele für dekommodifizierte Formen der Bodenbereitstellung zu sein. Als sich herausstellte, dass dies nicht der Realität in Cochabamba entsprach, sollte zumindest zwischen klaren Feinden und Verbündeten der Dekommodifizierung unterschieden werden. Beides ist nicht gelungen. Stattdessen wird die Komplexität des Systems deutlich, das den sozialen Konflikt um Boden bei marktförmiger Verteilung temporär stabilisiert und dekommodifizierte Formen der Bodenbereitstellung innerhalb des Regimes unmöglich erscheinen lässt. Umso wichtiger erscheint es, statt von Österreich aus nostalgisch in den Globalen Süden zu blicken, weltweit progressive Kämpfe zu unterstützen und ihre Vernetzung wissenschaftlich und praktisch voranzutreiben. Internationale Kämpfe können dazu beitragen, Rückbezüge für lokale Kämpfe und bodenpolitische Instrumente zu schaffen, um die soziale Funktion des urbanen Bodens in der Stadtgesellschaft durchzusetzen und das gegenwärtige Bodenregime in Frage zu stellen. Gleichzeitig ist ein differenziertes Verständnis spezifischer Bodenregime notwendig, um lokal unterschiedliche Antworten auf die durch die Kommodifizierung des Bodens vorangetriebenen weltweiten Wohnungskrisen zu entwickeln.

Literatur

- Abramo, Pedro (2008): "El mercado del suelo informal en favelas y la movilidad residencial de los pobres en las grandes metrópolis. Un objeto de estudio para América Latina." *Territorios* (18-19), 55–73.
- Abramo, Pedro (2011) *La producción de las ciudades latinoamericanas. Mercado inmobiliario y estructura urbana*, Quito: Olacchi.
- Abramo, Pedro (2012): "La ciudad com-fusa. Mercado y producción de la estructura urbana en las grandes metrópolis latinoamericanas." *EURE* 38 (114), 35–69.
- Achi Chritèle, Amonah/Delgado, Marcelo (2007): *A la conquista de un lote. Estrategias populares de acceso a la tierra urbana*. La Paz: CESU/Fundación PIEB.
- Arévalo, Marta/Bazoberry, Guillermo (2012): "¿Suelo o territorio?" In: *Derecho al Suelo y la Ciudad en América Latina. La realidad y los caminos posibles*, San José: Ediciones Trilce, 113-128.
- Assadourian, Carlos Sempat (1992): "The Colonial Economy: The Transfer of the European System of Production to New Spain and Peru." *Journal of Latin American Studies* 24, 55-68.
- Assadourian, Carlos Sempat (2005): "Agriculture and Land Tenure." In: Victor Bulmer-Thomas, Victor, John H. Coatsworth, John H. und Roberto Cortés Conde (Hg.): *The Cambridge economic history of Latin America. Volume 1, The colonial era and the short nineteenth century*, Cambridge: University Press, 275-314.
- Assies, Willem J. (2009): "Land tenure in Bolivia: From colonial times to post-neoliberalism." In: Janine M. Ubink, André J. Hoekema und Willem J. Assies (Hg.): *Legalising Land Rights. Local Practices, States Responses and Tenure Security in Africa, Asia and Latin America*, Leiden: Leiden University Press, 293-324.
- Banco Mundial (2015): *Latinoamérica. Indígena en el Siglo XXI*. Washington, D.C.: Banco Mundial.
- Bautista, Rafael (2007). *A la marcha por las Autonomías Indígenas. Discurso por la tierra y el territorio*. <https://rebellion.org/discurso-por-la-tierra-y-el-territorio/>, Zugriff am 17.07.2024.
- Becker, Joachim (2024): „Regulationstheorie. Ursprünge, Entwicklungstendenzen und internationale Debatte.“ In: Etienne Schneider und Felix Syrovatka (Hg.): *Politische Ökonomie der 'Zeitenwende'. Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster. Westfälisches Dampfboot, 47-82.
- Becker, Joachim/Raza, Werner (2000): „Theory of Regulation and Political Ecology. An Inevitable Divorce?“ *Économie et sociétés, Série "Théorie de la régulation"* (11), 55-70.
- Bertaud, Alain (2018): *Order without Design. How Markets Shape Cities*. Cambridge: MIT Press.

- Bizberg, Ilán (2019): *Diversity of Capitalisms in Latin America*, Cham: Palgrave Macmillan.
- Blanc, Francesca/Cabrera, Juan E./Cotella, Giancarlo/García, Anderson/Sandoval, Juan Carlos (2022): “Does planning keep its promises? Latin American spatial governance and planning as an ex-post regularisation activity.” *Planning Practice & Research* 37 (6), 699–720.
- Bodart, Patrick (2014): *Buscar un lugar... y construir una comunidad. Comunidad María Auxiliadora. Cochabamba. Brüssel: Periferia.*
- Buch-Hansen, Hubert/Nielsen, Peter (2020): *Critical Realism. Basics and beyond*. London: Red Globe Press.
- Cabrera, Juan E./De La Fuente, Manuel (2016): *La expansión urbana y la pérdida de tierras agrícolas en el valle central de Cochabamba y Sacaba*. Fundación Tierra.
- Cabrera, Juan E./Teller, Jacques (2013). “Agua, Poder y Territorio. Estrategias locales de gestión urbana.” *Revista Iberoamericana de Urbanismo*, 65-90.
- Cabrera, Juan E./Torrico, Escarley/Delgado, Marcelo (2017): “Kanata. De la aldea a la región metropolitana.” *Umbrales* (32), 313–349.
- Cabrera, Juan E./Quintanilla, Claudia; Cabrera, Limbert (2022): *El mercado informal de suelo en Bolivia: Prácticas y estrategias alrededor de la gestión de la tierra en áreas periféricas de Cochabamba*. Lincoln Institute of Land Policy.
- Caldeira, Teresa (2022): “Peripheral Urbanization: Autoconstruction, Transversal Logics, and Politics in Cities of the Global South.” In: Nadine Reis und Michael Lukas (Hg.): *Beyond the megacity. New dimensions of peripheral urbanization in Latin America*. Toronto: University of Toronto Press, 57–82.
- Chacón, Cecilia (2023): “La propiedad urbana y la función social del suelo en Bolivia.” In: Juan E. Cabrera (Hg.): *Lo urbano y la urbanización en Bolivia: Problemáticas y desafíos*, La Paz: IBU, 75-94.
- Cielo, Cristina (2019): “Vivencias precarias y desigualdades urbanas en Bolivia y las Filipinas.” *Arts of the Working Class No.5: Worlds of Homelessness*. Los Angeles: Goethe Institut.
- Cielo, Cristina/Vásquez, Francisco (2011): “Introducción. La Multilocalidad urbano rural en Bolivia”. In: Nelson Antequera Durán und Cristina Cielo (Hg.): *Ciudad sin fronteras. Multilocalidad urbano rural en Bolivia*. La Paz: PIEB, 11-20.
- Claros, Lucero (2024): *Conflicto municipal por obras y contra el pasaje acaba en gasificación y bloqueos*, <https://www.lostiempos.com/actualidad/cochabamba/20240305/conflicto-municipal-obras-contr-pasaje-acaba-gasificacion-bloqueos>, Zugriff am 26.07.2024.
- Clavijo, Harry (2019): “El control social en la legislación boliviana.” *Revista Boliviana de Derecho No. 29*, 470-487.
- Cotari, Cristina (2024): *Policía impide bloqueo de la av. Petrolera; los vecinos cierran sólo una parte de la vía*, <https://www.lostiempos.com/actualidad/cochabamba/20240605/policia-impide-bloqueo-av-petrolera-vecinos-cierran-solo-parte>, Zugriff am 26.07.2024.

- CPHB (2020): Experiencias sobre la problemática de la propiedad urbana y regularización del Derecho Propietario. Ley 247 de Regularización de derecho propietario sobre bienes inmuebles urbanos destinados a vivienda. Cochabamba: RENASEH.
- Deledicque, Melina/Contartese, Daniel (2010): “Movimientos sociales en Bolivia. Las Juntas Vecinales de El Alto entre la institucionalidad y la rebelión.” *Laboratorio* 23, 134-148.
- Delgadillo, Víctor (2013): “América Latina urbana: La construcción de un Pensamiento teórico propio. Entrevista con Emilio Pradilla Cobos.” *Andamios* 10 (22), 185-201.
- Díaz, Mariela Paula (2015): “Hábitat popular y mercado laboral. El desarrollo urbano desigual de la ciudad de El Alto (Bolivia).” *Revista Invi* 85 (30), 111-146.
- Dolph, Charles (2011): “De la contradicción al *continuum* urbano rural. La urbanización, el legado colonial y la cultura de la democracia.” In: Nelson Antequera Durán und Cristina Cielo (Hg.): *Ciudad sin fronteras. Multilocalidad urbano rural en Bolivia*. La Paz: RITU, 93-108.
- Estado Plurinacional de Bolivia (2009): Constitución Política del Estado, La Paz.
- Fernandes, Edésio (2011): Regularización de asentamientos informales en América Latina. Cambridge: Lincoln Institute of Land Policy.
- Gobierno Autónomo Departamental de Cochabamba (2021): Plan Territorial de Desarrollo Integral para Vivir Bien del Departamento de Cochabamba. 2021-2025.
- Goldstein, Daniel M. (2016): Owners of the sidewalk. Security and survival in the informal city. Durham: Duke University Press.
- Görg, Christoph (2000): “Krise und Institutionen.” In: Joseph Esser, Christoph Görg und Joachim Hirsch (Hg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg: VSA-Verlag.
- Haila, Anne (2016): Urban land rent. Singapore as a property state. Southern Gate Chichester West Sussex UK: Wiley Blackwell.
- Haraway, Donna (2008 [1988]): „Situated Knowledge. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective.“ In: Allison Jaggar (Hg.): *Just Methods. An Interdisciplinary Feminist Reader*, London: Paradigm Publishers, 346–352.
- Hartmann, Jürgen (2017): Die politischen Systeme Lateinamerikas. Ein Überblick, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Harvey, David (2001): Spaces of Capital. Towards a Critical Geography. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Harvey, David (2009 [1973]): Social Justice and the City. Athens: University of Georgia Press.
- Harvey, David (2014): Seventeen Contradictions and the End of Capitalism. London: Profile Books.
- Heinrich, Michael (2005): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie, Hamburg: VSA-Verlag.

- Huffschmid, Anne/Wildner, Kathrin (2013): „Das Urbane als Forschungsfeld: Öffentlichkeit, Territorien, Imaginarios.“ In: Anne Huffschmid und Kathrin Wildner (Hg.): *Stadtforschung aus Lateinamerika: Neue urbane Szenarien: Öffentlichkeit – Territorialität – Imaginarios*. Bielefeld: transcript Verlag: 9-28.
- Ibáñez, Erika (2023): *TCP anula cuatro sentencias contra Manfred y ordena juicio de responsabilidades*, <https://www.la-razon.com/nacional/2023/06/20/tribunal-constitucional-anula-cuatro-sentencias-contramanfred-y-ordena-que-sea-procesado-en-juicio-de-responsabilidades/>, Zugriff am 23.07.2024.
- Jäger, Joahnnnes (2003): “Urban Land Rent Theory: A Regulationist Perspective.” *International Journal of Urban and Regional Research* 27 (2), 233–249.
- Jäger, Johannes (2020): “Land Rent Theory.” In: A. Kobayashi (Hg.): *International Encyclopedia of Human Geography*: Elsevier, S. 93–98.
- Jäger, Johannes (2022): *Akkumulation, Regulation und Wohnungspolitik*. Wien, Working Paper Series by the University of Applied Sciences BFI, Nr. 112/2022.
- Jäger, Johannes/Horn, Laura/Becker, Joachim (2016): “Critical International Political Economy and Method”. In: Alan Cafruny, Leila Simona Talani und Gonzalo Pozo Martin (Hg.): *The palgrave handbook of Critical international political economy*. London: Palgrave Macmillian, 101–118.
- Jaramillo, Samuel (2011): “Los fundamentos económicos de la participación en plusvalías”, In: Samuel Jaramillo, Víctor M. Moncayo C. und Oscar A. Alfonso R. (Hg.): *Plusvalías Urbanas. Fundamentos económicos y jurídicos*, Bogotá: Universidad Externado de Colombia.
- Jorgensen, Kaylen (2011). “El ‘archipiélago vertical’ andino. El control vertical de pisos ecológicos y dinámicas contemporáneas de migración.” In: Nelson Antequera Durán und Cristina Cielo (Hg.): *Ciudad sin fronteras. Multilocalidad urbano rural en Bolivia*. La Paz: PIEB, 71-92.
- Kelly, Susan (2005): *Das Transversale und das Unsichtbare: wie macht man wirklich ein Kunstwerk, das kein Kunstwerk ist?* <https://transversal.at/transversal/0303/kelly/de>, Zugriff am 25.07.2024.
- Komlosy, Andrea (2019): „Die Entstehung der ‚Dritten Welt‘. Geschichte der globalen Ungleichheit.“ In: Karin Fischer und Margarete Grandner (Hg.): *Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch*. Wien: mandelbaum verlag, 57- 81.
- Larson, Brooke (1995): *Cochabamba, 1550-1900. Colonialism and Agrarian Transformation in Bolivia*, London: Duke University Press.
- Lipietz, Alain (1985): „Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der ‚Regulation‘“, in: *Prokla* 15 (1), 109–137.
- Marx, Karl (2018 [1852]): *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, Ingelheim: Kelterhaus Verlag.

- Méndez, Lucas/Cabrera, E. Juan/Gantier, Randy/Gamarra, Stefanie (2024): “Paratransito y accesibilidad: más allá de la movilidad urbana en el área metropolitana de Cochabamba.” *Revista ENSAYO* (4): 133-151.
- Merrifield, Andy (2014): *The new urban question*, London: Pluto Press.
- Ministerio de la Presidencia (2020): *Atlas de Áreas Urbanas de Homologadas de Municipios en Bolivia*, La Paz.
- Ministerio de Obras Públicas, Servicios y Vivienda (2016): *Construyendo Comunidades Urbanas para Vivir bien en el Siglo XXI. Informe del Estado Plurinacional de Bolivia para Hábitat III*. La Paz.
- Ministerio de Trabajo, Empleo y Previsión Social (2021): *Guía básica de organizaciones sindicales*, La Paz: Libro No. 74 de la Biblioteca Laboral.
- Moeller, Hannah-Hunt (2022): “Hybrid Livelihoods: Resistant Adaption in Peri-urban Bolivia.” In: Nadine Reis und Michael Lukas (Hg.): *Beyond the megacity. New dimensions of peripheral urbanization in Latin America*. Toronto: University of Toronto Press, 225–238.
- Molina, Fernando (2022): *Bolivia, el país con menos inflación del mundo*, <https://nuso.org/articulo/Bolivia-Arce-inflacion/>, Zugriff am 06.08.2024.
- Pérez, Marcelo/Cabrera, Juan E./Mamani, Richard (2018): *Dinámica inmobiliaria y regularización urbana en Cochabamba*, Sociedad de Estudios Urbanos y Regionales.
- Polanyi, Karl (2015 [1978]): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Quillaguamán, Katrin (2020): *Bolivia. Vulnerabilidad habitacional de los hogares ante la Crisis sanitaria Covid-19*. La Paz: RENASEH.
- Razavi, Nasya Sara (2022): *Water Governance in Bolivia*, London: Routledge.
- Reis, Nadine/Lukas, Michael (Hg.) (2022): *Beyond the megacity. New dimensions of peripheral urbanization in Latin America*. Toronto: University of Toronto.
- Rolnik, Raquel (2023): “Housing Crisis in the age of finance.” *future.lab Magazin* (18), 3-4.
- Ruggeri, Andrés/Vieta, Marcelo (2023): *Milei mobilisiert den Unmut einer neuen informellen Arbeiterschaft*, <https://www.jacobin.de/artikel/javier-milei-argentinien-arbeiterklasse>, Zugriff am 18.07.2024.
- Schaller, Sven (2009): *Das Drama auf dem Lande. Warum die Agrarreform das Armutsproblem bisher nicht löste*, <https://quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/das-drama-auf-dem-lande-warum-die-agrarreform-das-armutsproblem-bisher-nicht-loeste>, Zugriff am 19.07.2024.
- Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (Hg.) (2024): *Politische Ökonomie der ‘Zeitenwende’. Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster. Westfälisches Dampfboot.
- Slabowski, Thomas (2013): “Regulationstheorie”, in: Joscha Wullweber, Antonia Graf und Maria Behrens (Hg.): *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 85-99.

- Solanas Domínguez, Marta (2017): “FUCVAM. Cooperativismo de vivienda, de los barrios en Montevideo a una alternativa contrahegemónica en otros Sures.” *A Journal for and about Social Movements* 9 (1), 448-476.
- Sonntag, Heinz Rudolf (1973): „Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus.“ In: Hans Magnus Enzensberger (Hg.): *Kursbuch 31. Staatsgewalt und Reformismus*, Berlin: Kursbuchverlag Wagenbach, 157-183.
- Speckmann, Guido (2024): „Wir wollen an der sprachlichen Säule des Kapitalismus rütteln.“ *Analyse & Kritik*, Nr. 705 (18), 25.
- Sugranyes, Ana (2012): *Pronunciamiento de HIC por la detención de Rosemary Irusta, líder de la Comunidad María Auxiliadora en Cochabamba, Estado Plurinacional de Bolivia*, <https://www.hic-net.org/es/pronunciamiento-de-hic-por-la-detencion-de-rosemary-irustalider-de-la-comunidad-maria-auxiliadoraen-cochabamba-estado-plurinacional-de-bolivia/>, Zugriff am 13.08.2024.
- Tassi, Nico/Medeiros, Carmen/Rodríguez-Carmona, Antonio/Ferruino, Giovana (2013): *Hacer plata sin plata. El desborde de los comerciantes populares en Bolivia*. La Paz Bolivia: PIEB.
- Torrico, Escarley (2008): “Cambios en la forma de participación de los sectores populares en Bolivia, antes y después de la aplicación del modelo neoliberal.” *VillaLibre. Cuadernos de estudios sociales urbanos* (2), 49-66.
- Torrico, Escarley (2017): *Emergencia urbana. Urbanización y libre mercado en Bolivia*. Primera edición. Cochabamba Bolivia: CEDIB Centro de Documentación e Información Bolivia.
- Torrico, María Eugenia/Walnycki, Anna (2015): “¿Las Chompas en el poder? El mito de la participación en los barrios pobres de Cochabamba, Bolivia.” *Medio Ambiente y Urbanización* 82, 81-116.
- Traeder, Viola (2024): *Censo de 2024, un polvorín político y social para Bolivia*, <https://www.dw.com/es/censo-de-2024-un-polvor%C3%ADn-pol%C3%ADtico-y-social-para-bolivia/a-68637551>, Zugriff am 18.07.2024.
- Urquieta, Patricia (2016): “Avances y desafíos de la investigación y la formación en temas urbanos en Bolivia.” In: Pascal Metzger, Julien Rebotier, Jérémy Robert, Patricia Urquieta und Pablo Vega Centeno (Hg.): *La cuestión urbana en la región andina. Miradas sobre la investigación y la formación*. Quito: Pontificia Universidad de Ecuador, 21–76.
- Valadez, Celina/De Fátima Jahn, Elisiane/Carazo Vargas, Eva/Elva Zúñiga, Rosa (2018): “La Economía Solidaria: Construyendo sociedades de Buen Vivir.” *América Latina en movimiento* (533), 21-23.
- Vásquez, Katuska (2016): *Regulan personerías para nuevas juntas vecinales*, <https://www.los-tiempos.com/actualidad/local/20160530/regulan-personerias-nuevas-juntas-vecinales>, Zugriff am 26.07.2024.

- Vassas Toral, Anaïs (2016): *Partir y cultivar. Auge de la quinua, movilidad y recomposiciones rurales en Bolivia*. La Paz: IRD Éditions.
- Wemheuer, Felix (2016): „Einleitung. Marxismus und der globale Süden“. In: Felix Wemheuer (Hg.): *Marx und der Globale Süden*, Köln: PapyRossa Verlag, 7–31.
- Wigger, Angela/Horn, Laura (2016): „Taking Critical ontology seriously. Implications for political science methodology.“ In: Jaap Woldendorp und Hans Keman (Hg.): *Handbook of research methods and applications in political science*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited, 38–53.
- Zuazo, Moira (2010): “¿Los movimientos sociales en el poder? El gobierno del MAS en Bolivia.” *Nueva Sociedad* 227, 120-135.
- Zuazo, Moira (2012): “Bolivia: cuando el Estado llegó al campo Municipalización, democratización y nueva Constitución.”, In: Moira Zuazo, Jean-Paul Faguet und G. Bonifaz (Hg.): *Descentralización y democratización en Bolivia: La historia del Estado débil, la sociedad rebelde y el anhelo de democracia*. Friedrich Ebert Stiftung, La Paz, Bolivia, 187-286.